
Vom Chaos zur Kohärenz – Wie gestalten wir die Förderung am Übergang Schule-Beruf?

Bewältigungsstrategien junger Menschen am Übergang
Schule-Beruf

Schlussfolgerungen zu einer verbesserten Berufsorien-
tierung aus Sicht der Jugendforschung

Maßgeschneidert: Lernen und professionelles Arbeiten
am Kundenauftrag in der Jungen Werkstatt Augsburg

Liebe Leserinnen und Leser,

ja, auch wir sprechen in letzter Zeit häufiger von Fachkräftemangel und demografischem Wandel – welche Chancen bieten die aktuellen Entwicklungen den jungen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen derzeit keine Aussicht auf eine Ausbildungsstelle und/oder einen Arbeitsplatz haben? Brauchen Wirtschaft und Gesellschaft demnächst wirklich alle Jugendlichen?

Der demografische Wandel verändert die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt spürbar und nachhaltig – doch wirkt sich das auch auf unsere Zielgruppen aus? Nach wie vor finden 34 % der Bewerber/-innen keine Ausbildungsstelle und gehen zum größten Teil ins Übergangssystem. Dieses System ist hochkomplex und selbst für Fachkräfte nicht immer durchschaubar. Zu oft erfolgt auf ein erkanntes Problem ein (befristetes) Programm, das sich neben anderen Programmen und Initiativen einen Platz suchen muss. Nicht umsonst spricht die Fachwelt hier von einem unübersichtlichen Förderdschungel.

Berufsvorbereitung, Berufsorientierung, niedrigschwellige Angebote, Nachqualifizierung – diese Instrumente müssen enger aufeinander abgestimmt werden mit dem Blick auf die Bedarfe junger Menschen. Dabei muss auch eine weitere Professionalisierung der Fachkräfte stattfinden. Die Jugendsozialarbeit hat selbst Vorschläge entwickelt und Kriterien und Empfehlungen im Sinne einer kohärenten Förderung formuliert.

Im Mittelpunkt dieser DREIZEHN stehen daher Überlegungen, wie eine Förderung zukünftig aussehen könnte – mit aufeinander abgestimmten Instrumenten, die für jeden jungen Menschen passgenau Hilfen und Unterstützung auf dem Weg von der Schule in Ausbildung und Arbeit bieten. Diese Ideen gilt es nun weiter zu diskutieren und konkrete Veränderungen herbeizuführen.

Sie sehen: Wir wollen nicht warten, ob und wann der Fachkräftemangel und seine Auswirkungen es jedem jungen Menschen ermöglichen, einen Platz im Berufsleben zu finden – spätestens jetzt müssen Politik und Wirtschaft die Weichen in Richtung kohärente Förderung am Übergang Schule-Beruf stellen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Walter Würfel,

Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

Inhalt

IM FOKUS

Förderung am Übergang Schule-Beruf: Übergangsgestaltung bleibt unverzichtbar	Wilfried Kruse	4
---	----------------	---

DIE ANALYSE

Bewältigungsstrategien junger Menschen am Übergang Schule-Beruf	Tina Alicke	8
Wie kann der Einstieg in den Beruf gelingen? Schlussfolgerungen zu einer verbesserten Berufsorientierung aus Sicht der Jugendforschung	Klaus Hurrelmann	12
Professionalisierung der pädagogischen Fachkräfte am Übergang Schule-Beruf	Ursula Bylinski	17
Im Gespräch mit: Arnulf Bojanowski und Birgit Reißig	Annika Koch und Andrea Pingel	21
Wann, wenn nicht jetzt?! Die Vorschläge des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit für ein kohärentes Fördersystem	Ulrike Hestermann	26
Übergänge mit System: Eine Initiative der Bertelsmann Stiftung	Clemens Wieland	30
Berufsvorbereitung in der Kritik – warum eigentlich?	Walter Würfel	33

VOR ORT

Hinter allen hinterher: In Hamburg steht das Übergangssystem von der Schule in den Beruf vor großen Herausforderungen	Tina Fritsche	36
Maßgeschneidert: Lernen und professionelles Arbeiten am Kundenauftrag in der Jungen Werkstatt Augsburg	Gisela Würfel	39

PRAXIS KONKRET

Das Modellvorhaben Ein-Topf in NRW: Ein struktureller Ansatz zur Weiterentwicklung des Berufsvorbereitungssystems	Albert Schepers	42
Berufsvorbereitung und Ausbildungsförderung Lehren, lernen und vernetzen mit qualiboXX	Elsa Schumacher	46

DER KOMMENTAR

„Ich bin doch nicht blöd.“ Prekäre Beschäftigung im Übergangssystem	Ralph Kersten	48
---	---------------	----

DIE NACHLESE

Die Jugendlichen im Mittelpunkt?!		50
Wenig Licht, viel Schatten: Die jüngste Reform in der Arbeitsmarktförderung aus Sicht der Jugendsozialarbeit	Tina Hofmann	52

Nahaufnahme 49

Impressum 54

Förderung am Übergang Schule-Beruf: **Übergangsgestaltung bleibt unverzichtbar**

Nach einem guten Jahrzehnt anhaltender Probleme am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und Arbeitswelt besteht seit einiger Zeit in der öffentlichen und fachlichen Diskussion Einigkeit über den entstandenen Handlungsdruck. Hier kommt es vor allem auf die kommunale Übergangsgestaltung an.

Wilfried Kruse

Verbesserung der schulischen Berufsorientierung, curriculare Reformen und Schulstrukturveränderungen im Bereich der Sekundarstufe I und der Beruflichen Schulen zielen u. a. auf eine bessere Vorbereitung auf die Arbeitswelt und eine Abflachung der Schwelle, die für viele am Ende der Schulzeit beim Übergang in die Arbeitswelt bestand.

Als besonders populäre Antwort erwies sich das regionale oder lokale Übergangsmanagement; es wurde – auch durch Bundes- und Landesprogramme gefördert – in wenigen Jahren gewissermaßen zum Mainstream und ist heute – nach jahrelangen Erfahrungen, starker Verbreitung und intensiver Entwicklungsarbeit – konzeptionell so weit ausgereift, dass es fachlich für den „Regelbetrieb“ zur Verfügung stehen könnte. In dieselbe Richtung einer dauerhaften neuen Übergangsgestaltung zielt auch das Vorhaben „Übergänge mit System“, zu dem sich acht Bundesländer und die Bertelsmann Stiftung zusammengefunden haben.

Zum selben Zeitpunkt führen nun aber eine auflebende Wirtschaft, demografische Entwicklungen, ein erwarteter künftiger Fachkräftemangel und Veränderungen im Bildungsverhalten zu einer teilweisen Umkehrung der Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt: Bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen können die Betriebe nicht mehr so wie im Verlauf der letzten Dekade „aus dem Vollen schöpfen“.

Wenn das Lokale Übergangsmanagement in seiner Entstehung und Ausreifung hauptsächlich als Reaktion auf die anhaltende Ausbildungsmarktkrise und die dann expandierende Landschaft von Übergangsmaßnahmen notwendig war – wird es dann durch Schulstrukturreform und die neuen Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt schon bald überflüssig? Für die Antwort auf diese Frage kommt es wohl vor allem darauf an, welches Verständnis von Übergang und Übergangsgestaltung grundlegend ist und welchen Stellenwert dabei die Unterstützung junger Menschen einnimmt, die eine gezielte Förderung brauchen, um den Einstieg in das Berufsleben zu schaffen.

Ausbildungskrise, Benachteiligtenförderung und die Rolle der Kommunen

Zunächst ist hier eine Vielzahl von nebeneinanderstehenden und wenig transparenten „Maßnahmen“ entstanden, deren Blick insbesondere auf Jugendliche mit Berufsstartschwierigkeiten gerichtet war. „Defizit“- und „Benachteiligten“-Orien-

terung dominierten. Auf die Skandalisierung von „Maßnahmekarrieren“ und „Sackgassen“ folgten verschiedene Ansätze, stärker präventiv (Berufsorientierung) und systematisierend vorzugehen bzw. durch Schulstrukturreformen die Risiken an der Schwelle zur Arbeitswelt zu verringern. Die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes wird gegenwärtig als Aufforderung verstanden, insbesondere das durch den Arbeitsmarkt bestimmte Maßnahmenfeld zu verringern.

In engem Bezug auf diese Veränderungen sahen und sehen sich viele Städte und Landkreise herausgefordert oder genötigt, nicht nur am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt aktiv zu werden, sondern dort eine gestaltende Rolle zu übernehmen. War dies zunächst vor allem sozialpolitisch motiviert, so treten im Laufe der Zeit immer stärker standortbezogene bildungspolitische Überlegungen in den Vordergrund. Die – um hier die Weinheimer Initiative zu zitieren – „Kommunale Koordinierung“, nämlich eine federführende, koordinierende Rolle im Rahmen einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft, wird zu einer Art Mainstream.

Übergangsgestaltung wird zu einer Daueraufgabe. Das lokale Übergangsgeschehen wird gestaltet und erhält eine – in der Regel „schlanke“ – institutionelle Fassung. Aus einer regionalen Übergangslandschaft wird tendenziell ein lokales Übergangssystem.

Erweitertes Verständnis von Übergangsgestaltung

Diese standortbezogene und bildungspolitische Erweiterung des Ansatzes führt vielfach dazu, dass ein bisher verengtes Verständnis von Übergangsmanagement nun „vor Ort“ infrage gestellt und erweitert wird:

- Statt einer (den Defizitansatz befestigenden) Beschränkung der Aktivitäten auf die Hinführung der Jugendlichen bis an die erste Schwelle wird Übergang zunehmend schwellenübergreifend verstanden – und von einem längeren Übergangsbiografischen Prozess ausgegangen.
- Eine auf die Jugendlichen und ihre („fehlenden“) Voraussetzungen fixierte Sichtweise wird aufgegeben, stattdessen kommt der Zusammenhang von persönlicher Entwicklung und den förderlichen bzw. hemmenden Faktoren in den Blick.
- Die dominante Benachteiligtenorientierung wird zugunsten der Erkenntnis, dass die Übergänge in die Arbeitswelt in einem umfassenden Sinne problematisch geworden sind, überwunden.

Gerade vor dem Hintergrund des sich belebenden Arbeitsmarktes, des knapper werdenden „Reservoirs“ an Bewerber/-innen im dualen System und einer zunehmenden Zahl freibleibender oder nur schwer zu besetzender Ausbildungsplätze und der prognostizierten demografischen Entwicklung wird überdeutlich, dass Übergangsgestaltung nicht an oder vor der ersten Schwelle stehen bleiben kann, sondern schwellenübergreifend angesetzt werden muss (Stichwort Sicherung von Ausbildungserfolg).

Exklusiv auf Benachteiligung bezogene Sonderförderkreise und Sondermanagementsysteme werden einer kritischen Überprüfung unterzogen, ohne dass das Ziel aufgegeben wird, Benachteiligung zu vermeiden, ihre Verfestigung zu verhindern, entstandene Benachteiligung abzubauen und die Ursachen für Benachteiligung zu beseitigen. In einem solchen integrativen oder inklusiven Ansatz weicht „benachteiligt sein“ im Sinne eines fest zugeschriebenen Merkmals einem Verständnis von Benachteiligung als einem sozialen Prozess.

Dies muss zu einem neuen Umgang mit Benachteiligung führen: Benachteiligung wird zu einem Fokus, der das gesamte Übergangssystem beleuchtet, zu gezielten Vorkehrungen, Interventionen und somit zu Prioritätensetzungen bei Aktivitäten führt. Im Ergebnis könnte dies eine „benachteiligungssensible Übergangsgestaltung“ sein. Dies hat für die Organisation von Koordination erhebliche Konsequenzen (z. B. für die spezifische Rolle der Sozial- und Jugendämter und Wohlfahrtsverbände im Übergangsgeschehen).

Präventive Arbeitsmarktpolitik vs. Perspektive: Bildung?

Die skizzierte Erweiterung und Differenzierung des Verständnisses von Übergang und demzufolge auch Übergangsgestaltung kann immer noch vor allem aus der Perspektive von Arbeitsmarktpolitik gelesen werden, die sich nun aber immer stärker präventiv orientiert und hierfür stabile Kooperationsbezüge vor allem im schulischen Sekundarbereich aufbaut. Dies würde sich ohne Weiteres auch auf die veränderten Gegebenheiten auf dem Ausbildungsmarkt beziehen lassen, nämlich als Mobilisierung von Jugendlichen für die Perspektive Berufsausbildung, insbesondere in ihrer Variante als „duale Berufsausbildung“. Und tatsächlich erhält aktuell diese Orientierung ein immer stärkeres Gewicht: „Niemand darf zurückbleiben“ als sozialpolitisches Motto der vergangenen Periode wird ergänzt oder ersetzt durch das Motto: „Jede und jeder wird gebraucht“. Zugleich werden immer mehr schulische Bildungsgänge, die mit dem Hauptschul- oder Realschulabschluss enden, mit der Aufgabe versehen, zur „Ausbildungsreife“ – was immer dies auch konkret bedeutet – zu führen.

Neben dieser vom Arbeitsmarkt beeinflussten Perspektive findet sich im Diskurs „vor Ort“ eine andere Sichtweise, die das Übergangsgeschehen von den Bildungsbiografien her betrachtet und demzufolge das Übergangsgeschehen als einen arbeitsmarktnahen Bildungsbereich versteht. Dies ist eine deutlich andere Akzentuierung, weil sie gegenüber einer am Arbeitsmarkt orientierten Überformung von Bildung deren Eigengewicht betont. Diese beiden Perspektiven schließen sich gegenseitig nicht aus; ihre Vermittlung im Zuge der Gestaltung der Übergänge Schule-Arbeitswelt stellt aber eine erhebliche Herausforderung dar – und eine wichtige Koordinierungsaufgabe vor Ort.

Eine solche Akzentuierung von Bildung als einem lokalen Standortfaktor und als kommunales Gestaltungsfeld schließt an einen Trend in der „kommunalen Familie“ an, der spätestens seit der „Aachener Erklärung“ des Deutschen Städtetags von 2007 offenkundig ist. Die lokale Ebene stärkt ihr bildungspolitisches Gewicht und findet zunehmend Anerkennung. In der Folge wird die Bildungsverantwortung zwischen den Ländern und den Kommunen neu ausbalanciert werden müssen. Überall dort, wo die Gestaltung der Übergänge Schule-Arbeitswelt zumindest auch im Kontext von Bildung und Bildungsbiografie erfolgt, verändert sich mit der Etablierung von „Kommunaler Koordinierung“ die Bildungslandschaft tief greifend.

Lokale Übergangssysteme neu denken und aktiv gestalten

Die Weinheimer Initiative machte in ihrer Erklärung von 2007 einen Vorschlag, wie man Übergang anders verstehen könnte, als dies bis dato (und oft auch noch heute) im Sinne einer krisenhaften Expansion nicht transparenter und unabgestimmter Maßnahmen üblich war. In der Erklärung heißt es hierzu: „Als ‚Lokales Übergangssystem‘ soll die Gesamtheit aller Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsgänge und Angebote, Berufsorientierungen, Beratungen und Unterstützungen verstanden werden, die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen ‚Vor Ort‘, von der Sekundarstufe I ausgehend, für die Integration in das Berufs- und Arbeitsleben zur Verfügung stehen. Dieses Verständnis von ‚Übergangssystem‘ schließt also ausdrücklich – und im Unterschied zu anderen vorgeschlagenen Definitionen – die schulischen Bildungsgänge der Sekundarstufe II ebenso ein wie die duale und vollzeitschulische Berufsausbildung, aber z. B. auch Arbeitsgelegenheiten, wie sie nach dem SGB II bereitgestellt werden. Es geht nun darum, diese Übergangssysteme neu zu denken und zu gestalten und ihre Qualität durchgreifend zu verbessern. Wenn dies aus der Perspektive der jungen Menschen, ihrer Übergangsbio grafien und der Eröffnung von Entwicklungsoptionen heraus geschieht, wird zugleich das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunftspotenzial der Städte und Regionen gefördert. Das Erfordernis, die Über-



gangssysteme insgesamt neu zu denken und zu gestalten, folgt der Einsicht, dass es die Königswege zur erfolgreichen Integration in die Berufs-, Arbeits- und Erwachsenenwelt nicht mehr gibt, sondern dass wir es mit einer zunehmenden Pluralisierung von Übergangsverläufen zu tun haben, die aber gegenwärtig ganz unterschiedlich chancenreich sind.“

Lehrstück Übergang

Aus einer solchen Sichtweise heraus, die Arbeitsmarktfragen und Bildungsperspektiven miteinander in Beziehung setzt, ohne sie mechanisch zu verkürzen oder lediglich als „Managementproblem“ zu fassen, kommt der Übergang als Lebenserfahrung der Heranwachsenden wieder in den Blick. Der Übergang in die Arbeitswelt macht nicht nur jenen zu schaffen, die üblicherweise als „Benachteiligte“ bezeichnet werden, sondern der Bedeutungsverlust sogenannter „Königswege“ in Arbeit und Erwachsenenleben macht für alle die Übergänge schwieriger, wenngleich unterschiedlich risikoreich. Die häufig damit einhergehende Verlängerung der Periode bis zur einigermaßen gesicherten Ankunft im Beschäftigungssystem vergrößert das biografische Gewicht der Übergangsphase, in der es für die jungen Erwachsenen zugleich unmittelbar um eigenverantwortliche Lebensgestaltung geht. Die Erfahrungen, die die jungen Erwachsenen im Übergang machen, sind von daher zugleich und ganz wesentlich auch als Erfahrungen mit unserer Gesellschaft und ihrem Umgang mit zentralen Werten zu verstehen.¹

Dabei sollte man die Tatsache nicht vernachlässigen, dass Berufsorientierung, Berufswahl und Einmündung in die Arbeitswelt zwar ein – wenn auch sehr wichtiges – Feld im Leben der jungen Erwachsenen darstellt, dass der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt jedoch zu einer Lebensphase gehört, die im umfassenden Sinne Erprobungsfeld des eigenen Lebens ist. In der Konsequenz führt eine solche Betrachtung des Übergangsgeschehens zu einer erweiterten Aufgabenstellung: „Aus dieser Perspektive heraus muss das lokale Übergangsgeschehen als arbeitsweltnaher Teil des lokalen Bildungssystems verstanden und gestaltet werden – dann wird die herausgehobene Bedeutung des ‚Übergangs Schule-Arbeitswelt‘ als ein Gelenkstück von (lokaler) Bildung deutlich.“

Erforderlich ist also ein erweiterter Blick, der sowohl die Bildungslandschaft als auch den lokalen Arbeitsmarkt einbezieht. Dies wäre dann auch der breit aufgestellte Zugang, unter dem die aktuellen Erfordernisse beim Einstieg in die Arbeitswelt zu behandeln sind. Das „Lehrstück Übergang“² zwingt dazu, dies nicht nur aus dem Blickwinkel der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zu betrachten, sondern auch aus der Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst: Attraktivität & Qualität von Ausbildung als Einstieg in das Berufsleben sowie Fragen von Zugang, Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit werden so – aus beiden Perspektiven – zu einer zentralen Zielgröße. Sie rücken damit auch in das Zentrum der kommunalen Aufmerksamkeit, denn gelingende Einstiege in die Arbeitswelt waren und sind eine entscheidende Grundlage für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Städte und Landkreise.³

Der Autor:

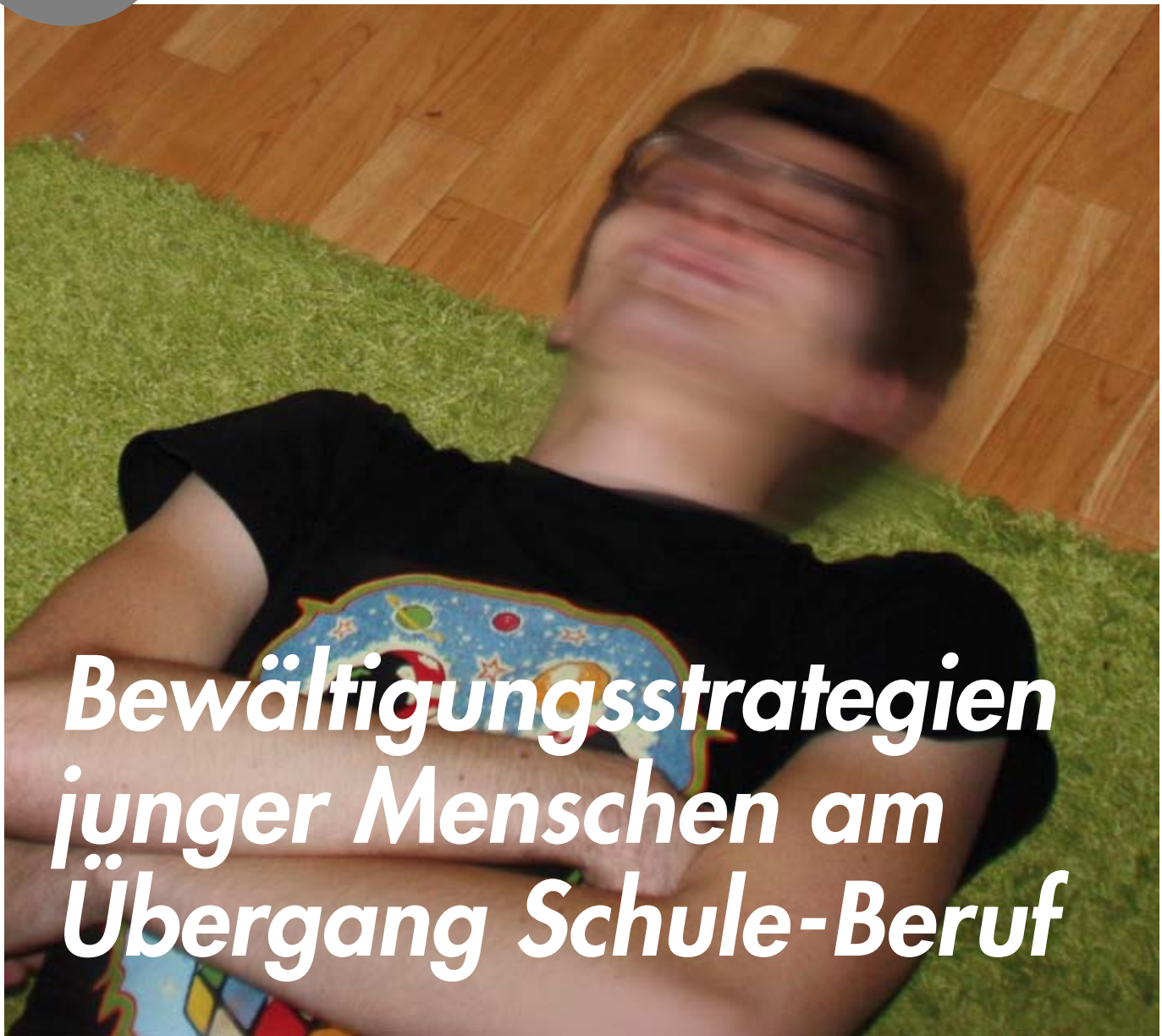
Dr. Wilfried Kruse ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Sozialforschungsstelle Dortmund/TU Dortmund und Koordinator der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative. E-Mail: kruse@sfs-dortmund.de

Anmerkungen:

¹ „Der Umgang mit den jungen Menschen im Übergang muss deshalb von Anbeginn an und durchgehend durch Respekt vor ihrer eigenständigen Persönlichkeit und durch Solidarität geprägt sein.“

² Schwerpunktthema des Jahresforums 2011 Hoyerswerda, siehe www.weinheimer-initiative.de.

³ Dies wird unter der Überschrift „Fachkräfte & Kommunale Koordinierung: Berufseinstiege lokal gut gestalten“ Gegenstand des nächsten Jahresforums der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative am 1./2. Februar 2012 in Kiel sein.



Bewältigungsstrategien junger Menschen am Übergang Schule-Beruf

Der Übergang von der Schule in eine qualifizierende Berufsausbildung ist die sogenannte „erste Schwelle“ zum Eintritt in den Arbeitsmarkt und damit auch in ein selbstbestimmtes Leben. Gerade für Jugendliche mit niedrigerem Bildungsabschluss wird diese Schwelle jedoch oft zur unüberwindlichen Hürde. Derzeit findet nur jede/r zweite Jugendliche mit Hauptschulabschluss überhaupt einen Ausbildungsplatz,¹ bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist es sogar nur jeder dritte.²

„Strukturelle Defizite dürfen nicht mit den individuellen Problemen der Jugendlichen entschuldigt werden“

Unter dem Schlagwort „mangelnde Ausbildungsreife“ wird die Verantwortung für dieses Missverhältnis von der Öffentlichkeit gerne zwischen Schulsystem, Eltern und Jugendlichen hingehesoben. Andere sehen hingegen die Defizite in erster Linie beim mangelnden Willen von Politik und Wirtschaft, entsprechende strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, damit mehr Jugendlichen der Übergang in Ausbildung gelingt. Vielversprechender sind allerdings Ansätze, die sowohl die individuelle Ebene der Jugendlichen als auch die strukturellen Rahmenbedingungen in den Blick nehmen.

Förderliche und hinderliche Faktoren bei der Ausbildungssuche

Eine Möglichkeit, um festzustellen, wo die Bedarfe liegen, ist das Gespräch mit den Jugendlichen selbst: Entgegen dem häufig in den Medien verbreiteten Bild vom „Abhängen in der sozialen Hängematte“ sehen auch die meisten Jugendlichen, denen der Übergang in die Berufsqualifizierung nicht sofort gelingt, in einer Ausbildung die einzige Chance auf eine selbstbestimmte, eigenständige Zukunft.³

Die Ansichten von Jugendlichen zu förderlichen und hinderlichen Faktoren bei der Ausbildungssuche auf individueller Ebene entsprechen weitgehend den gesellschaftlichen Erwartungen von Gesellschaft und Arbeitsmarkt: Neben Hard Skills (gute Noten, berufsspezifische Fähigkeiten, gute deutsche Sprachkenntnisse) werden auch Soft Skills wie Pünktlichkeit, Disziplin, positives Sozialverhalten und Engagement als individuelle Erfolgsfaktoren für den Übergang in Ausbildung gewertet.

Allerdings lässt gerade bei sogenannten benachteiligten Jugendlichen mit multiplen Risikofaktoren (wie z. B. ein niedriger sozioökonomischer Status der Familie, aber auch ein Hauptschulabschluss oder ein Migrationshintergrund) oft erst die konkrete Erfahrung in der Arbeitswelt die Gewissheit reifen, über diese Fähigkeiten zu verfügen. So berichtet z. B. Ired⁴ von seiner Ausbildung: „... eigentlich ist es gar nicht so leicht, ehrlich gesagt, weil da zählt auch Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Teamarbeit ... Wenn man sich richtig konzentriert auf die Sache, dann macht das erst klick, ist doch gar nicht so schwer gewesen, pünktlich aufzustehen ... man kann auch Spaß haben im Team.“

Die befragten Jugendlichen kritisieren vor allem das mangelnde Feedback auf abgelehnte Bewerbungen durch Auftraggeber und damit die fehlende Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Ein lückenhafter Überblick über Anforderungsprofile von Arbeitgebern sowie mangelnde konkrete Unterstützung bei der Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche wurden ebenfalls genannt.

Es entsteht eine Spannung zwischen den eigenen Wünschen und der Orientierungslosigkeit gegenüber der Vielfalt an Möglichkeiten, zwischen der Bedeutung für die Zukunft und der Frage, ob die eigenen Fähigkeiten durch potenzielle Arbeitgeber erkannt werden – dies lässt den Übergang oft als krisenhafte Situation erscheinen. Die unterschiedlichen Formen, mit denen junge Menschen diese „krisenhafte“ Situation⁵ meistern, können unter dem Begriff „Bewältigungsstrategien“ subsumiert werden.

Junge Menschen, die den Übergang in Ausbildung bewältigt haben, sind meist die „aktiveren Gestalter/-innen“:

- Sie informieren sich intensiver über Möglichkeiten, Angebote und Anforderungen.
- Sie nutzen Optionen wie z. B. Praktika gezielt, um ihre persönlichen Neigungen und Fähigkeiten zu erkunden.
- Sie entwickeln auf dieser Basis konkrete, erreichbare Ziele.
- Sie konzentrieren sich stärker auf diese Ziele, reorientieren sich aber auch schneller nach Rückschlägen.
- Sie suchen aktiver nach sozialer und institutioneller Unterstützung, können vorhandene Ressourcen eher identifizieren und zur Unterstützung zu nutzen.

Allerdings ist bei einer erfolgreichen Ausbildungssuche auch die Fähigkeit entscheidend, sowohl die eigenen Möglichkeiten als auch Grenzen zu erkennen. Der alleinige Verweis von Verantwortung für strukturelle Defizite ans Individuum mag zwar im Trend liegen, trägt jedoch eher zum Scheitern von Jugendlichen bei, da auch Rückschläge ausschließlich auf die eigene Person bezogen werden. Sofern die Grenzen der strukturellen Gegebenheiten jedoch erkannt werden, kann schneller eine Refokussierung auf neue Ziele erfolgen. So liegt die Schaffung von ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in der Verantwortung von Politik und Wirtschaft. Auch der Abbau der „Erblichkeit“ von sozialer Benachteiligung in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Bewältigung durch soziale und institutionelle Unterstützung

Menschen bewältigen Krisen im Lebensverlauf „... unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen“⁶. Das Phänomen der guten Entwicklung trotz widriger Umstände wird dabei als „Resilienz“ bezeichnet.

Generell sollten drei Ebenen der Unterstützung (emotionell, informationell und instrumentell/konkret) im sozialen Umfeld abgedeckt sein. Die Unterstützung durch die Eltern – besonders durch die Mutter – spielt dabei auch noch bei jungen Erwachsenen eine ausschlaggebende Rolle. Zudem ist die be-

dingungslose Qualität der Beziehungen entscheidend. So geben junge Menschen in Ausbildung häufiger an, dass sie sich in jedem Fall auf die Unterstützung von Bezugspersonen verlassen können. Dagegen knüpfen die Eltern der Jugendlichen, denen der Übergang noch nicht gelungen ist, ihre Unterstützung eher an Bedingungen.

Sind die Eltern nicht in der Lage, alle Unterstützungsformen zu leisten, können entsprechende Defizite durch Vertraute aus anderen Personengruppen ausgeglichen werden. Je breiter das soziale Netzwerk über verschiedene Personengruppen gefächert ist (z. B. Geschwister, Peer, extrafamiliäre Personen, Partner/innen), desto eher kann es protektiv wirken. Auch institutionelle Unterstützung kann an dieser Stelle Defizite ausgleichen. So wiesen z. B. alle befragten Jugendlichen Belastungen und Brüche im Lebensverlauf auf, im Durchschnitt ergab sich eine Kombination von drei Risikofaktoren.⁷ Je höher die Kumulation von Krisen und Risiken (z. B. Umzug und zeitgleich Scheidung der Eltern), desto schwieriger war die Bewältigung des Übergangs. Diese Schwierigkeiten äußern sich u. a. in Antriebslosigkeit oder Schulproblemen. Allerdings berichten einige der Befragten auch von einer Wende im Übergangsprozess nach „schwierigen“ Phasen, die meist als plötzlich eintretendes Ereignis („Klick“) wahrgenommen wird. Dieser „Klick“ stand in allen Fällen in Zusammenhang mit dem Einfluss einer oder mehrerer „Ankerpersonen“ im persönlichen Umfeld (durch Normerwartungen und beständige Motivation) sowie mit ei-

ner stark individualisierten institutionellen Unterstützung, sodass die Wahl der Bewältigungsstrategie geändert und die krisenhafte Phase gemeistert wurde.

Anforderungen an institutionelle Unterstützung

Allgemein werden in erster Linie konkrete, individualisierte und auf persönlichem Engagement basierende Unterstützungsleistungen als hilfreich beurteilt. Je individueller die Maßnahmen abgestimmt sind und je mehr sich die Jugendlichen persönlich – und nicht als „Fall“ – wahrgenommen fühlen, desto besser beurteilen sie die Maßnahme. Im Vordergrund für eine Akzeptanz der Maßnahmen steht dabei eine Passung an unterschiedlichen Bedarfstypen. Je höher die Kumulation von Risikofaktoren, desto notwendiger ist eine hoch individualisierte Unterstützung.

Generell zeigen die Ergebnisse der AWO-ISS-Studie, dass der Bekanntheitsgrad von institutionellen Unterstützungsangeboten unter den Befragten eher niedrig ist. So sind Angebote von Beratungsstellen nur bei rund zwei Dritteln der befragten Jugendlichen bekannt – oder wie Ired es ausdrückte: „Da fehlt jede Menge Werbung. Also ich sehe nur Werbung so draußen oder Plakate, was Spaß macht oder so ... Spaß kann man nur haben, wenn man Geld hat, aber so muss man irgendwas Pla-



Abb.: Bedarfstypen und Unterstützungsleistungen

„Die Jugendlichen kritisieren den Mangel an Unterstützung und konstruktivem Feedback“

kate machen, was Geld bringt, um Spaß zu haben ... Also, Berufsberatung, ... so Bewerbungen schreiben zum Beispiel, wir helfen Ihnen ... Wir sind nicht die Polizei, wir sind Ihr Berufsberater.“ Darüber hinaus bedürfen die Internetangebote der meisten Träger einer zielgruppengerechten Überarbeitung.

Zusätzlich kritisierten die Jugendlichen die mangelnde Transparenz und Durchlässigkeit von Maßnahmen sowie die Unübersichtlichkeit des „Bildungsdschungels“. Als Ursache dafür wird oft das Interesse seitens der Arbeitgeber vermutet, Jugendliche im Praktikantenstatus zu halten. Ebenso wird eine fehlende Kooperation zwischen den Anbietern der Maßnahmen angenommen, weil sie oft in einer Konkurrenzsituation stehen. Als positiv wurde hingegen bewertet, wenn Mitarbeiter/-innen von Übergangs- und Unterstützungsmaßnahmen bereits in der Schule einen Kontakt zu den Jugendlichen herstellen.

Gerade in der Kooperation von Schule und Jugendhilfe wurden in den letzten Jahren bereits vielversprechende Fortschritte erzielt und umfassende Qualitätsstandards entwickelt.⁸ Ohne ein Zusammenspiel aller am Bildungsprozess beteiligten Akteure ist eine nachhaltige Unterstützung in den Übergangsprozessen jedoch kaum zu realisieren.

Besonders drei Ansatzpunkte erweisen sich in diesem Rahmen als wegweisend: 1. Hoch individualisierte, passgenaue und integrative Förderkonzepte (Coaching) durch Fachkräfte, die mehrere Lebensbereiche umfassen, können besonders Jugendliche mit multiplen Problemstellungen entscheidend unterstützen. Ein ressourcenorientierter Blick bietet dabei die Möglichkeit, den Fokus auf Kompetenzen und Stärken der Jugendlichen zu lenken und sie als „aktive Bewältiger/-innen“ in den Förderprozess einzubeziehen. 2. Wichtig ist auch die Einbindung des sozialen Umfelds der Jugendlichen sowie die kultursensible Förderung von Unterstützungskompetenzen im Elternhaus – auch über das Kindesalter hinaus. 3. Diese komplexen Aufgabenstellungen sind von einem Akteur allein nicht zu bewältigen. Der weitere Ausbau der Kooperation von Jugendsozialarbeit mit Schule, aber auch mit Berufsbildungssystemen, Wirtschaft und Politik ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine Weiterentwicklung des Übergangssystems.

Die Autorin:

Tina Alicke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS-Frankfurt a. M.). E-Mail: tina.alicke@iss-ffm.de

Literatur:

ALICKE, Tina (Hg.) (2001): „Jugendsozialarbeit an Schule erfolgreich gestalten. Qualitätsentwicklung in der Kooperation von Jugendsozialarbeit und Schule“. Eine Expertise des DRK: http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/Expertise_QE_DRK.pdf.

ALICKE, Tina; Heisig, Sandra; Moisl, Dominique; Prause, Judith; Rexroth, Miriam (2009): Resilienz und Bewältigungsstrategien von jungen Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang von Schule in Ausbildung – Zusammenfassung der Studie und Handlungsempfehlungen. ISS-Frankfurt/Main: http://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/sonstiges/Handlungsempfehlungen_12_2009.pdf.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2010): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengeleiteter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hg.) (2008): Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit: Ergebnisse des DJI-Übergangspanels. Verfügbar unter: http://www.bmbf.de/pub/dji_uebergangspanel.pdf, letzter Zugriff 15.09.2011.

PRISCHING, Manfred (1986): Krisen – eine soziologische Untersuchung. Studien zu Politik und Verwaltung, Böhlaus, Wien/Köln/Graz.

WELTER-ENDERLIN, Rosemarie; Hildenbrand, Bruno (Hg.) (2006): Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände. Heidelberg.

Anmerkungen:

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 98 ff.

² Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008).

³ Die folgenden Ausführungen beruhen, soweit nicht anders angegeben, auf den Ergebnissen des Forschungsprojektes: Alicke; Heisig; Moisl; Prause; Rexroth (2009). Im Rahmen der AWO-ISS-Studie wurden rund 400 Jugendliche zu ihren Erfahrungen, Ansichten, Unterstützungsmöglichkeiten und Bedarfen beim Übergang in Ausbildung befragt.

⁴ Namen sind anonymisiert.

⁵ Hier im Sinne einer entscheidenden Wendung, welche die Notwendigkeit von Handlungsentscheidungen beinhaltet, deren Ergebnis ungewiss ist, die mit Angst und Unsicherheit einhergeht und von welcher der Entscheidungstragende annimmt, sie sei von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. S. z. B. Prisching (1986).

⁶ Welter-Enderlin; Hildenbrand, (2006), S. 13.

⁷ Soziodemografische Daten wie Migrationshintergrund oder Geschlecht wurden dabei nicht als Risikofaktor gezählt, sondern v. a. Situationen oder Ereignisse wie chronische familiäre Arbeitslosigkeit, Tod einer nahestehenden Person u. a.

⁸ Vgl. Alicke (2011).



Wie kann der Einstieg in den Beruf gelingen?

*Schlussfolgerungen zu einer verbesserten Berufs-
orientierung aus Sicht der Jugendforschung*

Die soziale Herkunft, darunter auch der Zuwanderungshintergrund, entscheidet sehr stark darüber, wie erfolgreich Jugendliche heute in ihrer Schullaufbahn sind. Die hohe persönliche Zuversicht und die erklärte starke Leistungsmotivation einer Mehrheit der Jugendlichen bringt alle diejenigen in eine „Verliererposition“, die in schulischer und beruflicher Ausbildung schlecht abschneiden und nach eigener Wahrnehmung nicht über das hohe Ausmaß von Selbstorganisation verfügen, das in der Leistungsgesellschaft gefragt und von Altersgenossen vorexerziert wird. Die Mehrheit der jungen Leute antwortet mit verstärkten Bildungsinvestitionen auf die unsichere Ausgangslage. Ihnen ist bewusst, die individuelle Verantwortung für die eigene Bildungsbilanz steigt immer weiter an, und sie sind bereit, darauf einzugehen.

Klaus Hurrelmann

Nach gesellschaftlichem Verständnis haben Kinder und Jugendliche heute die individuelle Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg ihrer schulischen Laufbahn ganz persönlich zu tragen. Ihr persönliches Leistungsverhalten entscheidet über ihre Position in Schule und Beruf, also über die Hierarchie von Belohnungen und Statuspositionen in der ganzen Gesellschaft. Jede/r Einzelne hat es nach dieser „Leistungsphilosophie“ unserer Gesellschaft in seiner eigenen Hand, was aus ihm wird. Versagen gilt als ein individuell anrechenbares Verhalten – ebenso wie Erfolg. Der Anteil der Realschüler und Gymnasiasten an der gesamten Schülerschaft in Deutschland hat sich von 1960 bis heute verfünffacht. 1960 erwarben etwa 6 % eines Jahrganges das Abitur, heute sind es etwa 35 %. Ähnliches gilt für den mittleren Abschluss. Wie schon die internationale Vergleichsstudie PISA zeigen auch die Shell Jugendstudien ein sehr hohes Gefälle nach sozialer Herkunft im Hinblick auf Bildungsaspiration, Schulerfolg und persönliche Zuversicht bei der Gestaltbarkeit der Zukunft.

Es ist psychisch kaum erträglich, zu denen zu gehören, die mit den täglichen Lebensanforderungen nicht gut zurechtkommen und sich keine aussichtsreichen Positionen im Wettbewerb versprechen können. Entsprechend prekär nehmen die etwa 20% der Jugendlichen ihre Lebenslage wahr, die in ungünstigen

Schullaufbahnen stehen, ihren Schulabschluss nicht geschafft haben und schlechte Berufsperspektiven vor sich sehen. Unter ihnen sind auffällig viele junge Männer.

Ein weiteres auffälliges Ergebnis der Shell Jugendstudien schließlich ist die neue Mischung von materialistischen und postmaterialistischen Werten. Es lassen sich vier Werte- und Mentalitätstypen von Jugendlichen unterscheiden, die auf die Unterschiede in den Kompetenzen zur Bewältigung der schwierigen Ausgangslage hinweisen:

Erstens können wir eine „Leistungselite“ der „selbstbewussten Macher/-innen“ identifizieren. Sie bildet fast ein Drittel der Jugendpopulation und zeichnet sich durch eine Synthese von „alten“ und „neuen“ Werten aus.

Eine zweite herausragende und tonangebende Gruppe, die ebenfalls etwa ein Drittel der Population umfasst, haben wir als „pragmatische Idealisten/-innen“ bezeichnet. In dieser Gruppe sind die Frauen eindeutig in der Überzahl. Im Unterschied zu den Machern/-innen kommen bei diesem Wertetyp humanistisch geprägte Motive für ein soziales Engagement ins Spiel, die sich vor allem auf jugendbezogene Themen in Freizeit und Schule richten, aber auch sozial bedürftige Gruppen mit einbeziehen.

„Alle sind hoch leistungsmotiviert“

Diesen beiden selbstbewussten und erfolgreichen Gruppen stehen die „Skeptiker/-innen und Unauffälligen“ gegenüber, die keinen großen Erfolg in Schule und Ausbildung haben, dennoch nach Lebensstandard und Macht streben, sich aber duldsam und durchaus tolerant mit ihrer gegenwärtigen Lebenslage abfinden. Sie stellen etwa ein Fünftel der Population, unter ihnen sind in der Mehrzahl junge Frauen.

Ebenfalls etwa 20 % gehören zur vierten Gruppe, die wir als „robuste Materialisten/-innen“ bezeichnet haben. In dieser Gruppe überwiegen zahlenmäßig die jungen Männer. Sie wollen Macht, Lebensstandard und einflussreiche Positionen mit Lebensgenuss verbinden, aber sie haben ein deutliches Gefühl dafür, dass ihre leistungsmäßigen und sozialen Kompetenzen hierfür bei Weitem nicht ausreichen. Bei ihnen kommen Verlierer- und Versagerängste auf, es zeigen sich Dispositionen für unkontrollierte Aggression und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. In dieser Gruppe ist das politische Interesse gleich Null, das soziale und zivile Engagement außeror-

„Es wird immer belastender, nicht zu der Gruppe der privilegierten Gymnasiasten/-innen zu gehören, die inzwischen schon knapp die Hälfte der jugendlichen Altersgruppe ausmacht“

dentlich klein. Diese Gruppe steht am Rande der bundesrepublikanischen Leistungsgesellschaft und wartet nur noch latent auf Angebote der Integration.

Für alle Jugendlichen gilt: Der Schwerpunkt ihrer Zukunftswünsche liegt im Erfolg in der Leistungsgesellschaft, also überwiegend im beruflich-wirtschaftlichen Komplex. Alles in allem haben wir es mit einer interessanten, aber auch sehr eigenwilligen jungen Generation in Deutschland zu tun. Vor allem die jungen Frauen fallen durch ihren Ehrgeiz der Lebensplanung auf. Sie wollen Beruf und Karriere mit Familie, Partner und Kindern verbinden. Die jungen Männer ziehen nur zum Teil und nur zögerlich mit, sie kleben noch ängstlich an alten Geschlechterrollen, glauben, ihnen stünde ein beruflicher Erfolg per Tradition ohnehin zu. Dadurch verschlechtern sie ihre Lage ungewollt immer mehr.

Konsequenzen für Berufsorientierung und -ausbildung

Für die Berufsorientierung und -ausbildung benötigen besonders die dritte und die vierte Gruppe künftig eine zielgenaue Ansprache. Die Gruppe der „Skeptiker/-innen und Unauffälligen“ ist anpassungsbereit und lässt sich für pragmatische und aussichtsreiche Angebote in Ausbildung und Beruf gewinnen. Allerdings müssen diese Jugendlichen direkt angesprochen werden, sie benötigen die beharrlich ausgestreckte Hand. Diese Jugendlichen sind integrationsbereit, sie sind auch fähig, Kompromisse für Ausbildung und Beruf einzuschlagen, aber sie brauchen hierbei eine aktive Unterstützung und Beratung. Ich denke, in den nächsten Jahren werden diese etwa 20 % der jungen Generation viel stärker umworben werden müssen als bisher, denn von jetzt ab müssen wir nach demografischen Hochrechnungen mit einer deutlichen Verknappung des Nachwuchses am Ausbildungs- und Berufsmarkt rechnen. Dann sind diese Skeptiker/-innen möglicherweise die neue „Begaubungsreserve“. Sie brauchen anschauliche und sehr persönliche Hilfen bei der Berufsorientierung.

Die „robusten Materialisten/-innen“ sind am schwersten anzusprechen und nur mit Mühe für Ausbildung und Beruf zu gewinnen. Diese Jugendlichen sind durch ihr niedriges Niveau von Leistungsfähigkeit und schulischer Abschlusskompetenz gekennzeichnet. Viele von ihnen haben sich in der Schule früh aufgegeben. Ihnen geht es psychisch und physisch nicht gut. Bei ihnen bündeln sich außerdem alle Probleme, die beim Kompetenzprofil der jungen Generation auftreten können: Die Schreib- und Rechentechniken sind gering, ebenso die kulturellen, naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kenntnisse; die Fähigkeit zur englischen Sprache ist gering ausgeprägt, auch die informationstechnischen Kompetenzen sind niedrig. Nicht nur im fachlichen, sondern auch im sozialen und persönlichen Bereich sind diese Jugendlichen weit zurück. Teamfähigkeit, Kooperationsbereitschaft, Freundlichkeit, Höflichkeit, Kontaktfähigkeit und Toleranz sind niedrig, bei den persönlichen Kompetenzen fallen sie leider allzu oft durch Unzuverlässigkeit, geringe Lern- und Leistungsbereitschaft, niedrige Ausdauer, wenig Durchhaltevermögen und Belastbarkeit, unzureichende Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, geringe Verantwortungsbereitschaft und Selbstständigkeit sowie ein unzureichendes Maß an Kreativität, Flexibilität und Selbstkritik auf.

Wie sieht die Berufsorientierung der Zukunft aus? Neun Vorschläge zur Diskussion:

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Alle Jugendlichen, auch die leistungsschwachen, bringen Potenziale mit, die genau identifiziert werden müssen. Die diagnostischen Instrumente zur Erfassung der Kompetenzprofile müssen deshalb dringend ausgebaut werden. Die Shell Jugendstudien machen deutlich: Alle Gruppen sind leistungsorientiert und wollen in den Beruf. Sie haben den Wunsch, in der beruflichen Ausbildung eine eigenständige und kreative Tätigkeit vollziehen zu können. Sie wollen mit den persönlichen Interessen und Neigungen in die berufliche Tätigkeit hineingehen können.

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Wichtig ist, die reale Lebensperspektive der jungen Leute zu beachten und ihnen nicht zu früh eine konkrete Berufsfestlegung nach der Schulzeit aufzudrängen. Vielmehr sollten sich die Angebote auf Selbstfindung sowie Stärken- und Schwächenanalysen konzentrieren. Das haben vor allem die Benachteiligten nötig. Auf der Negativseite ihrer Bilanz stehen zuoberst die soeben angesprochenen geringen Qualifikationen, vor allem bei den Wertetypen der „Skeptiker/-innen“ und der „Materialisten/-innen“. Sie sind noch nicht berufsfähig, verfügen oft nicht über die Qualifikationen und Werteorientierungen, die für heutige Beschäftigungsanforderungen Standard sind.

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Sowohl die Schule als auch die berufliche Ausbildungseinrichtung muss ihre jugendlichen Klienten/-innen mögen und diese Wertschätzung in ihrer gesamten Organisationskultur zum Ausdruck bringen. Jugendliche benötigen eine (Aus-)Bildung, die sie mit allen ihren Erfahrungen und Gegebenheiten annimmt. Schulisches und berufliches Lernen ist im Idealfall ein Prozess, der enorme Impulse für die Persönlichkeitsentwicklung mit sich bringt. Das Lernen kann aber unter ungünstigen Bedingungen eine Belastung und Beeinträchtigung der weiteren Persönlichkeitsentwicklung bedeuten. Auch die Gesundheit der Jugendlichen ist eng mit der Qualität der pädagogischen

Arbeit verbunden. Schüler/-innen, die sich kompetent und in der Schule oder im Betrieb wohlfühlen, sind gegen die Folgen von Anforderungsstress gut geschützt.

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Wir brauchen Bildungseinrichtungen, die kompetent, sensibel und liebevoll auf die Bedürfnisse und die Lebenslage der Jugendlichen eingehen. Das ist nur möglich, wenn jeder einzelnen Bildungsinstitution, jedem einzelnen Kindergarten und jeder einzelnen Schule, jeder Berufsbildungsstätte und jeder Hochschule die notwendige Selbstständigkeit eingeräumt wird, um auf die Anforderungen zu reagieren, die sich spezifisch durch die Klientel ergeben, die sich für diese Einrichtung entscheidet. Die Bildungseinrichtungen brauchen dazu 1. eine finanzielle Budgetsicherheit, also einen eigenen finanziellen Verfügungsspielraum für alle zentralen und pädagogisch wichtigen Entscheidungen, 2. die weitgehende Autonomie bei der Zusammensetzung ihres Fachkollegiums und 3. die entsprechende Freiheit der Definition ihres pädagogischen Arbeitsprogramms und ihrer didaktischen Konzeption und Förderphilosophie.

1 2 3 4 5 6 7 8 9

Durch die immer höhere Bewertung des akademisch orientierten Bildungsstranges gehen die für die Persönlichkeitsentfaltung interessanten und wertvollen Potenziale des unmittelbar berufsbezogenen Ausbildungsgangs im dualen System in der Wahrnehmung vieler Jugendlicher fast unter. Das duale System sollte deshalb weiterentwickelt und mit dem akademischen System verzahnt werden.

1 2 3 4 5 6 7 8 9

In der Berufsausbildung befinden sich Jugendliche in einem überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Bereich, in dem es um die Produktion von Waren oder die Erstellung von Dienstleistungen geht. Sie können sich aus der überwiegend passiven Rolle des Schülers/der Schülerin in die aktivere des Produzenten und Dienstleistungsanbieters bewegen und erleben zum ersten Mal, ein selbst verdientes Einkommen zu erwirtschaften. Mit dem Eintritt in die Berufsausbildung ist in diesem Sinn ein deutlicher Schritt in Richtung der Übernahme des Status eines Erwachsenen verbunden. Dennoch empfinden immer mehr Jugendliche diese Form des Übergangs in das Erwerbsleben als unangemessen oder zu früh. Sie scheuen davor zurück, sich auf den festen Rhythmus der Produktions- und

Dienstleistungsarbeit einzustellen und sich den Anforderungen und Ritualen des Berufslebens zu unterwerfen. Im Vergleich zu den gleichaltrigen Jugendlichen, die den akademischen Ausbildungsweg gehen, ist insbesondere das Ausmaß der zeitlichen Bindung im Tagesrhythmus höher. Viele Jugendliche fühlen sich schon aus diesem Grund in ihrem Freiheitsspielraum für die Gestaltung des eigenen Lebens eingeschränkt. Hinzu kommt die Erfahrung, sich durch die ersten Schritte in das Berufsleben auf bestimmte Wege festgelegt zu haben, die andere Optionen ausschließen. Mit dem Voranschreiten der Berufsausbildung wird es tatsächlich schwieriger, alternative Berufsbereiche zu erschließen. Berufliche Umorientierungen sind zwar möglich, sie haben jedoch die teilweise oder vollständige Entwertung der bisher erworbenen beruflichen Erfahrungen und formalen Qualifikationen zur Folge. Im Vergleich etwa zu den USA, in denen ein „career change“ durchaus üblich und deutlich anerkannter ist, wird in Deutschland eine berufliche Umorientierung mit zunehmender Berufserfahrung schwieriger. Daran sollte sich etwas ändern, um die Jugendlichen besser zu erreichen.

123456789

Das berufliche Ausbildungssystem sollte sich das Ziel setzen, die starke und frühe Berufsbezogenheit, die es anbieten kann, als eine wesentliche Grundlage für die selbstverantwortliche Lebensplanung, Selbstverwirklichung und Identitätsentwicklung für Jugendliche darzustellen. Die persönlichkeitsbildende Bedeutung der Berufstätigkeit muss erfahrbar werden. Da Jugendliche heute hohen Wert auf die ideellen Aspekte der Berufstätigkeit legen, sollten die Möglichkeiten im beruflichen Ausbildungssystem gestärkt werden, kreativ und eigenständig zu arbeiten und eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten in die Tätigkeit einzubringen.

123456789

Für die künftige Ausrichtung der Berufsorientierung scheint mir wichtig, Verbindungen zwischen den beiden auseinandergedrifteten Lebenswelten Bildungssystem und Berufssystem herzustellen. Einerseits durch Besuche von Schülern/-innen und Lehrern/-innen in der Berufspraxis, aber auch andererseits durch Besuche von Unternehmensvertretern/-innen in der Schule. Berufspraktika und Schülerfirmen stehen beispielhaft für diese Strategie. Je mehr schon während der Schulzeit Lebenskompetenzen direkt erlernt und produktiv eingesetzt werden, desto mehr kommt es der Mentalität der heutigen Generation entgegen. Das duale Ausbildungssystem braucht Makro- und Mikroreformen, um seine Leistungsfähigkeit und

Attraktivität zu steigern. Makroreformen sollten darauf ausgerichtet sein, die Ausbildung im dualen System als Bestandteil einer breit gefächerten und vielfältigen Gesamtausbildung zu konzipieren, die keine Sackgassen kennt. Die duale Ausbildung sollte also in die „Kollegstufe“ des Bildungssystems integriert werden und Anschlussmöglichkeiten an alle Wege in der Tertiärstufe, dem Hochschulbereich, öffnen. Die „dualen Hochschulen“ sind eine Möglichkeit, dieses Modell umzusetzen. Wünschenswert ist es, diesen Hochschulen einen Unterbau zu geben, indem neben dem Gymnasium eine berufs- und praxisorientierte Schulform entwickelt wird, die schon in der Sekundarstufe einen alternativen Bildungsweg anbietet und alle Abschlüsse vermittelt. Ich selbst plädiere schon seit Jahren für eine solche Konzeption als „Zwei-Wege-Modell“.

123456789

Neben diese Verbesserungen sollten Veränderungen der Ausbildungsstruktur treten. Auf den persönlichen Kontakt zum/r Ausbilder/-in kommt heute sehr viel an. Viele der Krisen, mit denen wir es zu tun haben, sind durch Missverständnisse in den Beziehungen zu erklären. Der entsprechenden Aus- und Fortbildung der Ausbilder/-innen kommt deswegen eine große Bedeutung zu. Wichtig sind Schlichtungsstellen und Appellationsinstanzen, die beide Seiten anrufen können, wenn es zu Spannungen kommt. Auch sollte über ein angemessenes Verfahren der Supervision nachgedacht werden, bei der erfahrene Ausbilder/-innen als Gesprächspartner/-innen zur Verfügung stehen, um Bilanz zu ziehen und eine Verbesserung des eigenen Ausbildungsverhaltens zu besprechen. Deswegen ist es wichtig, die sozialen und die zeitlichen Regeln für den Umgang miteinander während der Ausbildung immer wieder neu zu bestimmen. Das eigene Vorbild, das soziale Modell des persönlichen Verhaltens des Ausbilders, wirkt Wunder. Mit anderen Worten: Wenn es dem Ausbilder oder der Ausbilderin gelingt, dem Auszubildenden in einer glaubwürdigen, klaren und zuverlässigen Weise entgegenzutreten, dann ist die Chance hoch, eine gute Beziehung auch zu den sensiblen und manchmal unsicheren, im Kern aber durchaus leistungsbereiten Jugendlichen aufzubauen, mit denen wir es heute zu tun haben. Das ist keine leichte Aufgabe, aber ihre Lösung bietet einen realistischen und realisierbaren Weg, um der Mentalität der sozial benachteiligten Jugendlichen gerecht zu werden.

Der Autor:

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann ist Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance GmbH. E-Mail: hurrelmann@hertie-school.org

Professionalisierung der pädagogischen Fachkräfte am Übergang Schule-Beruf

Ursula Bylinski

Der sich aktuell vollziehende Wandel am Übergang von der Schule in den Beruf stellt die beteiligten Bildungsinstitutionen und die pädagogischen Fachkräfte vor große Herausforderungen: Ihre originären Tätigkeiten verändern sich und erweiterte Aufgaben entstehen, die neue Anforderungen bedeuten.

Aufbau kohärenter Förderstrukturen

Mit der notwendigen „Neu“-Gestaltung des Übergangssystems ist bildungspolitisch der Aufbau kohärenter Förderstrukturen im regionalen Kontext in den Fokus gerückt. Die Kooperation und Vernetzung der regionalen Akteure und ihrer Aktivitäten wird angestrebt, um Zuständigkeiten zusammenzuführen und die Qualität des Bildungsangebots vor Ort zu verbessern. Immer mehr Kommunen betrachten Bildung mittlerweile als einen zentralen Motor für die Regionalentwicklung und Kommunale Koordinierung wird als Potenzial gesehen, jungen Menschen Zukunftsperspektiven zu eröffnen und ihnen eine berufliche und soziale Integration zu ermöglichen (siehe: Weinheimer Initiative).¹

Verschiedene Förderprogramme und -instrumente unterschiedlicher Ministerien auf Bundes- und Landesebene setzen an der

bildungspolitischen Leitlinie² „Förderung von Bildungsketten“ (THIELE 2010) an und verfolgen das Ziel, den gesamten Übergang von der Schule in den Beruf zu gestalten. Bereits mit präventiven Angeboten im Rahmen einer Berufsorientierung soll in der allgemeinbildenden Schule begonnen werden und eine Unterstützung der jungen Menschen dann bis in die Berufsausbildung hinein erfolgen.³

Gestaltung von Übergangsprozessen

Der Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements verspricht Überschaubarkeit und Transparenz sowie die bewusste Gestaltung individueller Übergangswege. Im Sinne einer inklusiven Bildung⁴ gilt es, den Übergang von der Schule in den Beruf für alle jungen Menschen und besondere Zielgruppen auszugestalten, d. h., jedem und jeder sollen auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt optionsreiche Perspektiven eröffnet werden. Dies beinhaltet eine Übergangsbegleitung nicht ausschließlich für benachteiligte Zielgruppen und fordert das Einnehmen einer „benachteiligungssensiblen Betrachtungsweise“⁵ im Gesamtzusammenhang.



An Bedeutung gewinnt in diesem Sinne die Fähigkeit der Fachkräfte, innerhalb heterogener Lerngruppen die Individuen mit ihren Potenzialen wahrzunehmen, Risikogruppen, -situationen und -bereiche zu erkennen und davon ausgehend individualisierte Lernprozesse zu initiieren.

Um notwendige Veränderungen am Übergang von der Schule in den Beruf zu erreichen, müssen dabei Aktivitäten auf zwei Ebenen erfolgen: auf der Struktur- und Systemebene sowie auf der Ebene des pädagogischen Handelns. Die pädagogischen Fachkräfte sind diejenigen, die in diesen Strukturen tätig werden und Übergänge mitgestalten.

Erweiterte Aufgaben und neue Anforderungen an das Personal

Durch die Komplexität des Übergangsgeschehens entstehen für die pädagogischen Fachkräfte ein vielfach erweitertes Aufgabenspektrum sowie Anforderungen in zwei Bereichen:

1. Die individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung mit dem Ziel, gemeinsam mit dem/der Jugendlichen realisierbare Bildungs- und Ausbildungsperspektiven zu entwickeln.
2. Die Gestaltung eines strukturellen Übergangsmangements mit dem Ziel, die Vernetzung und Kooperation der Akteure sowie die Abstimmung der Angebote herzustellen.

Die individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung beinhaltet eine kontinuierliche Begleitung des jungen Menschen von der Schule in den Beruf, die über verschiedene Institutionen hinweggeht. Sie endet nicht an einzelnen Bildungsabschnitten, son-

„Berufswegeplanung ist auch Lebensplanung“

dern stellt Anschlüsse her und setzt voraus, dass alle Beteiligten „Hand in Hand“ arbeiten. Die Kompetenzen und Interessen des/der einzelnen Jugendlichen bilden die Basis für individuelle Unterstützungs- und Förderangebote. Das Konzept ist an der Biografie des jungen Menschen orientiert und unterstützt seine „biografische Lebensbewältigung“⁶, weil Berufswegeplanung auch als Lebensplanung⁷ anzusehen ist. Sie ist als Prozess zu verstehen und muss system- und ressourcenorientiert angelegt und regional eingebunden sein. Als Aufgabe stellt sie sich allen am Übergangsgeschehen beteiligten Institutionen und pädagogischen Fachkräften – jedoch in unterschiedlicher Form und Intensität, ausgerichtet am jeweils spezifischen Arbeitsauftrag.

Zur Gestaltung eines strukturellen Übergangsmangements sind Konzepte gefordert, die den Nutzen einer Zusammenarbeit für alle Beteiligten nachvollziehbar machen. Dies darf nicht außer Acht lassen, dass die Zusammenarbeit auch davon geprägt wird, dass jede Institution auf einer eigenen Handlungslogik aufbaut, jeweils unterschiedliche gesetzliche Grundlagen (bspw. SGB II, III, VIII, XII; Schulgesetze) bestehen und

jede Profession andere Zugänge zum Handlungsfeld und zur Zielgruppe mitbringt – abgesehen davon, dass jede Institution einen jeweils spezifischen Auftrag erfüllen muss. Markant für die veränderte Form der Zusammenarbeit ist, dass keine Institution mehr alleine ihre spezifische Aufgabe erfüllen kann – zur Bewältigung der Probleme werden Handlungsstrategien notwendig, die die eigene Zuständigkeit überschreiten.⁸ In einem vernetzten System von Erziehung, Bildung und Betreuung in kommunalen Bildungslandschaften⁹ wird auch die Jugendhilfe zu einem wichtigen Glied in der Förderkette.

Damit werden die Fähigkeit zum Aufbau von Netzwerken und die Gestaltung von Kooperationen der am Übergangsgeschehen beteiligten Bildungsinstitutionen und der pädagogischen Fachkräfte zur neuen Qualität von Professionalität am Übergang Schule-Beruf.

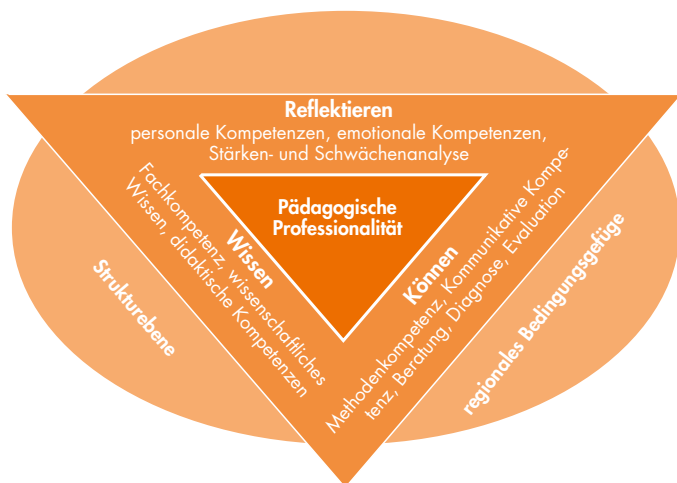


Abb.: Konzept der reflexiven pädagogischen Professionalisierung (Arnold 2005)

Wissen, Können, Reflektieren: Dimensionen von Professionalität

Die oben skizzierten Anforderungen führen zu der Frage, welche Kompetenzen die pädagogischen Fachkräfte brauchen, um diese anspruchsvollen Aufgaben erfüllen zu können? Dies ist Ausgangspunkt eines BIBB-Forschungsprojektes (Laufzeit II/2009-II/2012)¹⁰ mit dem Ziel, ausgehend von den Anforderungen jene Kompetenzen herauszuarbeiten, die für ein zielgerichtetes Handeln der pädagogischen Fachkräfte im Übergangsgeschehen erforderlich sind. Einbezogen sind exemplarisch vier Berufsgruppen: Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen, Sozialpädagogen/-innen und Ausbilder/-innen.¹¹ Ein Ergebnis werden Handlungsempfehlungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung sein.

Der qualitativen Studie liegt eine Forschungsschablone zugrunde, die sich auf das Konzept der „reflexiven pädagogischen Professionalisierung“¹² bezieht, das berufliche Handlungskompetenz von drei Dimensionen geleitet sieht: Wissen (bspw. Fachkompetenz, didaktische Kompetenzen), Können (bspw. Methodenkompetenz, kommunikative Kompetenz, Beratung, Diagnose) und Reflektieren (bspw. personale und emotionale Kompetenzen). Erst ihr Zusammenspiel lässt professionelle Expertise entstehen. Weiterführend werden diese Dimensionen in eine Strukturebene (regionales „Bedingungsgefüge“) gestellt, um den Einfluss von Rahmenbedingungen abzubilden.

Fähigkeit zur Selbstreflexion als zentrale Dimension

Eine zentrale Annahme ist, dass die „Fähigkeit zur Selbstreflexion“ eine wichtige Dimension von Professionalität darstellt, weil sie entscheidend dafür ist, individuelle Bildungsprozesse zu gestalten und eine „benachteiligungssensible Betrachtungsweise“ einzunehmen. Selbstreflexivität beinhaltet das Hinterfragen der eigenen Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata. Unbewusste Wirkungsweisen müssen deshalb vom Lehrenden hinterfragt werden, weil diese – vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenswelten – auch selektive Wirkung haben und somit zur Reproduktion von Chancenungleichheit beitragen.¹³

Professionalität als Entwicklungsaufgabe

Die qualitative Studie zeigt u. a., dass Professionalisierung formale Qualifikationen, (Berufs-)Erfahrungen und informell erworbene Kompetenzen einschließt. Es fällt auf, dass die pädagogischen Fachkräfte facettenreiche Berufsbiografien aufweisen. Dies wird bspw. daran deutlich, dass fast die Hälfte der Befragten eine Doppelqualifikation mitbringen (Studium und Berufsausbildung abgeschlossen) bzw. über Berufserfahrung verfügen, die sie außerhalb ihrer derzeitigen Tätigkeit gesammelt (insbesondere Lehrkräfte an beruflichen Schulen) oder bereits diverse Tätigkeiten im eigenen Ausbildungsberuf ausgeübt haben (insbesondere Sozialpädagogen/-innen).

Interessant ist die übereinstimmende Äußerung der Befragten, dass eine „gewisse Eignung“ für ihre Tätigkeit eine besondere Rolle spiele. Diese scheint sich in einem Prozess herauszubilden und wird auch in informellen Lernprozessen erworben. Möglicherweise spielt genau dieser Kompetenzerwerb im „offenen Handlungsfeld des Übergangs“ (vielleicht mit Blick auf „Fremderfahrung“ und den Umgang mit „nicht abgesteckten“ Situationen) eine ganz besondere Rolle – sie haben gelernt, mit unterschiedlichen Lebens- und Arbeitswelten umzugehen und

darin flexibel agieren zu können. Dieses Potenzial aufzugreifen und für „pädagogisches Übergangshandeln“ nutzbar zu machen, muss Aufgabe von Fortbildung sein und bspw. mit der Bearbeitung biografischer Erfahrungen aufgegriffen werden.

Unterschiedliche Netzwerkebenen und spezifische (Arbeits-)Welten

Die Befunde zeigen auch, dass sich regionale Netzwerkstrukturen nicht kontinuierlich bis auf die Ebene des pädagogischen Handelns fortsetzen. Trotzdem betrachten alle Befragten die Netzwerkarbeit als „zentral für die Übergangsgestaltung“ – häufig wird von „persönlichen Netzwerken“ oder auch von „Beziehungen“ gesprochen. Dies führt dazu, dass die Zusammenarbeit nur im unmittelbaren Arbeitszusammenhang stattfindet; sie ist meist an einen bestimmten Arbeitszweck gebunden. Blockierend wirkt sich aus, dass die Sicht auf die andere Berufsgruppe weitgehend aus der eigenen Perspektive heraus bestimmt ist, d. h., wenig über den „eigenen Tellerrand“ hinausgeschaut wird. Hier scheinen spezifische Arbeits- und auch Lebenswelten der unterschiedlichen Berufsgruppen aufeinander zu treffen, die verhindern, dass Annäherung stattfindet.

Professionalität braucht Unterstützungsstrukturen

Die Weiterentwicklung von Professionalität scheint eng mit der Entwicklung von Handlungskonzepten verknüpft zu sein, die wichtige Unterstützungsstrukturen bieten. Diese müssen auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sein: Es braucht ein regionales Handlungskonzept mit verbindlichen Strukturen, z. B. regionale Bildungsbüros, genauso wie institutionelle Voraussetzungen. Die Fortbildung der Fachkräfte muss darin fester Bestandteil sein. Sie sollte u. a. institutionen- und berufsgruppenübergreifend ausgerichtet und prozessbegleitend sein sowie regional ausgestaltet werden. Dabei gilt es, für die unterschiedlichen pädagogischen Fachkräfte „Gelegenheitsstrukturen“ zu schaffen, in denen sie zusammen an einer gemeinsamen Aufgabe arbeiten und neue Erfahrungen miteinander machen können.

Die Autorin:

Dr. Ursula Bylinski ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Berufsbildung. E-Mail: bylinski@bibb.de

Literatur:

- ARNOLD, Rolf; Gomez Tutor, Claudia (2007): Grundlinien einer Ermöglichungsdidaktik. Bildung ermöglichen – Vielfalt gestalten. Augsburg.
- BÖHNISCH, Lothar (1997): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. Weinheim/München.
- BYLINSKI, Ursula (2008): „Netzwerkbildung im Übergangssystem.“ In: Münk, Dieter; Rützel, Josef; Schmidt, Christian (Hg.): Labyrinth Übergangssystem. Bonn, S. 121-132.
- BYLINSKI, Ursula; Rützel, Josef (2011): „Ausbildung für alle“ braucht eine Pädagogik der Vielfalt.“ In: BWP Heft 2, S. 14-17.
- DEUTSCHER STÄDTETAG (2007): Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007. Aachen.
- KRUSE, Wilfried (2010): „Chancengleichheit und Benachteiligtenfokus im Übergangsmanagement.“ In: Kruse, Wilfried & Expertengruppe: Jugend: von der Schule in die Arbeitswelt. Stuttgart.
- NATIONALER PAKT (2009): Erklärung „Berufswegeplanung ist Lebensplanung. Partnerschaft für eine kompetente Berufsorientierung von und mit Jugendlichen“ (Internet-Ressource).
- THIELE, Peter (2010): „Neue Integrationschancen in der beruflichen Bildung?“ In: Wirtschaft und Berufserziehung 2.10, S. 19-22.
- VESTER, Michael (2008): „Der Klassenkampf um die Bildungschancen.“ In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 1/2008, S. 80-86.

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. www.weinheimer-initiative.de.
- ² Vgl. dazu: BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ (Laufzeit: 2010-2018) www.bildungsketten.de.
- ³ Beispielsweise die Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III des BMAS, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) umgesetzt werden.
- ⁴ Siehe Bylinski; Rützel (2011).
- ⁵ Kruse (2010).
- ⁶ Böhnisch (1997).
- ⁷ Vgl. Nationaler Pakt (2009).
- ⁸ Bylinski (2008).
- ⁹ Deutscher Städtetag (2007).
- ¹⁰ Vgl. dazu www.bibb.de/bildungspersonal-uebergang.
- ¹¹ An acht ausgewählten Standorten werden zum einen qualitative Interviews durchgeführt, um die subjektive Sicht der Befragten zu erfassen, und zum anderen regionale Fallstudien erstellt, um das regionale Bedingungsgefüge abzubilden.
- ¹² Arnold; Gomez-Tutor (2007).
- ¹³ Vgl. Vester (2008), S. 17.



„Junge Menschen müssen ihren eigenen Weg gehen können“ – Anforderungen an Übergangsgestaltung

Interview: Annika Koch und Andrea Pingel

DREIZEHN: Wie wichtig ist das Thema „Übergangsförderung“ zum Einstieg in den Beruf eigentlich zukünftig noch? Werden nicht der demografische Wandel und der Fachkräftebedarf sehr bald alle derzeitigen Probleme am Ausbildungsstellenmarkt beseitigen?

Birgit Reißig: Ich denke nicht, denn die Auswirkungen durch den demografischen Wandel sind nicht überall gleich groß, sondern regional in Deutschland sehr verschieden. Außerdem bedeutet eine gewisse Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt in verschiedenen Regionen eben nicht automatisch, dass auch alle benachteiligten Jugendlichen davon profitieren werden – zumal ja auch ihr Förderbedarf bestehen bleibt.

Arnulf Bojanowski: Da würde ich Ihnen sofort zustimmen, die Situation wird sich nicht so schnell entspannen – auch weil Branchen und Betriebe sehr unterschiedlich reagieren. Aber

diese aktuelle Diskussion zeigt auch: Es wird weiterhin einen Kampf geben um die Wahrnehmung und Definition der Probleme des Übergangssystems – sowie den Versuch der politischen Abwehr der Erkenntnis, dass wir jugend- und bildungspolitisch an die Übergangsproblematik herangehen müssen und sie nicht allein mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung bewältigen können.

DREIZEHN: Was verstehen Sie genau unter „Übergangssystem“ – was gehört aus Ihrer Sicht dazu und was nicht?

Bojanowski: Also, ganz bedeutsam war die Definition eines Übergangssystems im ersten nationalen Bildungsbericht 2006 – hier haben die forschenden Kollegen/-innen auch erstmals offiziell die Größenordnung und Differenziertheit des Förderdschungels benannt. Darüber hinaus sollte man ausbildungsbegleitende Hilfen oder Berufsausbildungen in außerber-

„Schule braucht eine gute Kooperation mit der Jugendhilfe und dem Arbeitsleben“



trieblichen Einrichtungen dazurechnen. Nicht vergessen darf man die vielen Jugendlichen in Ein-Euro-Jobs sowie jene, die in Bedarfsgemeinschaften leben und nach dem SGB II gefördert werden. Diese tauchen in der Diskussion kaum auf – hier müssen wir ein systematisches Defizit, auch unserer eigenen Diskurse, konstatieren. Wir müssen erst mal an ein erweitertes Übergangssystem denken. Frau Reißig, das DJI ist bei seinem Übergangspanel ja auch von einem weiten Verständnis ausgegangen. Sie können sicherlich noch weitere Aspekte ergänzen.

Reißig: Eine weitere Gruppe, die leicht übersehen wird, sind die Jugendlichen, die bewusst an berufliche Schulen gehen, um ihren Schulabschluss zu verbessern – und das sind nach unseren Forschungen nicht wenige.

DREIZEHN: Inwieweit gelingt es denn, innerhalb des Übergangsgeschehens, das ja dann auch Jugendliche ohne speziellen Förderbedarf einschließt, tatsächlich die zu fördern, die mehr Unterstützung brauchen? Und welche Instrumente bewähren sich da?

„Es gibt jede Menge Angebote für benachteiligte junge Menschen – aber mit der Abstimmung klappt es vielfach nicht“

Reißig: Ich finde hier den Blick auf kleinere Einheiten – Kommunen oder auch Landkreise – sehr spannend, weil man dort dichter dran ist und wirklich erkennen kann, was im Übergangsbereich passiert. Viele Kommunen haben sich auf den Weg in Richtung besseres Übergangsmanagement gemacht. Über den genauen Begriff kann man sicher streiten – wichtig ist die bessere Abstimmung für die Jugendlichen. Denn eine grundlegende Diagnose ist, dass es tatsächlich jede Menge Angebote für benachteiligte Jugendliche gibt – aber mit der Abstimmung klappt es vielfach nicht. Außerdem wissen wir mittlerweile ganz gut, was das Übergangssystem beinhaltet – wir können jedoch wenig über die Wirkungen und Effekte im Hinblick auf eine gute Förderung und spätere Integration sagen. Ich glaube, es geht tatsächlich nicht vorrangig darum, sich neue Angebote und Maßnahmen auszudenken, sondern man muss erst einmal schauen, wie das vorhandene Potenzial verbessert werden kann.

Bojanowski: Also, das war mir jetzt ein bisschen zu vorsichtig formuliert. Ich darf es wohl so zuspitzen: Im BIBB-Experten-Monitoring hat ein Großteil der Experten/-innen eine ganz

deutliche und scharfe Kritik am Übergangssystem und am Förderdschungel artikuliert. Wir haben kein pädagogisches Programm für das Übergangssystem – das ist aus meiner Sicht ein riesiges Problem. Was bedeutet denn Kohärenz eines Bildungsgangs? Wie repräsentieren wir einen kohärenten Bildungs- und Lebenslauf, wie repräsentieren wir ihn pädagogisch?

DREIZEHN: Das heißt, wir benötigen so etwas wie eine eigene Übergangspädagogik? Oder geht es Ihnen um die Professionalisierung der Fachkräfte, die bislang am Übergang von der Schule bis zur Ausbildung beteiligt sind?

Bojanowski: Ich bin der Ansicht, wir brauchen eine pädagogische Reflexion. Wir haben im Übergangsgeschehen viele verschiedene Professionsgruppen – da stellt sich eine Vielzahl von Fragen: Wie bilden wir sie aus? Bilden wir hinreichend aus? Sind die Lehrenden und die Auszubildenden für den Umgang mit Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen hinreichend qualifiziert?

„Die zentralen Fragen des Jugendlebens sind immer noch die gleichen“

Reißig: Ich denke, wir müssen dafür tatsächlich auch verstärkt die Perspektive der Jugendlichen selber mit in den Blick nehmen. Jugendliche machen sich ihre eigenen Gedanken und gehen manchmal auch Wege, von denen wir erst gar nicht angenommen haben, dass sich diese für sie als positiv herausstellen – und dann gelingt ihnen dennoch ein guter Einstieg ins Berufsleben.

Bojanowski: Da stimme ich voll zu: Selbstermächtigung ist ein zentrales Ziel im Jugendleben – aber wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Selbstermächtigung möglich ist. Und da überfordern wir benachteiligte Jugendliche. Zumal wir auch sehen müssen: Manche Instrumente sind in dieser Hinsicht von vorneherein nicht geeignet zur Förderung junger Menschen, wie etwa Ein-Euro-Jobs. Es gibt viele Angebote – aber ich bin mir oft nicht sicher, ob wir das Jugendalter nicht einfach überfrachten, indem wir erwarten, dass alle Entwicklungsaufgaben schon möglichst früh eingelöst werden müssen.

Reißig: Da haben Sie ganz Recht, es gibt auch ungeeignete Instrumente und es geht auch nicht darum, Jugendliche mit immer mehr Forderungen und Zeitdruck zu überfordern. Mein Anliegen ist: Man muss auf die Jugendlichen hören. Natürlich hat man als professioneller Unterstützer bestimmte Ideen



oder Wege im Kopf, wie die Dinge besser laufen können. Mein Plädoyer ist, das zwar im Blick zu behalten, jedoch auch sehr genau individuell hinzuschauen, was der junge Mensch sich vorstellt.

DREIZEHN: Haben sich denn in den vergangenen Jahrzehnten die Förderbedarfe junger Menschen verändert?

Bojanowski: Ich weiß nicht, ob sich die Bedarfe so stark geändert haben – die zentralen Fragen des Jugendlebens sind immer noch die gleichen: Wer bin ich? Wer kann ich werden? In wen kann ich mich verlieben? Wie löse ich mich aus dem Elternhaus? Was wird mit mir beruflich? Wir wissen ein ganzes Stück weit, was Jugendliche wollen und was sie können. Aber wir müssen konstatieren, dass die Muster, in denen Jugendliche leben und aufwachsen, nicht mehr in die aktuellen Rahmenbedingungen der Arbeitswelt passen. Es ist manchmal unglaublich, was von Jugendlichen verlangt wird. Das Selbstverständnis, dass Betriebe sozialisatorisch und erzieherisch tätig sind, gibt es nicht mehr. Jugendliche sollen im Betrieb so früh wie möglich mitwirken, Kosten reduzieren, als volle Arbeitskraft einsetzbar sein. In meinen Augen haben sich diese Rahmenbedingungen dramatisch gewandelt. Das erzeugt neue Bruchlinien zwischen dem, was Jugendliche wollen und können, und dem, was sie tun müssten und sollten – was von ihnen gefordert wird.

Reißig: Wir haben in unseren Untersuchungen auch Problembelastungen im Jugendalter erhoben, und zwar für alle Jugendlichen, nicht nur für die benachteiligten. Kurz vor Beendigung der Schule war die gravierendste Belastung: Ich habe Probleme damit, dass ich eigentlich nicht weiß, was aus mir beruflich wird. Die Statistik besagt ja auch, dass wir eine Lücke haben zwischen dem Schulende – das so bei 16, 17 Jahren liegt – und dem Eintritt in eine Ausbildung – dieses liegt so bei 19 Jahren.

DREIZEHN: Der Trend zur möglichst frühen Berufsorientierung und die Kompetenzfeststellung in der Schule bringen also bislang wenig, wenn die Jugendlichen dann doch nicht wissen, wo es hingeht, und erst mit 19 Jahren in die Ausbildung starten?

Bojanowski: Was ist aus der Kompetenzfeststellung geworden? Ich sehe hier zunehmend eine Umkehr von der eigentlichen Intention; zunehmend heißt es: Wir stellen fest, was du kannst und was du weißt, und damit determinierst du dein weiteres Leben. Da wird aus meiner Sicht als Pädagoge eine gute Idee instrumentalisiert, um junge Menschen in bestimmte Bildungsgänge oder Maßnahmen zu bringen. Es wird zu wenig reflektiert, dass Jugendleben auch eine Art Suchbewegung ist.

Reißig: In diesem Sinne müsste man auch mal zulassen, eigene Entwicklungen des Jugendlichen wahrzunehmen – also nicht immer gleich alles instrumentalisieren. Betonen möchte ich aber auch, dass die Einstellung der Schule zur Ausbildung und eine engagierte und frühzeitige Berufsorientierung durchaus etwas bringen. Unsere kommunalen Panels zeigen ja, dass die Übergangquoten in Ausbildung an Hauptschulen auch in derselben Stadt ganz verschieden sein können.

Bojanowski: Insofern haben wir viel zu wenig Jugendsozialarbeiter/-innen im Übergangssystem.

DREIZEHN: Wie schätzen Sie die Entwicklung ein, den besonders ressourcenarmen und benachteiligten Jugendlichen eine individuelle Begleitung zu geben – wie dies auch bei der Berufseinstiegsbegleitung der Fall ist?

Reißig: Die fachliche Herausforderung habe ich ja schon formuliert: Man muss Jugendliche ernst nehmen und man muss möglichst genau auf ihre individuellen Voraussetzungen und Ressourcen schauen, um sie überhaupt zu erreichen. Und das darf nicht bedeuten, dass man jemanden – z. B. im Rahmen der individuellen Begleitung – in eine bestimmte Richtung presst. Gut ist, dass man im Rahmen der Berufseinstiegsbegleitung bereits in der Schule beginnt. Schule ist ein zentraler Ort – das bedeutet aber nicht, dass Schule alles selbst leisten muss. Es braucht hier durchaus gute Kooperationen mit der Jugendhilfe und auch dem Arbeitsleben. Wir müssen zudem bedenken, dass die Übergangswege von Jugendlichen unterschiedlich lange dauern: Manche benötigen nur ein Jahr Berufsvorbereitung, andere brauchen länger – und dann bricht unter Umständen die Unterstützung wieder ab. Das darf aber nicht passieren.

Bojanowski: Mir scheint dies eines der grundlegenden Probleme zu sein: Statt Kontinuität wird eher immer wieder eine neue Karte gezogen mit einer neuen Idee, immer wieder wird durch die vielen Programme und Projekte versucht, das Rad neu zu erfinden. Stattdessen müsste man vieles miteinander kombinieren. Aus meiner Sicht wäre es Aufgabe der Jugendsozialarbeit gewesen, hier quasi als „Leitwissenschaft“ Angebote und Wege zu systematisieren – aber sie ist in den letzten 20 Jahren kaum zu Wort gekommen.

DREIZEHN: Sie hatten die Jugendlichen in Ein-Euro-Jobs, in den Arbeitsgelegenheiten erwähnt. Momentan steht ja im Rahmen der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auch zur Debatte, inwieweit dieses Instrument zukünftig überhaupt noch zur Verfügung steht. Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein?

„Die Übergangsproblematik kann man nicht allein mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung bewältigen – wir brauchen eine pädagogische Reflexion“

Bojanowski: Die interne Kritik der Bundesagentur an ihren eigenen Maßnahmen besagt ja, dass die Sanktionspraxis im SGB II völlig überzogen ist und dass die Angebote den Jugendlichen nicht gerecht werden. Die Annahme „Wenn Du Dich nur genügend anstrengst, dann bekommst Du schon was“ wurde unreflektiert in die Gesetzgebung, in das SGB II übernommen. Da muss aus meiner Sicht umgesteuert werden, und das ist eine der Fragen, die in der Instrumentenreform nicht klug diskutiert und beantwortet werden.

„Die Träger der Jugendsozialarbeit müssen ihren systematischen Platz im Bildungswesen finden“

Reißig: Je länger junge Menschen in ungelernter Arbeit tätig sind, desto schwerer wird es, aus dieser Tätigkeit heraus und in Ausbildung zu gelangen. Die Idee „Erst mal in Arbeit und dann geht es schon weiter“ geht für einen Großteil so nicht auf. Eine andere Folge des SGB II finde ich besonders schlimm, nämlich dass nun Kinder und Jugendliche bereits in der Schulzeit nach SGB II oder III sortiert werden – allein aufgrund der Situation der Eltern.

DREIZEHN: Was müsste also dringend besser werden oder wie kann man es denn besser machen?

Bojanowski: Ich formuliere mal so: Was muss ein Bildungswesen in einer Industriegesellschaft absichern, damit diese zukunftsfähig ist? Individuelle Regulationsfähigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit und die gesellschaftliche Sicherung der Humanressourcen. Das sind die zentralen Kriterien der nationalen Bildungsberichte und ich schlage vor, dass wir mindestens zwei europäische Kriterien dazu nehmen: den Europäischen Qualifikationsrahmen und die Inklusionsdebatte. In diesem Zusammenhang müssen wir eigentlich die Träger der Jugendsozialarbeit als Träger des Übergangssystems begreifen – sie müssen ihren systematischen Platz im Bildungswesen finden.

Reißig: Ich würde es noch etwas konkretisieren wollen: Das entscheidende Ziel ist, einen Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit zu bringen – hier gilt es, die Abstimmung unter den Akteuren nachhaltig zu verbessern. Momentan wird da viel auf die Kommunen übertragen – das ist natürlich der Ort, an dem die Probleme evident werden und wo etwas passieren muss. Aber es ist der falsche Weg, dass nun seitens des Bundes und des Landes Initiativen und Programme auf die Kommunen einprasseln, die diese dann zu ordnen haben. Es braucht an dieser Stelle eine viel

bessere Abstimmung auf der Bundesebene und zwischen den Bundesressourcen. Ein weiterer Aspekt: Man muss jetzt noch sehr viel stärker die Betriebe in diese Prozesse einbinden.

DREIZEHN: Welche Rolle kann die Jugendsozialarbeit bei dieser kommunalen Steuerung übernehmen?

Reißig: Wenn man den Übergangsprozess und die vielen verschiedenen Akteure darin insgesamt betrachtet, ist das augenblickliche Grundproblem ja die fehlende Koordinierung. Da spielt die Jugendsozialarbeit natürlich eine ganz wesentliche Rolle. Die Entscheidungsträger müssten in Koordinierungsgremien o. Ä. zusammenkommen – hier muss die Jugendsozialarbeit mit ihren Erfahrungswerten und ihrer Fachlichkeit beteiligt sein. Allerdings besteht hier die teilweise die Schwierigkeit, dass die Träger auch die Anbieter von Maßnahmen und damit Konkurrenten sind.

Bojanowski: Jugendsozialarbeit ist in meiner Wahrnehmung im Prinzip zu schwach aufgestellt und im Grunde nicht mehr repräsentiert in den Prozessen. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), also das SGB VIII, reicht leider nicht aus, um eine kommunale Übergangsgestaltung zu organisieren und zu finanzieren. Aber ich bedauere es, dass es nicht gelungen ist, die inhaltlichen Vorstellungen der Jugendhilfe – und damit eben auch der Jugendsozialarbeit – zu profilieren. Hier hat uns der Markt sozusagen überrollt – die Marktförmigkeit beeinflusst jetzt also auch die Trägerstruktur: Wer einen Maßnahmenauftrag will, der denkt nicht mehr an das Ganze. Ich finde, das ist der Sündenfall dieser Moderne und solange dieser nicht revidiert wird, werden wir in dem Feld auch wenig machen können. So betrachtet, ist die Jugendsozialarbeit schwach – aber die Leitideen sind die stärkeren.

Prof. Dr. Arnulf Bojanowski ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung an der Leibniz Universität Hannover. E-Mail: arnulf.bojanowski@ifbe.uni-hannover.de

Dr. Birgit Reißig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) und kommissarische Leiterin des Forschungsschwerpunkts „Übergänge im Jugendalter“. E-Mail: reissig@dji.de



Die Vorschläge des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit für ein kohärentes Fördersystem

Ulrike Hestermann

Der erfolgreiche Übergang von der Schule in den Beruf ist die zentrale Voraussetzung für den beruflichen Erfolg und damit der gesellschaftlichen Integration. Spätestens seit Anfang der 90er-Jahre aber finden zu viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz mehr – außerdem gibt es mitten unter uns eine Gruppe junger Menschen, denen der Übergang in eine Ausbildung auf Dauer versperrt bleibt.¹ Mit diesem Stigma sind sie von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen und vom Risiko häufiger Erwerbslosigkeit bedroht.

Die sogenannte Benachteiligtenförderung steht heute als ein Dickicht von 178 Richtlinien da, die die Förderung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene regeln – nicht weniger als vier Rechtskreise (SGB II, III, VIII, IX) sind potenziell berührt. Im Schnittpunkt der unterschiedlichen ordnungspolitischen Zuständigkeiten von Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Jugendhilfe bleiben pro Jahr 150.000 Jugendliche und junge Erwachsenen ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss. Mit zahllosen Aktivitäten und Programmen wurde versucht, diese Entwicklung zu stoppen. Von den 94 % aller Hauptschüler/-innen, die sich eine betriebliche Ausbildung

wünschen, gelang 2010 nur 36 % tatsächlich der Einstieg in eine Berufsausbildung. Dabei bewerben sich 46 % zum wiederholten Male und zählen zu den sog. Alt-Bewerbern/-innen.² Diese Lage führt bei vielen Jugendlichen zu einer den Misserfolg vorwegnehmenden Vermeidungshaltung. Dies gilt speziell für die Jugendlichen, die schon im Kindesalter keine Zukunft für sich sehen. Die Lage dieser „Paupers“ ist nicht nur sozial unerträglich, sie verursacht auch immense Kosten, deren größerer Teil erst zukünftig anfallen wird. Alle vorliegenden Berechnungen zeigen aber, dass Investitionen in Bildung und ein chancengerechteres Bildungssystem sich auch wirtschaftlich lohnen.³ Dies sind genug Fakten, das Ziel „Ausbildung für Alle!“ weiterhin zu fokussieren.

Ideen für eine kohärente Förderung am Übergang Schule-Beruf

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat diese Entwicklung verfolgt und immer wieder kritisch kommentiert (siehe dazu die diversen Stellungnahmen, u. a. zu den Berufsbildungsberichten). Im Jahr 2009 entschied er sich, selbst

„Die Jugendsozialarbeit ist gefordert, ihre Kompetenz in die Gestaltung des Kohärenten Fördersystems einzubringen“

Kriterien und Eckpunkte für ein kohärentes Fördersystem zu entwerfen und diese in die Debatte einzubringen. Die Idee dabei war, viele Mitstreiter/-innen aus der Jugendsozialarbeit, der Jugendberufshilfe, Verbänden, Ministerien, Wissenschaft und Institutionen der beruflichen Bildung zur Mitarbeit einzubinden. Aber nicht alle Angesprochenen wollten oder konnten sich beteiligen. Schließlich diskutierte ein Kreis von rund 25 Personen über ein Jahr in mehreren Workshops – teilweise durchaus konträr. Ergebnis ist weniger ein in sich geschlossener Vorschlag als vielmehr ein konstruktiver Beitrag aus Sicht der Jugendsozialarbeit, der u. a. folgende Thesen enthält:

- **Grundlegende Änderungen in den Zuständigkeiten sind notwendig**

Die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Zuständigkeiten im föderalen System und die Finanzierung des Fördersystems zu bündeln, wird von allen Beteiligten geteilt. Um aber in den Diskussionsprozess eingreifen zu können, ohne grundlegende Reformen abwarten zu müssen, wurde die Ableitung von Kriterien und Empfehlungen für ein Kohärentes Fördersystem unterhalb der ordnungspolitischen Zuständigkeiten angesiedelt.

- **Übergänge sind kritische Lebensphasen für alle Jugendlichen**

Übergänge im Jugendalter stellen für alle Jugendlichen Lebensabschnitte dar, in denen sie Beratung, Orientierungshilfe und Unterstützung brauchen. Die Intensität ist nur unterschiedlich groß und der Bedarf an Förderung entsteht zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Die Übergangsgestaltung in den Beruf ist somit als eine Daueraufgabe in der Arbeit mit allen Jugendlichen zu definieren, die Teil des Regelsystems ist und kein Sondersystem für sozial benachteiligte Jugendliche herausbilden darf.

- **Es herrscht kein Mangel an geeigneten Instrumenten**

Einigkeit herrschte in der Diskussion darüber, dass es nicht an geeigneten Förderinstrumenten selbst mangelt, sondern an einer kohärenten Systematik, in der sich Vorgehensweisen und Instrumente aufeinander beziehen, in einer logischen Abfolge, flexibel und immer wieder vom realen, individuellen Förderbedarf geleitet.

Kohärente Förderung muss von den Jugendlichen ausgehen

Zentral und handlungsleitend sind aus unserer Sicht der Ausgangspunkt und die Zielsetzung eines Kohärenten Fördersystems. Es ist kein Selbstzweck, sondern hat nur eines im Sinn: Allen Jugendlichen, unabhängig von sozialer Herkunft und Lage, Geschlecht und kulturellem Hintergrund, die Möglich-

keit zu sichern, beruflich und sozial in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Der Vorschlag geht deshalb von folgenden Grundannahmen aus:

- Jugendliche und junge Erwachsene wollen ernst genommen werden und an der Gesellschaft teilhaben.
- Jugendliche wollen gute Leistungen erbringen und anerkannt werden. Sie brauchen Motivation und ermunternde positive Unterstützung. Dazu sind Personen nötig, die sie ernst nehmen und auf Dauer Ansprechpartner/-innen sind.
- Jugendliche wollen Wahlmöglichkeiten und Alternativen, über die sie selber entscheiden können und die ihnen verschiedene Wege eröffnen. Sie brauchen auch die Möglichkeit, mit ihren Fähigkeiten zu experimentieren, Dinge auszuprobieren, um ihre Schlussfolgerungen zu ziehen.
- Jugendliche brauchen verlässliche, übersichtliche Strukturen, die sie und ihre Belange respektieren, die auch Umwege auf dem Weg zum Ziel erlauben und nicht diejenigen diskreditieren, die dazu auf Antrieb nicht imstande sind.
- Jugendliche brauchen Orientierung auf dem Wege in das Erwachsenwerden, aber auch die Aussicht darauf, am Ende erfolgreich in Ausbildung und Arbeit zu gelangen.

Jugendliche müssen ihren Einstieg in die Berufswelt als Bestandteil ihrer eigenen Bildungsbiografie nachvollziehbar erfahren und gestalten – und damit weitestgehend selbst über den Verlauf entscheiden können. Sie müssen die Subjekte dieses Prozesses sein, der zum Erwachsenwerden gehört, und nicht die Objekte einer Förderung, deren Ertrag und Ausgang für sie nicht offensichtlich ist.

Ein Kohärentes Fördersystem braucht Maßstäbe ...

Diese vorgenannten Aspekte beschreiben die Folie, auf der die Kohärenz und die Struktur der Förderung immer wieder überprüft werden können. Sie lässt sich in diese Kriterien fassen:

- Offen für alle (Kinder und) Jugendlichen, bei denen sich abzeichnet, dass sie durch schulische, familiäre und soziale Problemlagen auf frühzeitige, präventive und begleitende Förderung angewiesen sind.
- Am Individuum orientiert, an den Bedarfen und Lebenslagen, den Interessen und Neigungen ausgerichtet.
- Transparent in Bezug auf Zugänge, Strukturen, Zuständigkeiten und Angebote, um eine bedarfsorientierte Navigation in diesem System zu gewährleisten.
- Durchlässig, indem es in Abhängigkeit vom individuellen Förderbedarf der Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Wechsel zwischen verschiedenen Angeboten unabhängig von den Laufzeiten der Maßnahmen möglich macht und

der Integration in Ausbildung und Arbeit dient,

- Anpassungsfähig und beweglich genug, um auf Veränderungen, z. B. der Demografie, Konjunktur, des technologischen Fortschritts und der resultierenden Anpassungen in der Förderung, angemessen reagieren zu können.

... und Kriterien

Diese Kriterien wurden dann auf die wesentlichen Handlungsfelder (Berufsorientierung und Jugendsozialarbeit in der Schule, Berufsvorbereitung, niedrigschwellige Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, Berufsausbildung, Nachqualifizierung sowie das Querschnittsthema Professionalisierung und das handlungsfeldübergreifende Element Übergangsgestaltung) angelegt, um zu konkreten Handlungsempfehlungen zu kommen, ohne das Ganze aus dem Blick zu verlieren. Denn die Kriterien können (zum Teil) auch angewandt werden, ohne dass die darüber hinaus notwendigen strukturellen Veränderungen bereits vollzogen sind.

Am Beispiel des Handlungsfeldes Nachqualifizierung soll dieses Vorgehen veranschaulicht werden. Zur Zielgruppe der Nachqualifizierung zählen alle jungen Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht auf direktem Weg zum Schulabschluss, zum Ausbildungsabschluss gelangt sind, die aber eine Möglichkeit suchen, sich wieder anzudocken.

Auf die Nachqualifizierung heruntergebrochene Kriterien der Kohärenz sind dann z. B. fortlaufende und systematische Erhebung des Bedarfs:

- Bereitstellung der notwendigen Beratung für Betriebe
- Bereitstellung der passenden Angebote durch Träger
- Anerkennung vorhandener Vorqualifikationen
- Berücksichtigung der Lebensumstände
- hoher Praxisbezug und berufsorientierte Verwertbarkeit

Die Empfehlungen zur Nachqualifizierung arbeiten die Kriterien aus, treffen Aussagen zu Kompatibilität und Curricula, die sich an Ausbildungsrahmenplänen orientieren, zur verstärkten Externenprüfung bei den Kammern, nachhaltiger Implementierung und Integration in das Regelsystem der Beruflichen Bildung.

Wesentliche Ergebnisse und Erkenntnisse dieses Prozesses lauten kurz gefasst: Übergänge zwischen Institutionen und Lernphasen sind insbesondere für Jugendliche mit Förderbedarf mit vielfältigen Risiken behaftet. Die Übergangsgestaltung muss deshalb die Passung zwischen jeweils aufnehmenden und abgebenden Systemen herstellen. Dafür bedarf es einer integrierten Planung, die Daten und Informationen unterschiedlicher

Systeme (Schul-, Jugendhilfe- und Förderplanung) regional zusammenführt und die empirische Grundlage der Bedarfsplanung bildet. Die Kommunen verfügen hierfür über die besten Voraussetzungen und könnten die Ergebnisse einer solchen integrierten Planung auch zum Gegenstand kommunaler Bildungsberichterstattung machen.

Die Jugendsozialarbeit kann und muss den Übergang (mit-)gestalten

Damit Jugendliche genau die Förderung bekommen, die sie brauchen, und die Förderung als kohärent – und damit als letztlich erfolgreich – angesehen werden kann, brauchen wir eine Reduktion auf wenige, transparente und zuverlässige Instrumente. An die Stelle von Einzelmaßnahmen müssen Förderstrukturen treten, die flexible Angebote ermöglichen, die auf Bedarf und Entwicklung der Jugendlichen abgestimmt sind und sich an der jeweiligen sozioökonomischen Situation orientieren. Diese Förderstruktur muss finanziell und gesetzlich abgesichert und institutionell auf kommunaler bzw. regionaler Ebene gesteuert werden. Dies ist nur unter verbindlichen Rahmenbedingungen möglich, die auf Bundesebene und länderübergreifend festgelegt und lokal angepasst werden können.

„Übergangsgestaltung ist die unabdingbare Voraussetzung für gelungene Förderprozesse“

Benachteiligte Jugendliche sind die zentrale Zielgruppe der Jugendsozialarbeit, deren Kernaufgabe und Kernkompetenz die pädagogische Arbeit mit ihnen. Die erfolgreiche Gestaltung der Übergänge wird auch zukünftig davon abhängen, dass nicht allein ökonomische und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind, sondern dass auch alle anderen Facetten Berücksichtigung finden, die bei der beruflichen Entwicklung eine Rolle spielen. Die Träger der Jugendsozialarbeit sehen sich deshalb als den notwendigen und geeigneten Akteur, um gemeinsam mit anderen Jugendliche im Übergang zu unterstützen und als Teil der Jugendhilfe diese Aufgabe wahrzunehmen.

Der Vorschlag des Kooperationsverbundes ist bei Weitem nicht der erste und einzige „am Markt“. Die Bertelsmann Stiftung, der Hauptausschuss des BIBB, der DGB, die AGJ haben Vorschläge gemacht und ihre Überlegungen dargelegt. Schon kurz vor Beginn unserer Diskussionen war ein im Auftrag

„Es gibt auch viele gute Erkenntnisse und Vorschläge – jetzt kommt es auf die Umsetzung an“



des BMBF erarbeitetes Gutachten veröffentlicht worden. Die Bundesregierung hatte sich die Beseitigung der Probleme am Übergang Schule-Beruf als Aufgabe in die Koalitionsvereinbarungen geschrieben. Seit 2010 beschäftigt sich auch eine interministerielle Arbeitsgruppe mit der Weiterentwicklung der Förderpolitik und den Strukturen ihrer Umsetzung. Bei den meisten Vorschlägen ist man sich darin einig, dass die regionalen Strukturen gestärkt werden müssen, um die jeweiligen Besonderheiten und Bedarfe zu berücksichtigen, u. a. in Bezug auf wirtschaftsstrukturelle, soziodemografische Faktoren. Offen bleibt bei allen Vorschlägen, wie eine Verbesserung der Übergänge ohne ordnungspolitische Veränderungen (föderale Struktur, Hoheit der Länder, Zuständigkeit für Bildungs- und Ausbildungsfragen) auskommen kann. Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sind zwar 2006 durch eine Grundgesetzänderung untersagt, möglich und zulässig sind aber Vereinbarungen zwischen Ländern und Kommunen. Überdies gibt es schon Stimmen aus den Reihen der Arbeitgeberverbände, die eine Aufhebung des Kooperationsverbotes fordern. Eine erste Verbesserung könnte auch schon dadurch entstehen, dass die Eigeninteressen und die Profilierung der Institution hinter die Interessen, Belange und Rechte von Jugendlichen zurückgestellt werden.

Ein Kohärentes Fördersystem – wann, wenn nicht jetzt?

Die soziodemografische Entwicklung erzwingt geradezu ein Umdenken, denn die Zahl der jungen Menschen, die auf dem Ausbildungsmarkt eine Stelle suchen, ist rückläufig, die Nachfrage nach Bewerber/-innen steigt: Jugendliche werden zunehmend zur Mangelware. Bis jetzt fehlen aber die Strukturen, die diese Entwicklung auch auf Dauer positiv für Jugendliche mit

erhöhtem Förderbedarf wenden können. Wann, wenn nicht jetzt, sollte es uns aber gelingen, die Angebote und die Förderung endlich so zu verbessern, dass alle jungen Menschen tatsächlich eine Ausbildung beginnen und bewältigen können?

Wir hoffen sehr, dass wir mit unserem Beitrag zur Entwicklung eines Kohärenten Fördersystems die Diskussion nicht nur bereichern, sondern gemeinsam mit anderen Akteuren dazu beitragen können, dass die Vielfalt von Vorschlägen auch von den politisch Verantwortlichen zur Kenntnis genommen wird und ein systematischer Plan entsteht, der den sozialen und wirtschaftlichen Interessen aller Jugendlichen gerecht wird.

Die Autorin:

Ulrike Hestermann ist Referentin beim Internationalen Bund.
E-Mail: ulrike.hestermann@internationaler-bund.de

Anmerkungen:

¹ Zwar soll bis zum Jahr 2025 die Gesamtzahl der Bildungsbeteiligten von derzeit 16,7 Mio. auf 14,1 Mio. abnehmen, es muss aber immer noch mit 52.000 bzw. 134.000 jungen Menschen gerechnet werden, die die Schule ohne Abschluss bzw. mit einem Hauptschulabschluss verlassen (HSA gegenwärtig ca. 65.000).

² Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Berufsbildungsbericht 2011. Bonn/Berlin 2011.

³ Siehe dazu: Allmendinger, Jutta; Giesecke, Johannes; Oberschachtsiek, Dirk: Unzureichende Bildung – Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Bielefeld 2011.



Übergänge mit System: Eine Initiative der Bertelsmann Stiftung

Clemens Wieland

Die Lage am Ausbildungsmarkt in Deutschland ist derzeit günstig: Befanden sich im Jahre 2006 noch über eine halbe Million junger Menschen im sogenannten Übergangssystem,¹ so ist diese Zahl mittlerweile auf rund 320.000 Personen gesunken.² Als zentrale Ursachen für diese Veränderung sind der demografische Wandel einerseits und die wirtschaftliche Entwicklung mit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel andererseits genannt. Nichtsdestotrotz wird sich die Übergangsproblematik nicht von selbst lösen: Die Ergebnisse des Nationalen Bildungsberichtes 2010 zeigen, dass der demografische Wandel die Übergangsproblematik zwar quantitativ etwas abfedern wird, die qualitativ-strukturellen Probleme jedoch nicht überwinden und beseitigen kann. Dem Bildungsbericht zufolge wird die Zahl der Jugendlichen im Übergangsbereich aufgrund der demografischen Entwicklung bis 2025 zwar zurückgehen, jedoch ohne Reformen und strukturelle Veränderungen noch immer auf einem Niveau von ca. 238.000 Jugendlichen ver-

bleiben.³ Die jährlichen Kosten würden sich bei dieser Zahl auf ca. 3,3 Mrd. € (gegenüber 4,3 Mrd. € im Jahr 2010) belaufen.⁴ Und genau hier besteht Reformbedarf, denn eine solche Entwicklung wäre sowohl aus individueller als auch aus ökonomischer und sozialer Perspektive nicht zu verantworten.

Daher gilt es jetzt zu handeln, um die Chancen zu nutzen, die sich durch die veränderte Situation auf dem Ausbildungsmarkt für Jugendliche bieten. Daran arbeitet die Bertelsmann Stiftung im Rahmen der Initiative „Übergänge mit System“ mit derzeit 15 Ministerien aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie der Bundesagentur für Arbeit. Gemeinsam haben die Beteiligten im Frühjahr 2011 das „Rahmenkonzept zur Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf“ vorgelegt. Insgesamt zeichnet sich das Konzept vor allem durch eine klare Zielorientierung aus. Die Beteiligten haben sich darauf geeinigt, für

ein transparentes und eindeutig auf Ausbildung ausgerichtetes Übergangssystem einzutreten. Jeder Jugendliche, der zu einer Ausbildung in der Lage ist, soll auch eine bekommen. So genannte „marktbenachteiligte“ Jugendliche münden demnach nicht mehr in Übergangsmaßnahmen ein, sondern erhalten eine unmittelbare Ausbildungsmöglichkeit. Nur diejenigen, die zu einem direkten Einstieg in Ausbildung selbst mit Unterstützung nicht in der Lage sind, werden im Rahmen einer Übergangsmaßnahme zur Ausbildungsreife geführt. Nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahmen sollen diese Jugendlichen eine verbindliche Anschlussperspektive erhalten.

„Jeder Jugendliche, der zu einer Ausbildung in der Lage ist, soll auch eine bekommen“

Das Besondere an der Initiative „Übergänge mit System“ besteht nicht darin, dass ein neuer Maßnahmentypus entwickelt wird oder gar ein Konzept, das dann stereotyp in alle Bundesländer übertragen werden soll. Das Besondere der Initiative liegt vielmehr darin, dass sich die Verantwortlichen in einer länderübergreifenden Allianz und auf Grundlage bestehender Erfahrungen an einem gemeinsamen Ziel orientieren. Diese Ausrichtung an einem gemeinsamen Ziel schafft die dringend erforderliche Transparenz und Klarheit auch dann, wenn die einzelnen Länder aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auch unterschiedliche Wege zur Umsetzung beschreiten.

Das Konzept in der Praxis

- Der Ansatz beginnt bei der Berufsorientierung und fordert eine verbindliche Berufs- und Studienorientierung ab der 7. Klasse in allen allgemeinbildenden Schulen. Um möglichst alle Schüler/-innen gut auf eine spätere berufliche Ausbildung vorzubereiten, müssen die Lehrer/-innen ihre Klassen gut kennen. Eine frühzeitige Diagnostik soll ihnen dabei helfen, gefährdete Jugendliche rechtzeitig zu identifizieren. Auf dem Ergebnis solcher Kompetenzdiagnosen werden dann gezielte Förderpläne und spezifische Förderangebote aufgebaut. Besonders gefährdeten Jugendlichen soll ein/e Übergangsbegleiter/-in zur Seite gestellt werden, der/die sie bei ihrer Berufswahl und im Bewerbungsprozess individuell unterstützt.
- Nach der Schule finden Jugendliche im Idealfall einen Ausbildungsplatz im dualen System oder an einer Hochschule. Doch das gelingt nicht allen. Was soll mit denjenigen geschehen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben?

Bei ihnen sollte mit einer Potenzialanalyse geprüft werden, ob sie ausbildungsfähig sind. Ziel der Initiative „Übergänge mit System“ ist es, dass ausbildungsfähige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz anstelle einer Übergangsmaßnahme einen öffentlich finanzierten betriebsnahen Ausbildungsplatz erhalten. Die betriebsnahe Ausbildung ist inhaltlich identisch mit der dualen Ausbildung und endet ebenfalls mit dem Kammerabschluss. Sie erfolgt entweder überwiegend in der Schule oder teils in der Schule, teils bei einem Bildungsträger und enthält Betriebspraktika. Ein Wechsel von der betriebsnahen Ausbildung in die duale Ausbildung ist jederzeit möglich, da beide Ausbildungsformen qualitativ gleichwertig gestaltet sein sollen.

- Die Aufnahme einer Berufsausbildung – sei sie dual oder betriebsnah – ist ein entscheidender Schritt am Übergang von der Schule in den Beruf. Dennoch ist ein Ausbildungsplatz noch kein Garant für den erfolgreichen Abschluss. Mehr als jeder fünfte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gelöst. Um Abbrüche zu vermeiden, sollen Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Jugendliche, bei denen der erfolgreiche Ausbildungsabschluss gefährdet sein könnte, bedarfsgerechte Unterstützung erhalten – beispielsweise in Form von Nachhilfe in den Kernfächern oder sozialpädagogischer Begleitung. Darüber hinaus kann eine administrative und organisatorische Unterstützung der Betriebe sinnvoll sein.
- Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und bei denen die Ergebnisse der Potenzialanalyse zeigen, dass sie noch nicht fit für eine Ausbildung sind, haben besonders hohen Förderbedarf. Wenn – aus welchen Gründen auch immer – die Aufnahme einer Ausbildung noch nicht möglich ist, müssen Jugendliche besondere Aufmerksamkeit und besondere Förderung erhalten. Die Initiative „Übergänge mit System“ fordert für diese Jugendlichen eine individuelle und schnellstmögliche Hinführung zur Ausbildungsreife im Rahmen einer Übergangsmaßnahme. Aufgrund der schwierigen Ausgangsbedingungen, z. B. stark ausgeprägter kognitiver und/oder sozialer Schwierigkeiten, bedürfen sie einer besonders intensiven und professionellen Begleitung, um die Grundlagen für eine spätere Einmündung in die Berufsausbildung zu schaffen. Die Kompetenzanalyse zur Standortbestimmung, eine darauf aufbauende individuelle Förderplanung sowie die kontinuierliche Dokumentation der Fortschritte sind dabei von hoher Bedeutung. Die Maßnahmen sind inhaltlich und zeitlich flexibel auf die spezifischen Schwierigkeiten und Bedürfnisse der Teilnehmenden auszurichten und abzustimmen. Um diesen Jugendlichen mit hohem Förderbedarf einen realistischen und motivierenden Ausblick zu ermöglichen, benötigen sie eine attraktive Anschlussperspektive. Daher fordert die Initiative „Übergänge mit System“ eine verbindliche Zusage: Wenn

Jugendliche eine Maßnahme der Hinführung zur Ausbildungsreife erfolgreich absolvieren, sollen sie ein verbindliches Angebot auf einen Ausbildungsplatz erhalten.

„In der Praxis zeigt sich, dass die Umsetzung des Konzeptes sehr unterschiedlich anläuft“

So einfach und transparent dieses Konzept auf der einen Seite theoretisch erscheint, so komplex ist auf der anderen Seite die Umsetzung in die Praxis: Die Ausgangslagen und auch die Reformanstrengungen sind in den beteiligten Ländern höchst unterschiedlich. Sehr konkret wird derzeit zum Beispiel in Hamburg und Nordrhein-Westfalen an einer flächendeckenden Umsetzung des Rahmenkonzeptes gearbeitet. In anderen Ländern stehen hingegen Teilaspekte wie der Ausbau der schulischen Berufsorientierung oder die lokale Koordinierung von Übergangsmaßnahmen im Vordergrund.

In ihrer weiteren Arbeit wird die Initiative verschiedene Stränge verfolgen: Zum einen wird es darum gehen, die Teilaspekte der geplanten Reformen inhaltlich zu konkretisieren und praktikable Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln. Zum anderen wird aber auch ein Schwerpunkt darauf liegen, auf politischer Ebene Aufmerksamkeit für die gesellschaftspolitische und ökonomische Notwendigkeit der geforderten Reformen zu schaffen. Im Zwischenresümee zeigt sich: Es gibt viel zu tun, aber es gibt auch eine wachsende Zahl von Verantwortlichen, die sich den Herausforderungen einer umfassenden Reform stellen und die Umsetzung vorantreiben.

Der Autor:

Clemens Wieland ist Senior Project Manager im Programm Zukunft der Beschäftigung/Good Governance bei der Bertelsmann Stiftung. E-Mail: Clemens.Wieland@bertelsmann-stiftung.de

Literatur:

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich II. Bielefeld.

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (Hg.) (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010.

STATISTISCHES BUNDESAMT (2011): Bildung und Kultur. Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Anfänger im Ausbildungsgeschehen 2010 nach Sektoren/Konten und Ländern. Wiesbaden.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008), S. 96.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2011).

³ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 313.

⁴ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010), S. 313 und 317.



Weitere Informationen:
www.bertelsmann-stiftung.de/uems



Berufsvorbereitung in der Kritik – warum eigentlich?

Ein Einwurf von Walter Würfel

Beim Stichwort Berufsvorbereitung und Jugendsozialarbeit denkt man zumeist an die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) – kein Wunder, gehören diese doch zu den quantitativ umfangreichsten Maßnahmen des Übergangssystems. Auch wenn insgesamt die Zahlen – vor allem demografiebedingt – zurückgehen, wurden im Jahr 2011 bundesweit über 50.000 Teilnehmer/-innenplätze von der BA für diese Maßnahmen ausgeschrieben. Sie stehen oft im Zentrum der Kritik am Übergangssystem (das weder ein System ist, noch ein System hat) – nicht zuletzt, weil gerade die Berufsvorbereitung in den letzten Jahren als riesige Warteschleife genutzt wurde für junge Menschen, die auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgegangen waren, weil es viel zu wenige Ausbildungsstellen gab und gibt.

Und um es gleich vorweg zu sagen: Ich halte die Kritik an BvB für weitgehend unberechtigt. Die erste Ursache der Probleme liegt in den Rahmenbedingungen der BvB, die vor allem durch die Vergabe geprägt sind. Die zweite Ursache ist ebenfalls systematischer Natur: Die Probleme des Übergangssystems kann man nicht bestimmten Maßnahmeformen oder -typen zurechnen, die Probleme resultieren aus einem völlig unverbundenen Nebeneinander unterschiedlichster Angebote und Projekte, die nicht miteinander kompatibel sind.

Ein Konzept mit klarem Profil, aber schlechten Rahmenbedingungen

BvB haben mit dem derzeit gültigen Fachkonzept¹ ein sehr durchdachtes, flexibles und pädagogisch anspruchsvolles didaktisches Konzept. Sie sollen durch ihre verschiedenen Elemente, die unterschiedlich kombiniert werden können, unter anderem Ausbildungsreife und Berufswahlkompetenz herstellen – durchweg Ziele, die im Bereich der non-formal beziehungsweise informell zu erwerbenden Kompetenzen liegen. Berufswahlkompetenz, Ausbildungsreife, Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit sind Themen, die sich nicht in schulischem Rahmen beziehungsweise als Schulfach vermitteln lassen. Das „Medium“, anhand dessen hier gelernt wird, ist ein Berufsfeld; Inhalt ist der Stoff des jeweils ersten Ausbildungsjahres im entsprechenden Beruf.

Ein Einblick in die historische Entwicklung

Das aktuelle Fachkonzept ist hervorgegangen aus einer Modellversuchsreihe, in der seit 2001 (gefördert vom BMBF)

neue Projekte ausprobiert wurden: die Entwicklungsinitiative „Neue Förderstruktur“. Es ging ursprünglich darum, vor Ort – in der Region oder Kommune – ein arbeitsteiliges System zu schaffen, das auf die Bedarfe der Jugendlichen abgestimmt ist. Mithilfe von Bildungsbegleitern/-innen, einer Art Coaches, sollten individuelle Förderung realisiert und die Jugendlichen dabei unterstützt werden, passende Angebote beziehungsweise eine Ausbildungsstelle zu finden. Je nach Bedarf und individueller Situation der Jugendlichen sollte Kompetenzfeststellung stattfinden und darauf aufbauend Qualifizierung, berufspraktische Fähigkeiten und viele andere Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden. Diese Ideen wurden so nie realisiert, aber mit der „Berufseinstiegsbegleitung“ und ähnlichen Programmen hat man inzwischen an diese Ideen wieder angeknüpft.

Die ersten – positiven – Ergebnisse dieses Modellversuchs trafen 2003/2004 auf eine grundlegend geänderte Politik der BA, die aus dem Umbau der BA in der Folge des „Vermittlungsskandals“ 2001 und den Vorschlägen der Hartz-Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ 2002 resultierten. Die BA fühlte sich nicht mehr zuständig für Fördermaßnahmen für Jugendliche, die keine betriebliche Ausbildungsstelle finden konnten. Sie sah die Verantwortung dafür bei den Schulen und den Unternehmen – nur änderte das leider nichts an der Tatsache, dass zu dieser Zeit jährlich etwa 500.000 Jugendliche im Anschluss an die Schule keine berufliche Perspektive hatten.

Während sich zwischenzeitlich in der BA glücklicherweise wieder die Auffassung durchgesetzt hat, dass Prävention und Förderung doch von hoher Bedeutung sind und wieder in den Vordergrund treten müssen, hat sich mit dem Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik leider auch eine grundlegend geänderte Praxis in der Vergabe der Arbeitsmarktdienstleistungen durchgesetzt, die bis heute die pädagogisch angemessene Umsetzung des Fachkonzepts sehr erschwert.

● Die Praxis der Vergabe widerspricht dem Auftrag und Konzept der BvB

Arbeitsmarktdienstleistungen werden seit 1995 in öffentlicher Ausschreibung vergeben, seit 2004 allerdings in einer bundesweit zentralisierten Ausschreibung nach einer einzigen Vergabe-Unterlage, die die Anforderungen an den Träger formuliert. Von Garmisch bis Flensburg, von Aachen bis Dresden, in Ballungsgebieten mit Industrieschwerpunkt oder in strukturschwachen Gebieten – für alle 55.000 ausgeschriebenen Teilnehmer/-innenplätze gelten dieselben Bedingungen, egal, ob der Migranten/-innenanteil besonders hoch ist oder ob es lokale Besonderheiten in der Zusammensetzung der Zielgruppen gibt.

Das Fachkonzept wurde für diese Art der Ausschreibung so modifiziert, dass es den Bedingungen einer formaljuristisch nicht anfechtbaren Vergabe entspricht. Diese Bedingungen stehen einer flexiblen Durchführung mit Rücksichtnahme auf die konkrete Zielgruppe oftmals im Wege. Es ist kaum möglich, während der laufenden Maßnahme auf Besonderheiten zu reagieren, die die Jugendlichen mitbringen. Dies würde einer korrekten Vertragsausführung zuwiderlaufen.

Bundesagentur und Bundesarbeitsministerium betonen, diese Art der Vergabe würde durch die Gesetze zum europäischen Wettbewerbsrecht so vorgegeben – blickt man über die Grenzen, beispielsweise nach Österreich, so sieht man, dass diese Form der Vergabe keineswegs von der EU so vorgeschrieben wird.

● Individuelle Flexibilität? Anschlussfähigkeit? Nicht vorgesehen!

Neben dieser Formalisierung, Verrechtlichung und Starrheit in der Ausformung hat das Prinzip der zentralen/zentralisierten Vergabe eine weitere Schwierigkeit verursacht: Alle Arbeitsmarktdienstleistungen werden nach den gleichen Kriterien (und die allermeisten bundesweit) ausgeschrieben. Für jede Maßnahme gilt, dass sie in sich juristisch-vergaberechtlich einwandfrei formuliert sein muss. Dies hat zu einer starren Abgrenzung der Maßnahmen untereinander geführt. Es gibt nur äußerst eingeschränkt die Möglichkeit, beispielsweise Zeiten zu verlängern oder – wenn sich dies im Maßnahmeverlauf als erforderlich herausstellt – Inhalte zu verändern. Jede Maßnahme steht selbstständig für sich. Anschlüsse zwischen den Maßnahmeangeboten sind nicht vorgesehen: Für Jugendliche, die den Anforderungen an eine BvB unter diesen Bedingungen dann noch nicht gewachsen sind, gibt es eigene vorgeschaltete Maßnahmen, die wiederum für sich genommen und ebenfalls meist bundesweit ausgeschrieben werden.

Vor Einführung dieser Vergabepaxis war es möglich, Jugendliche nach Durchlaufen einer BvB, wenn sie im Anschluss immer noch keine betriebliche Ausbildungsstelle gefunden hatten, in außerbetriebliche Ausbildung zu übernehmen – im günstigsten Fall beim gleichen Träger, der dem Jugendlichen schon bekannt war. Hier konnten sie dann die Gesellen- oder Facharbeiterprüfung ablegen und damit gute Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erreichen. Dieser Fall ist heute nicht mehr vorgesehen, weil die einzelnen Maßnahmen für sich stehen. Die Folge: Nach der BvB gibt es, wenn keine betriebliche Ausbildungsstelle gefunden wird, oft wieder nur eine Perspektive im Übergangssystem, weil außerbetriebliche Ausbildung nach einer BvB eigentlich nicht vorgesehen ist.

Einbindung ins Berufsbildungs- und Schulsystem? Fehlanzeige!

Wenn schon die vielen Maßnahmen seitens der BA unverbunden nebeneinander existieren, trifft dieses Problem in der Berufsvorbereitung umso mehr zu, wenn man bedenkt, dass es noch viele weitere Angebote an Schulen und Berufsschulen oder der Jugendhilfe in Bund, Land und Kommune gibt.

So sinnvoll jedes einzelne Projekt für sich genommen auch sein mag – die Unabgestimmtheit und das Nebeneinander führen zu Intransparenz, in erster Linie für die Jugendlichen selbst, aber auch für die Akteure im Gesamtsystem. Der Vorwurf der fehlenden Effizienz ist hier durchaus berechtigt, allerdings liegt die Ursache dafür nicht bei den Trägern oder einzelnen fördernden Institutionen. Grund hierfür ist die Tatsache, dass dieses Übergangssystem niemals in das Berufsbildungssystem, geschweige denn in das Schulsystem integriert wurde. Die Akteure hofften immer, dieses System würde sich irgendwann durch den Rückgang der Schüler/-innenzahlen oder durch ein wachsendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen von selbst lösen – deshalb wurden zu lange nur die Symptome kuriert.

Was ist die Alternative?

Für eine bessere Wirkung der Berufsvorbereitung müssen einige Bedingungen erfüllt sein: BvB müssen so flexibel und individuell ausgestaltet werden können, wie es das Fachkonzept eigentlich vorsieht. Sie müssen gezielt an den Schulabschluss einerseits sowie den Start in eine Ausbildung andererseits anschließen. Die im Rahmen der BvB erworbenen und verbesserten Kompetenzen müssen den Jugendlichen besser nachgewiesen, bescheinigt und anerkannt werden.

Und vor allem: BvB müssen denjenigen Jugendlichen vorbehalten sein, für die sie tatsächlich gedacht sind: Jugendliche, die bei der Entwicklung von Ausbildungsreife bzw. Berufseignung und Berufswahlkompetenz noch gezielte Unterstützung und Förderung brauchen.

Allen anderen müssen – verbindliche – Angebote für eine Berufsausbildung gemacht werden, die sie mit einer Gesellenbeziehungsweise Facharbeiterprüfung erfolgreich abschließen können, bei Bedarf mit Unterstützungsangeboten wie ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Ob eine solche Ausbildung in einem Unternehmen im Rahmen des dualen Systems zur Verfügung gestellt wird oder bei einem Träger, der dann betriebliche Phasen organisiert, ist dabei aus meiner Sicht zunächst gleichgültig. Das Ziel ist der erfolgreiche Abschluss einer qualifizierten Ausbildung.

Der Autor:

Walter Würfel ist Abteilungsleiter für Berufliche Integrationsförderung/Jugendsozialarbeit beim Internationalen Bund und Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit.

Was sollen BvB leisten?

BvB sollen „auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereiten oder der beruflichen Eingliederung dienen“, zu den wichtigsten Aufgaben gehört es,

- „den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten hinsichtlich einer möglichen Berufswahl zu überprüfen und zu bewerten, sich im Spektrum geeigneter Berufe zu orientieren und eine Berufswahlentscheidung zu treffen,
- den Teilnehmenden die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung zu vermitteln,
- die Teilnehmenden möglichst nachhaltig in den Ausbildungs- und/ oder Arbeitsmarkt zu integrieren,
- Ausbildungsreife und Berufseignung zu vermitteln, berufliche Handlungsfähigkeit zu verbessern und das Qualifikationsniveau zu erhöhen“.

Dies soll in individualisierten Qualifizierungs- und Förderverläufen geschehen, auf verschiedenen Qualifizierungsebenen und in Förder- und Qualifizierungssequenzen. Grundlage der Förderplanung bildet dabei eine Eignungsanalyse zu Beginn der BvB.

Für wen sind BvB gedacht?

Zielgruppen dieser Maßnahmen sind junge Menschen

- „ohne berufliche Erstausbildung, die ihre Schulpflicht erfüllt und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen,
- denen die Aufnahme einer Ausbildung wegen fehlender Übereinstimmung zwischen den Anforderungen des Ausbildungsmarktes und dem persönlichen Bewerberprofil nicht gelungen ist,
- und weitere Zielgruppen mit ‚komplexem Förderbedarf‘“.

Anmerkungen:

¹ Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach §§ 61, 61a SGB III (November 2009).



Hinter allen hinterher *In Hamburg steht das Übergangssystem von der Schule in den Beruf vor großen Herausforderungen*

Seit Jahren wird in Deutschland über die besten Wege diskutiert, Jugendliche auf dem Weg von der Schule in den Beruf nicht in frustrierenden Warteschleifen hängen zu lassen, sondern zügig in Ausbildung und Anstellung zu bringen. Immer noch rutschen viel zu viele Jugendliche auf dem Weg von der Schule in den Beruf in die Chancenlosigkeit. Durchlässigkeit kennt die Republik nur in eine Richtung – nach unten.

Tina Fritsche

„Jede allgemeinbildende Schule ist nun verpflichtet, mit Berufsschulen zu kooperieren“

Auch die reiche Stadt im Norden konnte bislang nur schlechte Werte vorweisen. Im Januar 2011 konstatierte der Hamburger Senat: „Es gibt nicht genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze, viele Jugendliche verlassen die allgemeinbildende Schule ohne hinreichende berufliche Orientierung, Jugendlichen ohne bzw. mit vergleichsweise schwachem Schulabschluss wird oftmals die ‚Ausbildungsreife‘ abgesprochen und das bestehende ‚Übergangssystem‘ vermittelt insgesamt nicht im erforderlichen Maße Ausbildungsinhalte.“¹ Vor allem das „vielfältige, aber unübersichtliche Übergangssystem mit den unterschiedlichsten ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen“ verpulvere Geld und Potenziale. Auch die Wirtschaft schlägt Alarm: Ihr mangelt es an Fachkräften. Nun geht Hamburg mit einer groß angelegten Reform der beruflichen Bildung neue Wege. Die Zeit drängt: Laut einer im Oktober 2011 veröffentlichten Umfrage der Schulbehörde hat jede/r fünfte Schulabgänger/-in keine Anschlussperspektive.

Eine Gesamtstrategie des Senats soll schulische und außerschulische Angebote koordinieren

Der Senat wolle künftig „hinter jedem jungen Mann und jeder jungen Frau in Hamburg so lange hinterher sein, bis sie entweder das Abitur oder eine Berufsausbildung haben“, verkündete Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), ohne den finanziellen Aufwand dafür zu beziffern. Bereits unter der ehemaligen Bildungssenatorin Christa Goetsch (GAL) hatten Behörde, Wirtschaft und Gewerkschaften in einem Aktionsbündnis an der Reform der beruflichen Bildung gearbeitet, im Februar 2011 hat der neue Senat eine Gesamtstrategie beschlossen, die schulische und außerschulische Angebote künftig koordinieren und aufeinander beziehen soll. Die zentralen Bestandteile werden seit dem Sommer umgesetzt: Allgemeinbildende Schulen und Betriebe, berufliche Schulen und Agentur für Arbeit sowie außerschulische Bildungsträger sollen weitaus enger zusammenarbeiten, als es in der Vergangenheit auch nur ansatzweise geschehen ist. Die Jugendlichen sollen spätestens ab Jahrgangsstufe 8 eine Berufswegeplanung entwickeln. Beim Übergang in die Berufsausbildung werden sie gemeinsam von Lehrkräften der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterstützt. Das traditionelle duale System, also die Lehre im Betrieb mit begleitender Berufsschule, bleibt unverändert; die als Reparatursystem ungeliebte teilqualifizierende Berufsfachschule wird schrittweise abgeschafft. Zudem wollen Behörden, Wirtschaftsvertreter und Gewerkschaft systematisch Standards für die Berufsorientierung einführen. Für Jugendliche, die trotz sogenannter „Ausbildungsreife“ keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wurde das „Hamburger Ausbildungsmodell“

(HAM) neu konzipiert. Das HAM ist darauf ausgerichtet, schulpflichtige Jugendliche schnell und möglichst zügig in eine duale Berufsqualifizierung zu leiten. Ab 2012 werden Jugendberufsagenturen eingerichtet. Hier sollen alle Akteure gemeinsam unter einem Dach rechtskreisübergreifend Berufsorientierung und Beratung für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr anbieten. Neu ist auch, dass künftig alle Auszubildenden mit mittlerem Schulabschluss parallel zur beruflichen Ausbildung die Fachhochschulreife erreichen können.

Die Hansestadt, davon ist Horst Linke überzeugt, habe republikweit den Übergang am konsequentesten durchdacht und könne damit Vorbild auch für andere Bundesländer werden. Linke leitet eine von zwei Gewerbeschulen, an denen im August 2010 die Pilotphase für das HAM startete, mit je 24 Schülern/-innen, die hier zu Metallbauern oder Gastronomie-Fachkräften ausgebildet wurden. Zum August 2011 wurde das Modell in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, der Handwerks- und der Handelskammer hamburgweit auf 200 Plätze und 20 Berufe ausgeweitet.

Anfangs habe es bei der Berufsqualifizierung etwas beim Timing und der Auswahl der Schüler/-innen gehakt, berichtet der Schulleiter, aber das sei verständlich angesichts der großen Umwälzungen. „Die Inhalte der Reform müssen bekannter werden – vor allem bei den Beratenden“, erklärt Linke. „Gerade an der Schnittstelle zu den Stadtteilschulen gibt es zu viele Modelle nebeneinander.“

Für die Schulen bringt die Reform der beruflichen Bildung eine Menge Arbeit: Jede allgemeinbildende Schule ist nun verpflichtet, mit beruflichen Schulen sowie anderen außerschulischen Akteuren zu kooperieren. Die Vernetzung reicht unter anderen von den Schulen bis zur Bundesagentur für Arbeit, freien Trägern, Krankenkassen, Betrieben und Ausbildungsserviceagenturen. Die Reform sieht unter anderem auch vor, dass jede/r Schüler/-in von einer persönlichen Ansprechperson von der achten Klasse bis zum Abschluss an der allgemeinbildenden Schule bzw. möglichst bis in die Berufsschule begleitet und mindestens einmal im Halbjahr beraten wird. Die Schüler/-innen sollen dafür einen Berufs- und Schulwegeplan anlegen, in dem sie ihre Stärken, Schwächen, Praktika und Ähnliches notieren und den sie zu allen Beratungsgesprächen mitbringen müssen. Lehrer/-innen, deren Arbeitsbelastung bereits recht hoch ist, haben mitunter Mühe, sich von routinierten Tagesabläufen abzuwenden und zusätzlichen Aufgaben zu widmen. Nun verlangt die Reform von ihnen, dass sie nicht mehr nur unterrichten, sondern beraten und begleiten, sich mit außerschulischen Akteuren vernetzen, mit heterogenen Gruppen umgehen, ihre Schüler/-innen individuell fördern und in all dem einen Rollenwechsel von lehrenden zu begleitenden Pädagogen/-innen vollziehen. „Dafür müssen wir uns Zeit nehmen“, mahnt Horst Linke.

Effektive Nutzung von Ressourcen

Eine Herausforderung ist die Reform für nahezu alle Akteure in der Übergangsstruktur. Petra Lill ist im Fachamt Sozialraummanagement Bezirk Hamburg-Mitte zuständig für das Regionale Übergangsmanagement KorA, also für die Koordinierung aller am Übergang Schule-Beruf beteiligten Seiten. „In Hamburg gibt es viele Angebote, die aus unterschiedlichen Töpfen finanziert werden, die sich teilweise Konkurrenz machen und die wir nun versuchen, zusammenzubringen.“ An einer Schule habe sie ausgezählt, dass eine Schülerin auf bis zu zwölf Kontakte komme, wenn alle Akteure sie ansprechen. „Das kann einen Schüler verwirren und belasten. Es geht also auch mit Blick auf die Jugendlichen um die effektive Nutzung von Ressourcen.“ Mithilfe von kleinen und großen Gesprächsrunden, über Mailverteiler, Protokolle und die Versuche einer Dokumentation über die Beratungstätigkeiten üben sich die Akteure nun als lernendes System – und ziehen dabei durchaus an unterschiedlichen Strängen: Die Menschen am Tisch vertreten verschiedene Interessen, und so ist Petra Lills Aufgabe auch, Differenzen zu überbrücken: „Ganz klassisch ist es ja so: Die Schule bewertet, die Arge sanktioniert, die Jugendhilfe beschützt. Da braucht es manchmal Übersetzungshilfe.“ Und Zeit: „Man muss eben Geduld haben. Ich sehe den Weg und man wird das eine oder andere an die Wand fahren, aber dann muss man zurücksetzen und schauen, dass es weitergeht.“ Ihr aus ESF-Geldern finanziertes Moderationsprojekt wird im Herbst 2012 beendet sein. Aber, so versichert sie, das Know-how werde verstetigt und sicherlich in den dann entstehenden Jugendberufsagenturen weiterentwickelt.

„Mit weniger als einem Realschulabschluss kannst du heute kaum was greifen“

Für Fatih Yüksel entscheidet sich die Zukunft in den nächsten Monaten. Seine Noten sind gut, aber der 17-Jährige weiß noch nicht, ob sie nur für den Realschulabschluss oder für die Oberstufe reichen, ob er eine Ausbildung machen wird oder studieren kann. Ob er Lehrer wird, Polizist oder Industriekaufmann. In seiner Schule im Hamburger Süden fühlt er sich auf diesem Weg gut betreut. „Mein Lehrer hat sich mit mir hingestellt – wie von Freund zu Freund – und mit mir alles durchgesprochen.“ Eine Lehrerin mit eigenem Büro sei immer für die Schüler/-innen da – „auch, wenn du Zukunftsangst hast oder so.“ Es gebe guten Berufsorientierungsunterricht und Lernentwicklungstage mit persönlichen Gesprächen zwischen Schülern/-innen,

Eltern und Lehrkräften. Ohne diese Begleitung – auch durch seine große Schwester und seine Mutter – hätte er den Weg bis hierhin nicht geschafft, beteuert Fatih. „Die Grundschullehrerin wollte mich auf die Sonderschule schicken. Meine Mutter hat das verhindert. Sonst hätte ich heute gar keine Chance.“

Einer seiner Freunde habe Glück gehabt, mache eine Lehre im Hafen und verdiene „eigenes Geld“. Andere würden zu Hause rumhängen. „Mit weniger als einem Realschulabschluss kannst du heute kaum was greifen.“ Dass der Weg in den Beruf bereits in der Schule angelegt sein muss, ist für Fatih eine Selbstverständlichkeit: „Wenn du in der heutigen Wirtschaftswelt überleben willst, musst du aufmerksam und aktiv sein. Und die Schule ist nun mal die Vorbereitung auf das Arbeitsleben.“

Die Autorin:

Tina Fritsche lebt und arbeitet als freie Journalistin in Hamburg. E-Mail: tina.fritsche@gmx.de

Literatur:

BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG HAMBURG: Ausbildungsreport 2011. Hamburg 2011.

KLEMM, Klaus: Wirksame Bildungsinvestitionen. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. Analysen – Regionale Trends – Reformansätze. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh 2010. Dieses und weitere Gutachten sind unter www.bertelsmann-stiftung.de zu finden.

MITTEILUNG DES SENATS AN DIE BÜRGERSCHAFT: „Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg.“ Drucksache 19/8472 vom 18. Januar 2011.

Online:

<http://www.ichblickdurch.de>

<http://www.hibb.hamburg.de> (Hamburger Institut für Berufliche Bildung)

Anmerkungen:

¹ Vgl. Senatsdrucksache 19/8472.



Gisela Würfel

Schaut man sich im freundlich und großzügig gestalteten Foyer die ausgestellten Modelle aus der Maßschneiderei an, bekommt Mann oder Frau gleich Lust, in die Schneiderwerkstatt zu gehen, um dort ein Kleidungsstück in Auftrag zu geben. Maßgeschneidert – das gilt bei der Jungen Werkstatt nicht nur für die Erfüllung von Kundenaufträgen, sondern ganz besonders auch für die pädagogische Arbeit mit den jungen Teilnehmern/-innen in den Berufseinstiegs- und Ausbildungsmaßnahmen. „Wir müssen zuerst Raum schaffen, um eine Beziehung zu dem Jugendlichen aufbauen zu können“, sagt Inge Hemmers, die pädagogische Leiterin. „Dann sehen wir, welche Unterstützung er oder sie braucht, und planen gemeinsam die passenden Maßnahmen und Schritte.“ Ziel ist, dass die jungen Menschen nach einer drei- bis dreieinhalbjährigen Ausbildung in der Schreinerei, Schlosserei, Maßschneiderei, Maler- und Lackiererei, dem Garten- und Landschaftsbau oder der Fahrradwerkstatt nicht nur einen anerkannten Berufsabschluss mitnehmen, sondern auch in ihrer Persönlichkeit gefestigt sind.

„Mit unserem Konzept der persönlichen Stabilisierung und beruflichen Qualifizierung sind wir überall anerkannt“, berichtet Peter Leinauer, Geschäftsführer der Jungen Werkstatt. Das gelte nicht nur für Augsburg, sondern auch für die anderen rund 50 Jugendwerkstätten in Bayern. „Das Konzept ist schlüssig

und der Ansatz stimmig, weil die Jugendlichen wirklich ernst genommen werden.“

Hier bin ich richtig!

Ernst genommen werden sie in ihrer Lebenssituation. Susanna, im zweiten Ausbildungsjahr zur Maßschneiderin, hat eine vierjährige Tochter. „Ich war zu Hause und wollte eine Ausbildung im kreativen Bereich machen“, erzählt sie. „Das ist mit Kind nicht einfach. Hier bin ich richtig, denn hier ist es positiv, ein Kind zu haben. Man nimmt Rücksicht darauf – zum Beispiel, wenn es um die Kindergartenöffnungszeiten und meine Arbeitszeit hier geht oder wenn mein Kind krank ist. Das ist in anderen Firmen nicht unbedingt so.“

Ernst genommen werden die Jugendlichen auch in dem, was sie noch lernen müssen. „Früher hatte ich viele Fehlzeiten, aber jetzt läuft es ganz gut.“ Patric macht eine Ausbildung zum Garten- und Landschaftsbauer und ist im zweiten Lehrjahr. Er hat zu Beginn der Ausbildung viel Unterstützung gebraucht und diese vor allem durch regelmäßige Gespräche mit seinem Meister und der zuständigen Pädagogin erhalten. „Die haben mir klar gesagt, wenn ich irgendwelchen Scheiß gebaut habe. Mein Meister weiß, was ich brauche. Und er lässt nicht locker.“ Das findet Patric gut.

Das ist meine Firma!

Auch Beteiligung im Betrieb ermöglichen heißt Jugendliche ernst nehmen. Ein gutes Instrument dafür ist die Mitarbeiter/-innenversammlung, in der alle sechs Wochen die Jugendlichen zusammenkommen und sich austauschen können. Hier sprechen sie Themen an, die dann weiterbearbeitet werden. So gab es im letzten halben Jahr einen Qualitätszirkel zum Thema „Krankheitstage“, an dem auch Jugendliche aus der Jugendvertretung beteiligt waren. Ergebnis war eine veränderte Regelung in Bezug auf Krankmeldungen. Nach einem Jahr wird nun geprüft, ob sich die Krankheitstage verringert haben. „Als Zielvereinbarung haben wir gemeinsam eine Verringerung der Abwesenheitsquote um 10 % festgelegt. Erreichen wir das Ziel nicht, wird die neue Regelung zurückgenommen“, so Peter Leinauer.

Oder die Klärung bezüglich der Aufschrift auf der Arbeitskleidung: Hier ging es um die Frage, ob auf den Kleidungsstücken außer „Die Junge Werkstatt“ auch „Berufsbezogene Jugendhilfe“ stehen soll. „Wir haben uns dafür entschieden, dass es mit drauf steht, weil wir eine Firma sind, die Jugendlichen Hilfe anbietet“, erklärt Christian, im ersten Lehrjahr in der Ausbildung zum Maler und Lackierer. „Ich ziehe das gerne an, denn es ist ja meine Firma. Wir sind als Maler und Lackierer viel auf Baustellen außerhalb unterwegs. Da sehen dann die Leute, wer wir sind. Und es ist eine Werbung für unsere Firma.“

Qualitätsmanagement und -entwicklung sind unabdingbar

Der Jungen Werkstatt wurde 2004 als erste Einrichtung der Berufsbezogenen Jugendhilfe (BBJH) in Bayern das „Gütesiegel berufliche und soziale Integration“ der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern verliehen. Mittlerweile hat sie es ein zweites Mal erhalten. „Wir sind sehr stolz darauf, dass wir die höchste Punktzahl bekommen haben, die bisher erreicht wurde“, erzählt Peter Leinauer. „Möglich sind 700 Punkte. Beim ersten Mal hat die Junge Werkstatt 520 bekommen und beim zweiten Mal nach vier Jahren 620.“

Die Zertifizierung nach dem Gütesiegel ist Voraussetzung für die Anträge beim ESF. In dem Verfahren wird festgestellt, wie die Förderung des einzelnen Jugendlichen konkret stattfindet: Wie wird die fachliche Förderung gestaltet? Wie sieht die Rücksichtnahme auf besondere Lebenssituationen (z. B. bei jungen Müttern) konkret aus? Wie wird konzeptionell bei Problemlagen gearbeitet (z. B. Drogenkonzept, Schuldnerberatung)? Wie wird die Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt und wie findet die Mitarbeiter/-innenqualifizierung und Personalentwicklung statt? „Wir können belegen, wo wir wie in welchem Bereich

gut arbeiten, wie wir zum Beispiel konsequent daran arbeiten, dass ein Teilnehmer von der Vorschaltmaßnahme nahtlos in die Ausbildung wechseln kann“, so Leinauer. Das QM ist in der Jungen Werkstatt ein verstetigter und fester Bestandteil, der für das Gelingen des pädagogischen Konzepts unabdingbar notwendig ist. Neben den Qualitätszirkeln (zu Themen wie „Zusammenarbeit von Handwerk und Pädagogik“, „Zeitfresser“ oder „Förderplan“) gehört zum QM-Konzept auch eine systematische Überprüfung, ob und wie das, was getan wird, auch bei den Jugendlichen ankommt – zum Beispiel durch regelmäßige Befragungen der Jugendlichen.

Herausforderung: Komplexer Finanzierungsmix und zu wenig Handlungsspielraum

Seit über 30 Jahren sieht der Freistaat Bayern in jedem Haushalt Mittel für die Jugendwerkstätten der berufsbezogenen Jugendhilfe vor, die über die Jahre relativ wenig gekürzt wurden. Seit sechs Jahren werden die Jugendwerkstätten zu 50 % über den ESF gefördert, die andere Hälfte der Finanzierung kommt weiterhin aus Landesmitteln. „Im Staatsministerium ist frühzeitig erkannt worden, dass es eine derartige zielgerichtete Förderung junger Menschen dauerhaft geben muss“, sagt Peter Leinauer. „Landesmittel sind gut und hilfreich auch für die Verortung in der Region. Da hat Bayern sicher den richtigen Weg gefunden.“

Schwieriger ist es mit den über die Agentur für Arbeit finanzierten Angeboten für junge Arbeitslose. In den letzten sechs Jahren ist die Beteiligung der Arbeitsagentur an der Finanzierung von SGB-III-Maßnahmen nicht nur in Augsburg stark zurückgegangen. Früher bestand die Möglichkeit, über den § 10 SGB III (Freie Förderung) Maßnahmen zum Berufseinstieg sowie Ausbildungsplätze zu finanzieren. Außerdem gab es den Ausbildungsbonus und die Reha-Förderung, lange Zeit auch noch ABM. Mit einem komplexen Finanzierungsmix konnte die Junge Werkstatt flexibel und passend für Bedarfe der jungen Menschen ihre Angebote gestalten. Diese Handlungsspielräume sind inzwischen stark eingeschränkt. „Die Reduzierung des Engagements der Arbeitsagentur im SGB-III-Bereich ist nicht nur schade. Es ist strukturell auch eine falsche Entscheidung“, findet Peter Leinauer und weiß, dass vor Ort in der Agentur schon die Bereitschaft zu mehr freihändiger Vergabe vorhanden wäre. Aber es muss ausgeschrieben werden.

„Ich lese oft so hehre Wort wie ‚Übergänge schaffen‘“, sagt Inge Hemmers. „Wenn es aber konkret darum geht, wie man das auf die Beine stellt und finanziert, dann stößt man immer wieder an Grenzen. Es müsste viel mehr freihändige Vergabe

geben und die Steuerung viel stärker vor Ort stattfinden.“ Mit einem Beispiel macht sie das anschaulich: Ein junger Mann, der nicht aus der Stadt, sondern aus dem Landkreis kommt, würde gerne eine Ausbildung als Metallbauer machen. Inge Hemmers fragt beim Jobcenter an, ob es dafür einen Platz in der außerbetrieblichen Berufsausbildung (BaE) gibt. Da heißt es dann: „Für diesen Ausbildungsgang haben wir keine Plätze eingekauft.“ Der junge Mann kann nicht weitervermittelt werden, ist frustriert, muss eventuell etwas anderes machen, was er nicht will, und fällt wieder in seinen alten Kreislauf zurück. Eine Chance hätte er eventuell, wenn er nach Augsburg umziehen würde, denn die Zuständigkeit des Jobcenters Augsburg Stadt hört an der Stadtgrenze auf. „Man kann vor Ort nicht mehr flexibel handeln, wenn eine bestimmte Anzahl von Plätzen in bestimmten Ausbildungsgängen lange Zeit vorher eingekauft wird“, so Inge Hemmers.

Beharrlich sein hilft manchmal weiter

Aber manchmal geht doch etwas – wenn man weiß, was man will, und nicht aufgibt. Nachdem man in der Jungen Werkstatt über den Landesverband der Evangelischen Jugendsozialarbeit Bayern e. V. von dem Modellprojekt der assistierten Ausbildung, das in Baden-Württemberg – gefördert über eine freihändige Vergabe – umgesetzt wird, erfahren hatte, wollte man dies auch in Augsburg erproben. Nicht nur in der Jungen Werkstatt, sondern auch bei der Agentur für Arbeit in Augsburg war man von dem Konzept begeistert. „Das können wir machen, aber wir müssen es ausschreiben“, hieß es in der Agentur. Die Junge Werkstatt setzte alle Hebel in Bewegung, um mit dem Hinweis auf die Praxis in Baden-Württemberg eine freihändige Vergabe zu erreichen. Über ein Jahr zogen sich langwierige Verhandlungen hin, in denen Die Junge Werkstatt mit Unterstützung durch die EJSA und mit Kenntnis des Ministeriums für diesen Weg warb. „Wenn man eine Idee hat, muss man sehr beharrlich bleiben können und sich Mitstreiter suchen“, weiß Peter Leinauer. Im August schließlich wurde Die Junge Werkstatt aufgefordert, bis Ende des Monats ein Angebot für die Umsetzung der assistierten Ausbildung abzugeben. Vier Tage später erhielt sie den Zuschlag. Anfang September startete die Maßnahme.

Maßschneider/-innen brauchen Handlungsspielraum und flexible Rahmenbedingungen

Damit das neue Lieblingskleidungsstück passt und gerne getragen wird, muss genau Maß genommen und zugeschnitten

werden. Bei der weiteren Verarbeitung muss mit qualitativ hochwertigem Material und gutem Werkzeug gearbeitet werden. Auch das pädagogische Konzept der Jungen Werkstatt ist so angelegt: Jeder junge Mensch erhält die Förderung, die er braucht. Dazu sind mehr Flexibilität bei Vergabe von Fördermitteln und mehr Handlungsspielraum für eine gute Steuerung vor Ort notwendig. „Junge Menschen brauchen gleich was.“ Das ist die Erfahrung, die Peter Leinauer in all den Jahren gemacht hat: „Wenn ein Jugendlicher heute bei der Agentur ist, ist es gut, wenn er morgen schon bei uns sein kann.“

Die Autorin:

Gisela Würfel ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA). E-Mail: wuerfel@bagejsa.de

Die Junge Werkstatt Augsburg ist eine Einrichtung der Berufsbezogenen Jugendhilfe (BBJH) in Form einer gemeinnützigen GmbH mit der Evangelischen Kirche Augsburg als alleiniger Gesellschafterin. Seit 36 Jahren erhalten arbeitslose junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf, die auf dem Arbeitsmarkt keine Stelle finden, hier die Möglichkeit einer Ausbildung. Das Konzept verbindet Lernen und professionelles Arbeiten am echten Auftrag unter realistischen Betriebsbedingungen und bietet den Jugendlichen oft das erste sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnis mit tariflichem Lohn. Eine vorgeschaltete, bis zu zwölf Monate dauernde Einstiegsqualifizierung (BEQ) führt Jugendliche mit Unterstützungsbedarf zur Ausbildungsreife, sodass sie auf dem regulären Ausbildungsmarkt Fuß fassen können. Mit der konzeptionellen Verzahnung von Pädagogik und Arbeit unter betrieblichen Alltagsbedingungen ist die Junge Werkstatt mit ihren zurzeit 39 Ausbildungs- und zwölf BEQ-Plätzen sowohl Jugendhilfe-Einrichtung als auch Handwerksbetrieb.

Die Finanzierung setzt sich aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Freistaates Bayern, der Agentur für Arbeit, der Kommune, der Evang.-Luth. Landeskirche und der Evang.-Luth. Kirche Augsburg zusammen. 27 % der Einnahmen werden durch die Herstellung und den Verkauf der eigenen Produkte erwirtschaftet.

Kontakt: Die Junge Werkstatt gGmbH,
Peter Leinauer, Eberlestraße 29, 86157
Augsburg, Tel. 0821/65071616,
info@die-junge-werkstatt.de,
www.die-junge-werkstatt.de

Das Modellvorhaben Ein-Topf in NRW

Ein struktureller Ansatz zur Weiterentwicklung des Berufsvorbereitungssystems



Albert Schepers

Um direkt einem Missverständnis vorzubeugen: Das Modellvorhaben Ein-Topf des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS NRW) zielt nicht darauf ab, die Ernährungssituation benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Vielmehr handelt es sich um ein strukturelles Konzept, mit dem das MAIS NRW in sieben Modellkommunen bzw. -kreisen die Weiterentwicklung und Verbesserung des Übergangssystems Schule-Berufsausbildung fördert und in dem die unterschiedlichen Förderangebote zur Berufsvorbereitung in einem „Topf“ zusammengeführt werden sollen.

Hintergrund des Modellvorhabens ist ein derzeit komplexes und teures Berufsvorbereitungssystem, mit dem die gewünschten Erfolge nicht erzielt werden und dessen Angebotsvielfalt selbst für die beteiligten professionellen Akteure/-innen nur

noch schwer zu überblicken ist. Es existiert ein Nebeneinander unterschiedlicher Förderansätze auf Bundes- und Landesebene, die nur unzureichend miteinander verzahnt sind und trotz eines erheblichen Mittelaufwandes nur eine bescheidene Wirkung erzielen. Der Bildungsbericht 2010¹ beziffert die Kosten des Übergangssystems auf 4,3 Mrd. Euro für das Jahr 2010, für das Land NRW werden die Kosten auf ca. 402 Mio. Euro geschätzt.²

Doch nicht nur die Anschlussfähigkeit der Förderangebote ist ein Problem, sondern auch die Passgenauigkeit: Die Entscheidung darüber, welches Förderangebot ein Jugendlicher erhält, wird vielfach anhand der vorhandenen Ressourcen gefällt, also z. B. der Verfügbarkeit von Plätzen in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) oder nach höchst subjektiven Kriterien der Jugendlichen oder ihrer Eltern. So wählen beispiels-

„Zu oft fällt die Entscheidung für ein Förderangebot aufgrund der vorhandenen Ressourcen – nicht mit dem Blick auf die konkreten Bedarfe des jungen Menschen“

weise nicht selten schulmüde Jugendliche einen für sie wenig geeigneten Bildungsgang am Berufskolleg, weil dieser in der allgemeinen Wahrnehmung über ein besseres Image verfügt als eine Trägermaßnahme oder weil die Mitschüler/-innen ebenfalls dieses Angebot wählen.³

Ziel von Ein-Topf ist daher, die Vielzahl der vorhandenen Berufsvorbereitungsangebote zu reduzieren zugunsten eines einheitlichen Maßnahmetypen. Dieser soll so flexibel gestaltet sein, dass er für die unterschiedlichen Zielgruppen der Berufsvorbereitung ein individuell passgenaues Angebot ermöglicht. Darüber hinaus wird eine enge Verzahnung mit der schulischen Berufsorientierung gefördert, die ab der 8. Klasse der Sekundarstufe I in den beteiligten Modellkommunen an allen Haupt- und Gesamtschulen sowie den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen stattfinden soll. Das Modellvorhaben verfolgt damit eines der Ziele, die auch der BIBB-Hauptausschuss formuliert hat: „Bund und Länder werden aufgefordert, die Angebotsvielfalt am Übergang Schule-Berufsausbildung zu reduzieren, zu bündeln und besser aufeinander abzustimmen sowie in eine sinnvolle Struktur vor Ort (...) einzugliedern.“⁴

Aktuell beteiligen sich sieben kreisfreie Städte und Landkreise an Ein-Topf: die Städte Bielefeld, Bonn, Leverkusen sowie der Rheinisch-Bergische Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Kreis Siegen-Wittgenstein und der Kreis Viersen. In diesen Kommunen wurden Koordinierungsstellen eingerichtet, deren Personal zur Hälfte vom MAIS NRW gefördert wird. Seit ihrem Projektstart im Jahr 2007/2008 sind die Stadt Bielefeld und der Kreis Siegen-Wittgenstein am weitesten in der Umsetzung fortgeschritten, die anderen Kommunen haben erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen.

Die Umsetzungsschwerpunkte

- **Schulische Förderung:** Die individuelle Förderung und Berufsorientierung ab der 8. Klasse an den allgemeinbildenden Schulen folgt dem Präventionsgedanken. Durch eine frühzeitige Förderung am Lernort Schule lassen sich die Chancen der Jugendlichen auf einen direkten Übergang in eine betriebliche Ausbildung verbessern und die Anzahl derjenigen reduzieren, die nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule ein Berufsvorbereitungsangebot benötigen. Dies setzt allerdings das frühzeitige Erkennen der persönlichen Fähigkeiten und Stärken ebenso wie des Förderbedarfs voraus. In den Ein-Topf-Modellkommunen ist man daher dazu übergegangen, in den beteiligten Schulen ab der 8. Klasse Kompetenzchecks und Potenzialanalyseverfahren – z. T. durch schulexterne Anbieter – durchzuführen. Auf der Basis dieser Analyseergebnisse, ergänzt durch die Selbsteinschätzung der Schüler/-innen und die Fremdeinschätzung durch die beteiligten Lehrkräfte, werden in Kooperation zwischen

den Ein-Topf-Koordinatoren/-innen und den Lehrern/-innen Förderpläne für die Jugendlichen erstellt. Für diejenigen Schüler/-innen, die aller Voraussicht nach ohne eine zusätzliche Förderung das Ziel der Ausbildungsreife am Ende der Sekundarstufe I nicht erreichen werden, können mit Mitteln des Modellvorhabens zusätzliche Förderangebote finanziert werden, wenn keine passenden Standardangebote zur Verfügung stehen. Dabei kann es sich um das Training sozialer Kompetenzen handeln, um Berufsorientierung oder Bewerbungstraining, aber auch um allgemeinbildende Kompetenzen, die in den Ausbildungsbetrieben vorausgesetzt werden. Ziel ist es, den jugendlichen Teilnehmern/-innen eine realistische Berufsorientierung zu vermitteln und sie bei der Berufswegeplanung und bei ihren Bewerbungsstrategien zu unterstützen.

- **Berufsvorbereitungsangebote:** Erklärtes Ziel von Ein-Topf ist die systematische Koordinierung und Abstimmung der Berufsvorbereitungsangebote in der Region. Diese Berufsvorbereitungsangebote sollen so flexibel sein, dass sie den individuellen Förderbedarf der Jugendlichen berücksichtigen. Dabei stellen die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB) aufgrund ihres Mengenvolumens und des zugrunde liegenden berufsfeldorientierten und relativ flexiblen Fachkonzeptes das Kernangebot dar. Allerdings ist das Angebot der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme nicht für jeden Jugendlichen mit Förderbedarf adäquat. Für Jugendliche, die trotz Ausbildungsreife keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten konnten, ist häufig eine geförderte betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ) sinnvoller. Jugendliche, die neben einer fehlenden Berufsorientierung massive Defizite in den sogenannten Schlüsselqualifikationen aufweisen, haben unter Umständen Probleme mit den Anforderungen der BvB und benötigen daher ein niederschwelligeres Förderangebot und eine längerfristige Förderdauer, als sie das Instrument BvB bietet. Der Ursprungsgedanke, diese unterschiedlichen Förderangebote in einem einheitlichen, aber flexibel auf die individuellen Bedarfe einsetzbaren Instrument als Weiterentwicklung der BvB zusammenzufassen, ließ sich allerdings innerhalb des Modellvorhabens nicht realisieren, da die Rahmenbedingungen der BvB durch den § 61 SGB III fixiert sind und bundeseinheitlich gelten. In den Ein-Topf-Regionen entschied man sich daher für den Weg, die vorhandenen Förderprogramme und -angebote effizienter miteinander zu verknüpfen, sodass für alle Jugendlichen mit Förderbedarf nach dem Verlassen der Sekundarstufe I ein passendes Angebot zur Verfügung steht. Dies bedeutet, eine ausreichende Menge an BvB-Plätzen bereitzuhalten, aber auch für Jugendliche mit komplexem Förderbedarf niedrigschwellige Förderangebote, wie z. B. Jugendwerkstätten oder Aktivierungshilfen, zur Verfügung zu stellen. Dort, wo das vorhan-



dene Angebot qualitativ nicht ausreicht, werden auch mit Landesmitteln ergänzende Fördermodule finanziert. So wird in der Ein-Topf-Region Bielefeld beispielsweise ein Manufaktur-Projekt gefördert, in dem die Teilnehmer/-innen nach dem methodischen Ansatz der Produktionsschulen an die Ausbildungsreife herangeführt werden.

- **Koordinierung der beteiligten Akteure:** Die Weiterentwicklung der Übergangsstrukturen erfordert auch auf der regionalen Ebene eine Bündelung der organisatorischen Verantwortlichkeit für den Gesamtprozess an zentraler Stelle. Zu diesem Zweck fördert das MAIS NRW in den beteiligten Kommunen Koordinierungsstellen. Diese haben die Aufgabe, die Feststellung des Förderbedarfes der Jugendlichen und die Förderangebote an den beteiligten Schulen zu koordinieren, die Angebote der Berufsvorbereitung in Kooperation mit den Agenturen für Arbeit, den Berufskollegs und der Jugendberufshilfe bedarfsgerecht aufeinander abzustimmen und bei Bedarf zusätzliche, ergänzende Module der Berufsvorbereitung zu entwickeln und die GesamtAbstimmung der regionalen Akteure zu organisieren.

Nach einer mehrjährigen Pilotphase zeigt sich, dass das Modellvorhaben in den beteiligten Kommunen zu einer verbesserten Kooperation der beteiligten Partner geführt hat. Durch eine zusätzliche individuelle Förderung an den Schulen konnte die Anzahl der Jugendlichen reduziert werden, die nach Verlassen der Schule ein Berufsvorbereitungsangebot benötigen. Die Umgestaltung der nachschulischen Berufsvorbereitungsangebote im Sinne einer Förderung aus einer Hand stößt jedoch dort an ihre Grenzen, wo übergeordnete Regelsysteme, z. B. des SGB III, berührt werden. Regionale Modellvorhaben können vorhandene Gestaltungsspielräume nutzen, aber die oben genannten Rahmenbedingungen nicht außer Kraft setzen. Hier geht es in der Praxis also eher um die Abstimmung, Verknüpfung und ggf. Ergänzung vorhandener Fördermöglichkeiten im Sinne einer kohärenten Förderung.

Ausblick: Von Ein-Topf zum Gesamtsystem

Der Grundgedanke des Modellvorhabens Ein-Topf, eine verbesserte Gesamtstruktur des Übergangssystems zu entwickeln,

„Die regionalen Modellvorhaben nutzen ihre Gestaltungsspielräume – lassen aber auch deren Grenzen erkennbar werden“

soll ab 2012 flächendeckend in NRW etabliert werden. Der Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung 2010-2015 formuliert dazu:

„Wir wollen bei der von uns angestrebten Ausbildungsgarantie nicht nur die jeweils aktuellen Schulabgängerinnen und Schulabgänger berücksichtigen, sondern auch die Altbewerberinnen und -bewerber. Dazu werden wir ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept zur beruflichen Integration von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf bis zum Abschluss einer beruflichen Ausbildung erstellen.“

Die Neugestaltung des Übergangssystems in NRW geht allerdings in einigen Aspekten über das Ein-Topf-Konzept hinaus: So bezieht sich das neue Übergangssystem nicht nur auf benachteiligte Jugendliche, sondern auf alle Schüler/-innen, also auch die der Sekundarstufe II. Darüber hinaus wird das Ziel verfolgt, allen ausbildungsreifen Jugendlichen mit Bedarf eine direkte Ausbildungsperspektive zu bieten.

Die Elemente des neuen Gesamtsystems in Nordrhein-Westfalen werden im Rahmen des Ausbildungskonsenses NRW entwickelt. In einem ersten Schritt werden ab Anfang 2012 voraussichtlich fünf ausgewählte Referenzkommunen mit der Umsetzung des Gesamtsystems beginnen, weitere Kommunen sollen im Laufe des Jahres 2012 folgen. Geplant ist auch die schrittweise Überführung des Modellvorhabens Ein-Topf in das neue Gesamtsystem.

Der Autor:

Albert Schepers ist Mitarbeiter der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) in Bottrop, NRW, und dort u. a. für die fachliche Begleitung des Modellvorhabens Ein-Topf zuständig. E-Mail: a.schepers@gib.nrw.de

Die Elemente des neuen Übergangssystems in NRW sind:

- Systematische und flächendeckende Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen ab Klasse 8 mit transparenter Übergangsempfehlung zum Ende der allgemeinbildenden Schulzeit, ggf. verbunden mit einem zielgerichteten Anschlussangebot. Dabei soll auch die Attraktivität der beruflichen Bildung für Schüler/-innen aufgezeigt werden, die höhere Schulabschlüsse anstreben.
- Ausbildungsreife Jugendliche sollen nicht mehr im Übergangssystem der Berufsvorbereitung „versorgt“ werden.⁵ Diese Jugendlichen sollen zukünftig direkt ein Ausbildungsangebot erhalten. Das erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze; geplant sind unter anderem die Ausbildung an Berufskollegs in Kooperation mit Betrieben sowie ein verbessertes Angebot vollzeitschulischer Ausbildung mit arbeitsmarktrelevanten Abschlüssen.

- Für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche ist die Herstellung der Ausbildungsreife durch entsprechende Förderangebote vorgesehen. Damit einher geht eine Reduzierung der Angebotsvielfalt in der Berufsvorbereitung, zukünftig vorrangig durch die beiden Angebote der Regelsysteme Agentur für Arbeit (BvB) und Schulministerium (Duale Berufsvorbereitung an den Berufskollegs). Ergänzend sollen als niederschwelliges Angebot die Jugendwerkstätten ausgebaut werden.
- Die duale Berufsausbildung soll durch den Ausbau der Angebote zum integrierten Erwerb der Fachhochschulreife aufgewertet werden.
- Die Kommunen sollen vor Ort die Koordinierung dieses Prozesses übernehmen. Im Rahmen des Ausbildungskonsenses NRW werden die zuständigen Landesministerien, die Agenturen für Arbeit und Jobcenter sowie Wirtschaft, Kammern und Sozialpartner die entsprechenden Ressourcen bereitstellen und aufeinander abstimmen.

Anmerkungen:

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 317.

² Zum Übergangssystem werden neben den durch die Bundesagentur für Arbeit und das Land NRW geförderten Berufsvorbereitungsmaßnahmen und Jugendwerkstätten auch die berufsvorbereitenden Bildungsgänge an den Berufskollegs gezählt.

³ Ein Beispiel: Das Landesprogramm Werkstattjahr in NRW ist ein niedrigschwelliges Berufsvorbereitungsangebot für berufsschulpflichtige Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben und aller Voraussicht nach eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) der BA nicht erfolgreich absolvieren können. Sie sollen in Fördermaßnahmen qualifiziert und in ihren Schlüsselkompetenzen gestärkt werden, sodass sie anschließend entweder direkt oder über den Zwischenschritt eines weiteren Berufsvorbereitungsangebotes in eine Ausbildung gelangen. Faktisch schaffen aber nur 12 % der Werkstattjahr-Teilnehmer/-innen den Schritt in eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB) der Agentur für Arbeit, ein deutliches Indiz für die unzureichende Verzahnung unterschiedlicher Förderprogramme (Quelle: Untersuchungen der G.I.B. zum Teilnehmerverbleib im Werkstattjahr).

⁴ BIBB, Pressemitteilung 20.06.2011.

⁵ Die Evaluation der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der BA hat ergeben, dass der Anteil der marktbenachteiligten Jugendlichen an den bis Ende 2006 in BvB-Maßnahmen eingetretenen Teilnehmern/-innen ca. 43 % betrug (Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Übergänge mit System, Gütersloh 2011, S. 56).



Berufsvorbereitung und Ausbildungsförderung Lehren, lernen und vernetzen mit *qualiboXX*

Elsa Schumacher

Faruk ist heute nur schwer vom Computer wegzulocken. Er schaut gespannt auf den Bildschirm und bewegt seine Finger flink auf den Pfeiltasten hin und her. Auf dem Monitor gleitet ein Skater um grobe Klötze aus Buchstabenkombinationen: Doppellaute und Diphthonge. Was Faruk dort in der Computerecke des Bildungsträgers macht? Er lernt deutsche Schriftsprache. Und zwar spielerisch. Mit dem „Letterskater“ – einem der spielerischen Lernangebote von qualiboXX. Dass er die Hand-Auge-Koordination in diversen anderen Computerspielen zu Hause trainiert hat, kommt ihm hier zugute. Doch für den Erfolg in diesem Spiel reicht das nicht. Er muss auch noch bestimmte Regeln der deutschen Orthografie berücksichtigen. In der Dreisatz-Rallye, einem Autorennspiel mit mathematischem Anspruch, trainiert er das schnelle und fehlerfreie Rechnen mit dem Dreisatz, im Geo-Quiz löst er knifflige Geografiefragen.

Berufsvorbereitung für „digital natives“

Jugendliche wachsen als „digital natives“ mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken auf. Auch wenn die Intensität und Qualität der Mediennutzung nicht nur von Pädagogen/-innen häufig als problematisch angesehen wird – dass Jugendliche mit modernen Medien versiert umgehen können, stellt eine wichtige Qualifikation für ihr späteres Berufsleben dar.

Der Umgang mit multimedialer interaktiver Software motiviert viele Jugendliche und setzt – auch bei Jugendlichen aus bildungsfernen Milieus – oft eine ungeahnte Bereitschaft zur Anstrengung frei. Das Projekt qualiboXX setzt auf dieses lernförderliche Potenzial der Medien und hält für die Zielgruppe derjenigen mit besonderem Förderbedarf eine große Bandbreite

an webbasierten Lernangeboten bereit. Dabei wird nicht „nur“ gespielt. In vielen dieser Lernangebote geht es um die Reflexion des eigenen Mediengebrauchs (wie zum Beispiel in der „Handy-Toolbox“), den Nutzen, den Medien bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen („Informieren, Bewerben, Loslegen“) haben, oder um andere Facetten von Alltagskompetenz, wie zum Beispiel den Umgang mit Geld („Finanzcheck“). Neben den allgemeinbildenden Lerninhalten enthält die Lernbox aber auch berufsspezifische Inhalte, die gerade im Kontext von Berufsvorbereitung oder Ausbildungsförderung praktisch eingesetzt werden können. So gibt es beispielsweise Lernangebote aus den Bereichen Hauswirtschaft, Bau, Garten- und Landschaftsbau, Holz, Hotel- und Gaststättengewerbe, Kosmetik und Körperpflege. Neben den professionell erstellten Lernangeboten können die Jugendlichen aber auch diverse Web-2.0-Funktionen nutzen, die Tutoren/-innen sehr gut für die pädagogische Arbeit mit den Jugendlichen einsetzen können. Die Kommunikation über die Internetplattform ergänzt gerade in Praktikumsphasen, in denen die Jugendlichen sich nicht beim Träger aufhalten, die Betreuung.

Onlinenutzung – keine Frage des Alters mehr

Während sich medienaffine Pädagogen/-innen ohne Mühe in die Handhabung der virtuellen Werkzeuge selbst einarbeiten oder auch mal einen der angebotenen Onlineworkshops besuchen, um ihr Know-how aufzubessern, ist für andere die medienbasierte Arbeit eher eine Hürde. Dies ist nicht unbedingt eine Frage des Alters, wie man am Beispiel von Barbara Reckzeh sehen kann, die im Alter von fast sechzig Jahren bei ihrem Bildungsträger die qualiboXX-Nutzung vorantreibt. „Oma geht online“, sagen ihre Urenkel, die noch viel von ihr lernen können. Genauso wie ihre jüngeren Kollegen/-innen bei

„Der Austausch der Beteiligten wird auf diese Weise verstetigt, neue Modelle können diskutiert und Best-Practice-Beispiele über das Netz schnell verbreitet werden“

der Förderungsgesellschaft für Bildung mbH, die sie als Administratorin bei der Nutzung berät. Sie geht dabei sehr systematisch vor: Wöchentlich bietet sie kurze Schulungen an, die die wenig erfahrenen Internetnutzer/-innen wahrnehmen können, um sich bei qualiboXX – und auf Arbeits- und Kommunikationsplattformen im Allgemeinen – besser zurechtzufinden. Die Einführung der Plattform bietet so einen Anreiz für viele Mitarbeiter/-innen, nicht nur ihre Teilnehmer/-innen weiterzuqualifizieren, sondern auch sich selbst. Lebenslanges Lernen ist schließlich nicht nur eine Forderung an diejenigen, die sich erst einen Platz im Berufsleben erkämpfen müssen, sondern auch für diejenigen mit einem festen Job. Dass ein großer Anteil der in der beruflichen Integrationsförderung Beschäftigten noch wenige Berührungspunkte mit der pädagogischen Arbeit mit Medien haben, hat sich bei einer Umfrage des Vereins Schulen ans Netz im Vorfeld des Projekts gezeigt. Hier unterscheiden sich die Pädagogen/-innen des außerschulischen Übergangssystems noch von den Lehrkräften in der Schule, wo die Arbeit mit digitalen Medien mittlerweile zum Alltag gehört (oder zumindest gehören sollte).

Die qualiboXX-Community mit ihren mehr als 10.000 angemeldeten Fachkräften dient den Mitgliedern als Kontaktbörse, Diskussionsforum und Informationsquelle für die professionelle pädagogische Arbeit mit digitalen Medien. Dass eine Internetplattform für die Abstimmung in bundesweiten Projekten besonders geeignet ist, belegt die Tatsache, dass die Bildungsketten-Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in fünf thematisch orientierten Community-Gruppen die Mitwirkenden vernetzt. Hier geht es um Berufseinstiegsbegleitung, Berufsorientierung und Potenzialanalyse, um Förderschulen sowie um die Zusammenarbeit Schule-Wirtschaft. Das Interesse der Initiative an qualiboXX gründet nicht nur auf der Tatsache, dass hier bereits zahlreiche Akteure Mitglied sind – die Usability der zahlreichen Funktionen und der persönliche Support, wenn es doch mal Probleme in der Handhabung gibt, sorgen dafür, dass sich die Plattformmitglieder gut betreut fühlen. Die hohen Anforderungen an den Datenschutz und der ausschließlich bildungsbezogene Zweck des sozialen Netzwerks sorgen zudem für Akzeptanz.

Jugendliche wie Faruk, die den Übergang von der Schule in den Beruf schaffen wollen, profitieren daher nicht nur direkt durch die Lernangebote, sondern indirekt auch durch die verbesserte Netzwerkarbeit ihrer Bildungsbegleiter/-innen.

Die Autorin:

Elsa Schumacher ist Onlineredakteurin im Projekt qualiboXX.
E-Mail: elsa.schumacher@schulen-ans-netz.de

Eine interaktive Austauschplattform für die Akteure/-innen der Berufsvorbereitung

In welchem Rahmen kommen Jugendliche an diese Lernangebote? Voraussetzung ist, dass qualiboXX-Mitglieder ihnen diese Lernangebote zugänglich machen. Das Portal wendet sich nämlich nicht direkt an die Zielgruppe der Jugendlichen, sondern richtet sich vorrangig an Pädagogen/-innen der beruflichen Integrationsförderung. Mitglied kann werden, wer Mitarbeiter/-in eines Bildungsträgers, Lehrer/-in an einer Schule oder auch Ausbilder/-in in einem Betrieb ist. Pflicht ist, sich bei der Plattform mit seinen persönlichen Daten anzumelden. Wenn eine intensive Nutzung, das heißt, eine Nutzung im Rahmen der ganzen Institution (Träger, Schule, Betrieb) geplant ist, dann sind auch ein Stempel und die Unterschrift der Geschäftsführung obligatorisch. Die Nutzung der Plattform ist allerdings kostenfrei, denn das Projekt wird vom Bundesbildungsministerium und vom Europäischen Sozialfonds gefördert. „Dass den Bildungsinstitutionen ein eigener virtueller Raum zur Verfügung steht, der die interne Kommunikation, die Ablage wichtiger Dokumente und die Organisation der Arbeit mit den Lernenden im Internet verbessert, ist den Leitungskräften oft gar nicht bewusst“, teilt Jens Kemner mit, der Bildungsinstitutionen bei der Planung ihrer Arbeit mit qualiboXX berät. qualiboXX beschränkt sich nicht auf die Bereitstellung multimedialer Lernangebote für Jugendliche mit Förderbedarf, aber auch nicht auf die Arbeit unter Kollegen/-innen in der Institution. Die Plattform ist auch ein Fachkräfteportal, das im Bereich der Community die Vernetzung erleichtert. Der Kommunikationsweg über das Internet bietet in dem Arbeitsfeld, in dem viele Akteure mit unterschiedlichen Professionen, Arbeitsorten und -weisen zusammenarbeiten müssen, viele Vorteile. Eine Community-Gruppe kann zum Beispiel hervorragend als virtueller Treffpunkt für ein koordiniertes Agieren dienen. Die Vielfalt der Funktionen überrascht so manchen, da sie oft erst auf den zweiten Blick ins Auge fällt. „Wenn wir den Leitungskräften darlegen, welche Möglichkeiten die Plattform bietet, sind sie oft verblüfft, entwickeln dann aber sofort konkrete Pläne für die sinnvolle Nutzung in ihrer Institution“, berichtet Jens Kemner weiter. Das Experimentieren mit den professionell erstellten Lernangeboten und mit einer Internetplattform als Kommunikationskanal im Betrieb lohnt sich auf jeden Fall. Denn die berufliche Zukunft ist ohne Internet nicht denkbar – weder für die Arbeitnehmer/-innen von heute noch für die von morgen.

„ICH BIN DOCH NICHT BLÖD.“ PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG IM ÜBERGANGSSYSTEM

Die Folgen des Bevölkerungsrückgangs und dessen Auswirkungen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden als düsteres Zukunftsszenario beschrieben. „Jeder Jugendliche wird gebraucht, keiner darf auf Dauer ohne (Aus-)Bildung bleiben“, so die Ankündigungen aus Wirtschaft und Politik. Qualifizierende Angebote nach der Schule sollen die Brücke in den Beruf bilden.

Ralph Kersten

Anspruch und Umsetzung liegen weit auseinander. Zwar verfügen wir über ein ausgebautes und in der Regel auch flächendeckendes Angebot an Unterstützung, Qualifizierung und Begleitung. Sieht man jedoch genauer hin, dann wird deutlich, dass die anspruchsvollen Aufgaben mit Personal umgesetzt werden sollen, dessen Bezahlung im Niedriglohnssektor zu finden ist.

Diese Entwicklung finden wir in relativ vielen Maßnahmen im Übergangssystem und sie ist einer der Gründe, warum die Fluktuation bei manchen Bildungsträgern sehr hoch ist. Betrachten wir die Gehälter der „neuen“ Berufseinstiegsbegleiter/-innen – die zum Teil bei 1.000,- Euro liegen –, dann wissen wir, dass sich keine zuverlässige und dauerhafte Kooperation mit Schulen auf- und ausbauen lässt. Es liegt auf der Hand, dass die erfahrenen Mitarbeitenden, die für diese anspruchsvollen Tätigkeiten notwendig wären, für diesen Preis hier kaum zu finden sind. Vielmehr bewerben sich Berufsanfänger/-innen, die zwar durchaus engagiert arbeiten, aber den Blick auf den schnellen Stellenwechsel nicht verlieren – zumal das Bewusstsein, mit dem Gehalt auf Dauer keine Familie ernähren zu können, sehr präsent ist.

Die Spirale dreht sich trotzdem weiter nach unten. Es gibt immer wieder Bildungsträger, die mit neuen Dumpingangeboten versuchen, sich am Markt zu platzieren. Aber es sind auch die

„Großen“, die Verbände und Organisationen, die durch Ausgründung oder Auslagerungen die Möglichkeit schaffen, weiterhin „konkurrenzfähig“ zu sein und mitzubieten. Man wird schon überleben – doch zu welchem Preis?

Vor dreißig Jahren waren Lehrer/-innen in den ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) meist den Lehrenden in den allgemeinbildenden Schulen gleichgestellt, tarifliche Eingruppierung BAT IIa, mindestens BAT III. Sozialpädagogen/-innen erhielten die IVa im BAT, Ausbilder/-innen bzw. Anleiter/-innen BAT IVb oder V. Die ausbildungsbegleitenden Hilfen waren ein sehr anspruchsvolles, ganzheitlich orientiertes Programm. Heute sind abH Teil einer Nachhilfeindustrie, in der Honorartätigkeiten vergeben werden, weil ansonsten die Maßnahmekosten nicht zu finanzieren sind. Von einem sozialpädagogisch ganzheitlichen Ansatz ist nur noch wenig zu finden.

Und die Qualität? Die gut gemeinten Konzepte bleiben gut gemeinte Ansätze.

Gerade hat wieder ein Maßnahmeträger nach über zwei Jahrzehnten erfolgreicher Arbeit mit benachteiligten Zielgruppen in der Region Insolvenz angemeldet. Trotz der Anpassung durch einen Haustarif: Die Kürzungen über die letzten Jahre hinweg reichten nicht aus. Kommentar der Agentur: Arbeitsplätze gingen keine verloren, die Mitarbeitenden können sich ja bei dem „neuen“ Träger bewerben. Mit jedem Trägerwech-

„Um den Anspruch ‚Ausbildung für alle‘ umzusetzen, bedarf es Personals, das qualifiziert ist und längerfristig in diesem Feld arbeiteten möchte“

sel geht jedoch ein Einkommensverlust für die Mitarbeitenden von 5 bis 15 % einher.

Der Konkurrenzdruck zwischen den Bildungsträgern ist enorm. Mit dem Niedergang und Zusammenbruch vieler Anbieter im Weiterbildungsmarkt fand eine Verlagerung in den Jugendbereich statt. Nicht umsonst existiert eine Diskussion um Mindestlohn im Weiterbildungsbereich. Wenn schon über einen Mindestlohn diskutiert werden muss, dann kann sich jede/r ausmalen, wie dramatisch die Verhältnisse tatsächlich sind.

„Kontinuität und Qualität müssen sichergestellt werden – nur so können Programme Erfolg haben“

Bei einer bundesweiten Zukunftskonferenz zu dem Programm „Bildungsketten“ standen nicht die inhaltliche Verzahnung der Programmelemente und die Weiterentwicklung des Konzeptes

im Zentrum. Überlagert wurden die Diskussionen durch die Schilderungen über die Bezahlungen im Niedriglohnssektor. Die berechnete Unzufriedenheit mit der Entlohnung in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Programm lässt die Kollegen/-innen eher nach ihrer eigenen Zukunft fragen denn nach der Zukunft des Programms. Es wäre einmal interessant zu erheben, wie hoch die Fluktuation von Mitarbeitenden im Übergangssystem ist, einschließlich der Angebote, die parallel in der Schule angesiedelt sind. Aus den Rückmeldungen von Schulen wissen wir, dass sie manchmal eher auf Projekte verzichten würden, in denen Kontinuität und Qualität langfristig nicht sicherzustellen sind.

Wenn Bildung und Integration von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wirklich gewollt ist, dann ist dies auch mit Investitionen verbunden. „Geiz ist geil“-Parolen lassen sich nicht einfach in die anspruchsvolle Arbeit mit jungen Menschen übertragen. Nicht umsonst herrscht eine hohe Fluktuation nach dem Motto: „Ich bin doch nicht blöd.“

Der Autor:

Ralph Kersten ist wissenschaftlicher Mitarbeiter.

E-Mail: ralph.kersten@online.de

Nahaufnahme

Mit 15 habe ich davon geträumt, ...

einen ordentlichen und gut bezahlten Beruf zu haben.

Einen Tag lang wäre ich gerne ...

Millionär.

Mich ärgert, ...

Intoleranz und Respektlosigkeit.

Ich kann gut ...

mathematische Aufgaben lösen.

Wenn ich den Politikern eine Frage stellen könnte, ...

würde ich fragen, warum sie nie ihre Versprechen halten.

Ich finde mich ...

nett, höflich und zuvorkommend.

In zehn Jahren möchte ich ...

eine Familie, einen schönen Beruf und ein eigenes Haus haben.



Robin Weidner, 19 Jahre, ist in einer Maßnahme der Manegg GmbH im Arbeitsbereich Haustechnik tätig.



Die Jugendlichen im Mittelpunkt?!

Dass sich nicht allein die Fachöffentlichkeit der Jugendsozialarbeit mit dem Thema „Übergang in den Beruf“ beschäftigt, zeigt u. a. ein Blick in das Wirtschaftsmagazin brand eins: Ein Interview mit Professor Sell geben wir hier mit freundlicher Genehmigung von brand eins wieder.

Sells kritische Anregungen und teilweise auch grundsätzlichen Anfragen erschöpfen sich nicht in einer – nicht immer zutreffenden – Träger- und Lobbychelne, sondern können unsere Debatte sowie die kritische Reflexion der Jugendsozialarbeit bereichern, damit tatsächlich die Jugendlichen selber immer im Mittelpunkt stehen.

„Das jetzige System gehört abgeschafft“
Ein Gespräch über Fehler der Gegenwart
und Chancen der Zukunft mit dem
Arbeitsmarktexperten Stefan Sell, erschienen
in brand eins 04/2011.

[...]

brand eins: Aber es wird doch auch intensiv gefördert. Immerhin investiert der Staat jedes Jahr Milliarden Euro in berufliche Fördermaßnahmen der jugendlichen ALG-II-Bezieher.

Stefan Sell: Das Geld fließt aber in die falsche Förderung. Und das liegt am derzeit praktizierten Übergangssystem: Nach der Schule stecken wir die Jugendlichen in weitere schulische Systeme. Das soll den Übergang erleichtern. Viele der jugendlichen ALG-II-Empfänger sind aber Schulabbrecher oder haben einen hundsmiserablen Abschluss. Und was macht man mit ihnen? Man sperrt sie täglich acht Stunden lang in ein schlecht ausgestattetes Klassenzimmer, zusammen mit 25 weiteren Schulmüden, stellt ihnen einen befristet beschäftigten Fortbilder hin, der schlechter bezahlt ist als die normalen Lehrer, und wundert sich, dass der größte Erfolg dieser Maßnahme ist, wenn nicht die gesamte Klasseneinrichtung zerlegt wird. Die Schüler werden in das System gesteckt, an dem sie bereits gescheitert sind. Das kann nicht funktionieren.

Also besser keine Fortbildungen mehr?

Genau. Das jetzige Übergangssystem gehört abgeschafft. Ich plädiere für einen Paradigmenwechsel: Wir müssen weg von der schulischen Illusion. Sie könnten die Fördergelder in diesem Bereich verdoppeln, und es würde trotzdem nichts bewirken. Die Jugendlichen kommen mit dem Lern-Setting einfach nicht zurecht.

[...]

Die Unternehmen werden sich freuen. Warum sollten sie ausbügeln, was Eltern, Lehrer, wir alle nicht hinbekommen haben?

Ganz einfach: aus ökonomischer Notwendigkeit. Vor drei Jahren hätten sich Unternehmer meinen Vorschlag nicht einmal angehört. Da herrschte ein Überangebot an potenziellen Auszubildenden. Inzwischen hat sich die Situation umgekehrt. Es herrscht Azubi-Mangel. Plötzlich stoße ich mit meiner Idee auf offene Ohren. Das ist eine historisch einmalige Chance. Jetzt müssen wir das bisherige Übergangssystem zerschlagen und Jugendliche in die Betriebe überführen, und sei es über geförderte Praktika. Wir dürfen die Jugendlichen nicht in sinnlose Fortbildungen stecken, in denen sie morgens ein Loch buddeln, das abends wieder zugeschüttet wird, nur damit sie keine regulären Arbeitsplätze gefährden.

[...]

Und was wird aus denen, die sich total verweigern, die auch keine Lust haben, in einem Betrieb zu arbeiten?

Wir müssen uns von einer Lebenslüge verabschieden. Bestimmte junge Menschen sind zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach nicht erreichbar. Die Gesellschaft muss die Stärke haben – genau wie Eltern übrigens –, sie ziehen zu lassen, mit der Überzeugung, dass sie nicht für immer scheitern, sondern die Kurve kriegen. Mir wurde das in Gesprächen mit Schweizern

klar. Deren Erfahrung ist, dass man diese Totalverweigerer laufen lassen muss. Die müssen sich zur Not als Hilfsarbeiter durchschlagen oder von staatlichen Geldern leben. Häufig kommen sie mit Anfang 20 von allein wieder, oft, weil sie inzwischen eine Freundin haben, die höhere Ansprüche hat. Dann ist die nötige Eigenmotivation da. Dann aber müssen wir ihnen die passenden Angebote machen.

Wo muss man ansetzen, um die Vermittlung der Jugendlichen im bestehenden System zu verbessern?

Ein ganz wesentlicher Faktor wird viel zu sehr außer Acht gelassen: der Faktor Mensch. Denn in erster Linie ist die Betreuung der Jugendlichen ein pädagogisches Problem in einem ökonomischen Rahmen. Wir brauchen also auch eine pädagogische Lösung. Das heißt, wir brauchen in den Jobcentern pädagogisch geschultes Personal.

[...]

Warum geht die Politik die wahren Probleme nicht an? Viele Missstände sind doch schon seit Jahren bekannt.

Den Politikern geht es primär nicht um die Lösung des Problems. Sie denken viel zu sehr aus einer institutionenegoistischen Sicht. Da gibt es den Bund, der vor allem die Kosten der Grundsicherung trägt. Da gibt es die Kommunen, die den Großteil der Unterkunftskosten tragen. Und Bildung ist Sache der Länder. Wir sehen hier Folgen der Föderalismusfalle. Alle drei Ebenen versuchen, Zuständigkeit und Kosten von der einen zur anderen Stelle zu verschieben. Auf der Strecke bleiben die Jugendlichen. Auf ihre Probleme wird nicht wirklich eingegangen.

[...]

ak

Lesen Sie das gesamte Interview auf
<http://www.brandeins.de/archiv/magazin/foerdern/artikel/das-jetzige-system-gehört-abgeschafft.html>



Wenig Licht, viel Schatten

Die jüngste Reform in der Arbeitsmarktförderung aus Sicht der Jugendsozialarbeit

Wenig Licht, aber viel Schatten bringt die aktuelle Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für benachteiligte Jugendliche. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat die aktuelle Reform aus dem Blickwinkel der Jugendsozialarbeit eng begleitet und zahlreiche Vorschläge für eine bessere Förderung benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener vorgelegt.¹ Nach der dritten Lesung des Reformgesetzes² im Deutschen Bundestag kann eine erste Bilanz gezogen werden: Welche Neuerungen gibt es für die berufliche Förderung von benachteiligten Jugendlichen? Und welche Herausforderungen stellen sich für die Träger der Jugendberufshilfe?

Tina Hofmann

Die aktuelle Reform in der Arbeitsmarktförderung geht mit massiven Kürzungen der Fördermittel einher. Diese Kürzungen übersteigen gerade bei den Jobcentern weit die Rückgänge bei der Zahl der arbeitslosen jungen Menschen und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.³ Und weder die kommunalen Haushalte noch die Programme der Länder sind finanziell so ausgelegt,

dass sie die Kürzungen auffangen können. Dies geht nicht spurlos an den Einrichtungen der Jugendberufshilfe vorüber, sondern wird zu deutlichen Einschnitten bei den Förderangeboten führen. Vor allem für die Jobcenter wird es schwieriger, längerfristige und kostenintensivere Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche zu finanzieren, die auch komplexeren Problemlagen begegnen können.

Arbeitsgelegenheiten als niedrigschwellige Förderleistung für junge Menschen gehen verloren

Zum einen wird es nicht mehr möglich sein, in diesem Rahmen eine sozialpädagogische Betreuung oder Qualifizierung anzubieten. Außerdem werden neben der Zusätzlichkeit und dem öffentlichen Interesse nun auch strikte Vorgaben zur Wettbewerbsneutralität gemacht.

Die Träger der Jugendberufshilfe werden daher auf die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ausweichen müssen. Wie auch vom Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit im Gesetzgebungsverfahren gefordert, wurden die Möglichkeiten für eine betriebliche Erprobung bei den Arbeitgebern erweitert: Die betriebliche Phase kann zukünftig sechs statt vier bzw. sogar zwölf Wochen in all den Fällen betragen, in denen Jugendliche mit besonders schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen von den Jobcentern betreut werden. Kein Gehör fand hingegen das Anliegen der Verbände, mehr Qualifizierungsanteile vorzusehen. Dass die Maßnahmen zukünftig auch mit Gutscheinen umgesetzt werden können, bietet für die Förderung von benachteiligten Jugendlichen immerhin neue Chancen: Die Träger der Jugendsozialarbeit könnten die Maßnahmen im Wege des Gutscheinverfahrens möglicherweise so umsetzen, dass Nachteile, die in der Vergangenheit mit der öffentlichen Ausschreibung dieser Angebote einhergegangen sind,⁴ ausgeräumt werden. Aus der Praxis der Jugendberufshilfe wurde u. a. eine mangelnde Flexibilität der ausgeschriebenen Maßnahmen bemängelt, z. B. was die Vorlaufzeiten bis zur Einrichtung der Förderangebote anbelangte. Allerdings muss nun bei der Gutscheinvariante sichergestellt sein, dass benachteiligte Jugendliche nicht mangels persönlicher Eignung oder aufgrund ihrer Lebensverhältnisse von den Förderangeboten ausgeschlossen werden – das sieht das Gesetz aber als mögliche Ausschlusskriterien vor! Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit hat mit seiner Stellungnahme deutlich gemacht: Jugendliche müssen so informiert und unterstützt werden, dass sie ihre Wunsch- und Wahlrechte mit einem Gutschein auch tatsächlich wahrnehmen können. Sie dürfen nicht von vornherein von der neuen Förderung ausgeschlossen werden.

„Für die Freie Förderung stellen sich viele offene Fragen“

Auf der letzten Etappe des Gesetzgebungsverfahrens ist noch eine wichtige Neuerung für die Förderung der Jobcenter ge-

schaffen worden: Die Freie Förderung soll für Jugendliche und junge Erwachsene mit sog. schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen flexibler genutzt werden können, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Neue Hoffnung besteht mit dieser Regelung z. B. für den Fortbestand der landesgeförderten Jugendwerkstätten in Niedersachsen und Bayern, deren Finanzierung sich nicht länger auf die Arbeitsgelegenheiten (§ 16d SGB II)⁵ stützen kann. Allerdings zeigt sich ausgerechnet an der Schnittstelle zur Kinder- und Jugendhilfe erneuter Klärungsbedarf: Die Freie Förderung darf laut Gesetzesbegründung nicht erbracht werden für Leistungen, die dem Grunde nach von anderen Leistungsträgern zu finanzieren sind. Doch weil die Zuständigkeit für die berufliche Förderung von benachteiligten Jugendlichen zwischen Jobcentern und Jugendämtern nicht trennscharf zu ziehen ist, sondern vielmehr eine gemeinsame Aufgabe darstellt, stellen sich für die Freie Förderung viele offene Fragen.

Viel Überzeugungsarbeit ist für die Träger der Jugendsozialarbeit gerade auf der Ebene der Bundesländer nötig, um die Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung zu sichern. Das Gesetz sieht zwar vor, die zunächst nur modellhaft vorgesehene und zeitlich befristete Förderung fortzusetzen. Zukünftig sollen die Arbeitsagenturen die Förderung aber nur noch unter der Voraussetzung leisten, dass sich weitere Finanzierungspartner mit mindestens 50 % an den Kosten beteiligen. Die Bundesländer haben eine Kostenbeteiligung in der Stellungnahme des Bundesrates abgelehnt und erklärt, dass die Länderhaushalte entsprechende Finanzmittel (derzeit) nicht vorsehen.⁶

Ohne aktive Lobbyarbeit der Träger der Jugendsozialarbeit wird auch die dringend notwendige Kooperation von Arbeitsagenturen und Jobcentern mit den Jugendämtern nicht vorankommen. Die Initiative des Bundesrates, die Kooperationsbeziehungen zwischen Jugendhilfe und Arbeitsförderung gesetzlich neu und verbindlich zu regeln, ist von der Bundesregierung bedauerlicherweise abgelehnt worden. Der Bund will sich an dieser Stelle mit dem lokalen Engagement der Akteure zufriedengeben und hofft auf eine Vorbildfunktion des BA-Projekts „Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“.⁷

Keinerlei Schützenhilfe gibt es seitens des Bundes auch für die dringend notwendige Neuordnung der zahllosen Förderinstrumente für Jugendliche am Übergang von der Schule in den Beruf. Forschungsberichte, Fachverbände und zahlreiche Experten/-innen weisen seit Jahren auf den „Werkzeugkasten“ in der Arbeitsmarktpolitik hin, in dem nebeneinander völlig unverbundene Instrumente existieren, die isoliert und kurzfristig geplant sind und additiv oder gar in Förderkonkurrenz zu anderen eingesetzt werden.⁸ Die Bundesregierung hat die Instrumentenreform auf den Weg gebracht, ohne die Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Konsolidierung der

Förderinstrumente am Übergang Schule-Beruf abzuwarten. Unter diesen Rahmenbedingungen bleibt es dabei, dass sich Vermittler/-innen in den Arbeitsagenturen, Jugendamtsleiter/-innen und Teamleiter/-innen in den Jobcentern überfordert fühlen, die Fördermaßnahmen für Jugendliche in ihrer Region zu sichten, geschweige denn die Förderung anhand des Bedarfs der Jugendlichen sinnvoll aufeinander abzustimmen. Aufseiten der Träger der Jugendberufshilfe kommt erschwerend hinzu, dass sie unter den Vorzeichen massiver Kürzungen gezwungen sein werden, jedwede Förderalternative für sich zu erschließen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit wird dennoch nicht locker lassen, für eine kohärente Förderung zugunsten junger Menschen einzutreten. Außerdem gilt: Nach der Reform ist vor der Reform.

Die Autorin:

Tina Hofmann ist Referentin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beim PARITÄTISCHEN Gesamtverband.

Als Lichtblick und gemeinsamen Erfolg von Trägern des Jugendwohnens und des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit kann gelten, dass der Gesetzgeber wieder eine Investitionskostenförderung für Jugendwohnheime vorsieht. Die Arbeitsagenturen sollen sich an den investiven Kosten des Jugendwohnens mit Zuschüssen oder Darlehen beteiligen können. Damit wird anerkannt, dass die Träger des Jugendwohnens einen wichtigen Beitrag leisten, um die Berufsausbildung junger Menschen abzusichern.

Anmerkungen:

¹ Siehe die Stellungnahme des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt unter www.jugendsozialarbeit.de/287.

² Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt.

³ Die Planungen zum Bundeshaushalt 2012 sehen vor, den Jobcentern im nächsten Jahr nur noch rund 3,8 Milliarden Euro für SGB-II-Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zuzuweisen, 18,9 % weniger als für das Haushaltsjahr 2011 und insgesamt 40,5 % weniger als für das Haushaltsjahr 2010 (Quelle: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ), Mitteilung vom 14. Juli 2011). Demgegenüber ist nach den BA-Statistiken die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren im Mai 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um lediglich 9,2 % gesunken. Im Mai 2011 waren 5,5 % der 15-25-Jährigen offiziell arbeitslos gemeldet, lediglich 1 % weniger als im Vorjahr.

⁴ Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (2011): Expertise zur Umsetzung ausgewählter Instrumente des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente für benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene (U25). Tübingen.

⁵ Siehe auch die Erörterung in der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Wortprotokoll 17/73.

⁶ DRS 17/6853.

⁷ Vgl. DRS 17/6853.

⁸ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. (Hrsg.) (2009): Neue arbeitsmarktpolitische Instrumente für Jugendliche. Expertise erstellt von INBAS GmbH, Berlin.

Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 6 / 2011, 4. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Bundesarbeitsgemeinschaft
Katholische Jugendsozialarbeit e. V.)
Chausseestraße 128/129, 10115 Berlin
Tel.: 030/288789-538, Fax: 030/288789-55
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V.i.S.d.P.:
Walter Würfel
(Sprecher Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

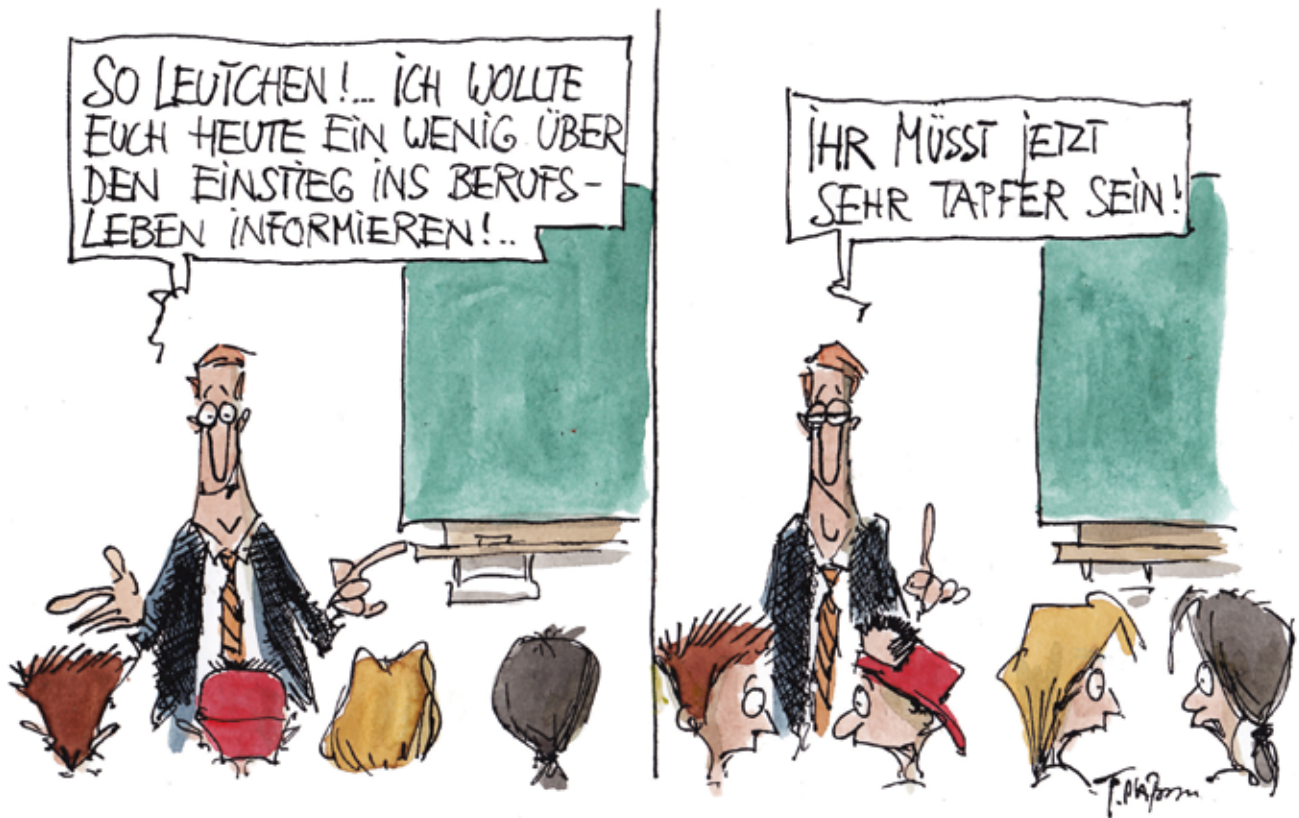
Redaktion: Annika Koch (ak), Andrea Pingel
Mitarbeit für Ausgabe 6: Christian Hampel, Ulrike Hestermann, Tina Hofmann, Doris Leymann, Gisela Würfel, Walter Würfel

Redaktionsbeirat:
Wolfgang Barth, Michael Fähndrich, Katha-

rina Fournier, Birgit Funke, Christian Hampel, Ulrike Hestermann, Tina Hofmann, Michael Kroll, Doris Leymann, Andreas Lorenz, Dr. Thomas Pudelko, Franziska Schmidt, Petra Tabakovic, Walter Würfel, Klaus Wagner, Angela Werner

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
HELDISCH.com, Berlin

Korrektorat: Die Korrigierer, Berlin



Fotonachweis:

Titelfoto: Photocase.com

S. 7, 8, 12, 17, 18, 30, 36, 42, 52:

Tom Riemann

S. 21, 22, 23: Annika Koch

S. 26, 29, 33, 50: Matthias Steffen

S. 39: Die Junge Werkstatt Augsburg

S. 49: privat

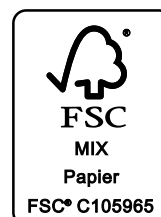
Karikatur S. 55: Thomas Pläßmann

Druck: Motiv Offset Berlin

Beiträge von Autoren geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Dieses Magazin ist auf chlorfrei gebleichtem, FSC-zertifiziertem Papier mit mineralölfreien Farben gedruckt worden. Die bei dieser Produktion angefallenen CO₂-Emissionen wurden durch Zertifikate eines Gold Standards für Klimaschutzprojektes kompensiert.



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Chausseestraße 128/129 | 10115 Berlin

Tel. 030-288 789 538 | Fax 030-288 789 55

kooperationsverbund@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

